

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Juni 2007

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

EU-Militarisierung

Ali Fathollah-Nejad

Wie die EU-Diplomatie den Weg für einen
US-Angriff auf den Iran ebnet 3

Tobias Pflüger

Deutsche Dominanz in der Europäischen Union 7

Martin Hantke

Geheime Militärhaushalte 8

Jürgen Wagner

AMISOM in Somalia: Militärmission mit
EU-Entwicklungshilfegeldern 11

Arno Neuber

Militärmacht EUropa im Weltraum 12

Christoph Marischka

FRONTEX geht in die Offensive 13

Raketenabwehr

Thomas Mitsch / Jürgen Wagner

Raketenabwehr und die Rolle der NATO 15

Deutschland und die Bundeswehr

Arno Neuber

Das Kommando Spezialkräfte in Calw 20

Claudia Haydt

Teurer als geplant: Auslandseinsätze der Bundeswehr 21

Mittlerer Osten

Jürgen Wagner

Die US-Strategie zur Transformation der Region 22

Balkan

Christoph Marischka

Bosnien: Planlos gen Westen? 24

anitmilitaristische Rundschau 32

Editorial:

Der G8-Gipfel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern vom 6. bis 8. Juni 2007 schlug schon im Vorfeld hohe Wellen. Nach der Fußball-Weltmeisterschaft letzten Sommer ist dieses „Großereignis“ ein weiteres Anwendungsfeld des sog. „Heimatschutzes“. Dieser Teilaspekt der „vernetzten Sicherheit“ droht mit seinem anfänglichen, vorgeblichen Ausnahmeharakter mit jedem zusätzlichen Einsatz zur alltäglichen Praxis in Deutschland zu mutieren. Diese Leitkonzeption wird von der Bundesregierung als neue „Sicherheitsphilosophie und Sicherheitsarchitektur“ für Deutschland angepriesen und wird Stück für Stück durch verfassungs- und menschenrechtlich fragwürdige Gesetze implementiert.

Konkret verbirgt sich hinter der „vernetzten Sicherheit“ im Fall des G8-Gipfels ein beispielloses Aufgebot von Polizeien, Geheimdiensten und Behörden der Landes- und Bundesebene, die unterstützt von circa 1.100 Bundeswehrsoldaten, die nun zwischenzeitlich auch ermächtigt sind, ihre Datenbestände miteinander kreuz und quer auszutauschen, um dieses Treffen der Führer der reichsten und mächtigsten Staaten dieser Erde vor ihrer eigenen Bevölkerung abzusichern; also vor genau den Menschen, von denen sie behaupten, sie zu repräsentieren und für die und nicht gegen die sie eigentlich Politik gestalten sollten.

Keine Verwunderung rufen angesichts dessen die geschehenen Kriminalisierungs-

versuche der Bundesstaatsanwaltschaft hervor. Genau sowenig wie die Äußerungen des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, der die Anwendung des sog. Unterbindungsgewahrsams für bestimmte Demonstranten forderte. Umso erfreulicher ist es, dass trotz dieser Einschüchterungsversuche ein äußerst breites Bündnis nach Heiligendamm mobilisiert und unglaublich viele Menschen die Absicht haben, ihre Kritik an dieser Politik zu formulieren und ein anderes Zusammenleben mitzugestalten.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Tobias Pflüger, Deutsche Dominanz, in: Zeitung gegen den Krieg (gekürzt); Δ Martin Hantke, Militärhaushalte, in: Junge Welt, 7.4.2007; Δ Arno Neuber, KSK in Calw, in: UZ 28.3.2007; Δ Jürgen Wagner, Mittlerer Osten, in: Fantomas, Nr.11.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Ali Fathollah-Nejad ist Politikwissenschaftler und Autor der Studie „Iran in the Eye of the Storm“ (www.uni-muenster.de/peacon/psr/). Martin Hantke, Arno Neuber und Thomas Mitsch sind IMI-Beiräte. Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner und Christoph Marischka sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: **1662832** bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

„Don't blame the messenger for the message“?

Wie die EU-Diplomatie den Weg für einen US-Angriff auf Iran ebnet

von Ali Fathollah-Nejad

Im brisanten Sommer 2006, als die USA im israelischen Bombenhagel auf die zivilen Einrichtungen des Libanon die „Geburtswehen“ der Neuordnung des Broader Middle East zu erhörchen glaubten und der „Atomstreit“ zwischen dem Westen und Iran in eine unheilvolle Eskalationsspirale gelangt war, empfing man in Teheran hohen Besuch. Der ehemalige Bundesaußenminister Joschka Fischer reiste in jene Hauptstadt, die nun als „Zentralbänker des internationalen Terrorismus“ das Böse in der Welt in Gestalt einer islamo-faschistischen Nuklearbedrohung zu monopolisieren schien. Als einer der vormaligen Hauptfiguren des Verhandlungsprozesses zwischen den EU3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) und Iran über das Atomprogramm des Letzteren, sprach Fischer am 1. August am Iranian Center for Strategic Research zum Stand und zur Zukunft europäisch-iranischer Beziehungen.¹ Der Tenor seiner Rede war: Entweder ihr Iraner realisiert die unmittelbare Gefahr, der ihr euch als nächster Station auf der US-amerikanischen „Regime-Change“-Agenda gegenüberseht, und akzeptiert ohne Wenn und Aber das auf dem Tisch liegende Angebot der fünf Ständigen Sicherheitsratsmitglieder plus Deutschlands (P5+1)² oder aber der Anbruch einer großen Katastrophe wird nicht abzuwenden sein. Was dem angehenden Princeton-Gastprofessor jedoch ganz besonders am Herzen zu liegen schien, war die Betonung, dass die iranischen Zuhörer doch bitte den „Boten nicht die Schuld für die Botschaft“ geben sollten („[...] and, please, don't blame the messenger for the message“). Kann jedoch der Eindruck, den Fischer von der europäischen Position als einer im Grunde genommen gutmütigen Verhandlungspartei erwecken wollte, der Analyse der europäischen Verhandlungsstrategie gegenüber Teheran Stand halten?

Diplomatie und Regime Change? All options are on the table!

Als in den Folgemonaten der angelsächsischen Invasion des Irak sich das Chaos der „Befreiung“ abzeichnete, erhöhten die in Washington an die Schaltzentralen der Macht gelangten US-Neokonservati-

ven den rhetorischen Druck auf Teheran und sprachen in immer kürzeren Abständen ganz unverblümt über ihr nächstes „Regime Change“-Unterfangen. Angebliche Beweise über die militärische Ausrichtung des iranischen Nuklearprogramms, welche die Bush-Regierung aus dubiosen Zirkeln dankend aufnahm, dienten der aggressiv hervorgebrachten Bezeichnung, dass das Land durch sein Atomprogramm die gesamte internationale Sicherheit ernsthaft bedrohe. So wurde auf Restspuren von hochangereichertem Uran in einer iranischen Anlage hingewiesen, das – wenn im industriellen Maßstab hergestellt – die Entwicklung von Nuklearwaffen ermöglichen würde. Diese vom Weißen Haus gern emporgerichtete Speerspitze wurde jedoch alsbald entschärft. Denn die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) bestätigte die iranischen Beteuerungen hierzu, nach denen es sich um eine Kontamination von im Ausland erworbenen Geräten handle.³ An der von langer Hand geplanten, in zahlreichen politischen und militärischen Strategiepapieren der US-Regierung sorgsam vorbereiteten, „militärischen Lösung“ des geostrategischen Schwergewichts Iran in der fossilen Kernregion der Welt, deren Kontrolle die Amerikaner ihr nationales, vitales Interesse zu betrachten pflegen, änderte dies jedoch nichts. Prompt wurde auf die unheilvollen Folgen einer Appeasement-Politik gegenüber den zum islamistischen Hitler aufgebauchten iranischen Präsidenten Ahmadinedschad und seine in Nazijargon gepackten Äußerungen hingewiesen.⁴ So konnten sich hochrangige israelische und amerikanische Politiker bei ihrer Angriffskriegs-Rhetorik gegen Iran als einzig vertrauenswürdige Möglichkeit die sturen Mullahs zurechtzuweisen, mit einem größeren Halt in den öffentlichen Meinungen rechnen.

Als jedoch der „Sumpf“ (quagmire) der Irak-Besetzung den Gang nach Teheran zu erschweren schien, gab man in Washington bekannt, dass man das Problem des iranischen Atomprogramms zunächst der Diplomatie übergeben wolle. Ein Schachzug, von dem man sich ein größeres europäisches Wohlwollen für die eigenen Pläne erhofft.

GASTBEITRAG

Dennoch blieben die USA ihrem Konfrontationskurs gegenüber Teheran treu und verweigerten ihrerseits Gespräche zu führen. Zur selben Zeit sogar – im Frühjahr 2003 – ignorierten die US-Neokonservativen ein sich historisch anmutendes umfangreiches Verhandlungsangebot der iranischen Regierung – eine einmalige Gelegenheit, über die erst vor einigen Wochen berichtet wurde. Darin zeigte sich Iran in allen für die USA relevanten Gebiete konzessionsbereit: vollkommene Transparenz in Sachen Massenvernichtungswaffen, Stabilisierung des Irak, Unterstützung beim Antiterror-Kampf, Einstellung der Unterstützung missliebiger Gruppen sowie Einwilligung der Zweistaatenlösung Israel-Palästina.⁵ Um dennoch den Anschein zu wahren, dass man an einer diplomatischen Lösung interessiert sei, wurden nun die Diplomaten der EU3 losgeschickt, um mit Teheran einen Deal auszuhandeln. In der Hoffnung einen US-Waffengang gegen Iran aus eigenen, v.a. wirtschaftlichen, Interessen abwehren zu können, gewiss aber auch, um diesmal den USA nicht allein das Feld zu überlassen, begaben sich die Europäer unter dem die Gesprächsatmosphäre nicht unbedingt dienlichen Washingtoner „All options are on the table“-Formel nach Teheran.

Diplomatische Provokationen im Dienste der neokonservativen Eskalationsstrategie

Während die EU-Troika stets – wie auch Fischer in seiner o.g. Rede – beteuert, Iran das Recht auf die zivile Nutzung der Kernenergie gewähren zu wollen, wurde Teheran seit Anfang der Verhandlungen aufgefordert, die Anreicherung von Uran aufzugeben. Letztere, so die einhellige Meinung von Experten, befindet sich ausschließlich auf Forschungsniveau und ist als solche weit davon entfernt, waffenfähiges Uran herzustellen. Trotz der jüngsten iranischen Ankündigung Tausende von Zentrifugen in Betrieb nehmen zu wollen, darf als sicher gelten, dass Iran noch weit davon entfernt ist den nuklearen Brennstoffkreislauf zu schließen, geschweige denn die Bombe bauen zu können.⁶

Sowohl im Teheraner⁷ (Oktober 2003) als auch Pariser Abkommen⁸ (November 2004), den ersten beiden Absichtserklärungen zwischen beiden Parteien, hatte Iran jedoch eingewilligt, sein durch den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verbietetes Recht auf die Entwicklung eines zivilen Atomprogramms „freiwillig auszusetzen“. Zudem hatte man sich durchgerungen das NVV-Zusatzprotokoll, welches unangekündigte Inspektionen seitens der IAEO vorsieht, zu akzeptieren. All das

sollte als „vertrauensbildende Maßnahme“ zu verstehen sein, die für die Dauer eines für beide Parteien befriedigenden Verhandlungsprozesses über langfristige Arrangements Bestand haben sollte.

Nun waren auch die Europäer gefragt, Iran im Gegenzug ein adäquates Angebot zu unterbreiten. In Teheran erwartete man derweil Abhilfe bzw. Unterstützung angesichts der äußeren Bedrohung des Landes. Allein 200.000 amerikanische und mit ihnen alliierte Truppen zählte man rund um das iranische Territorium herum. So erwartete man von Washingtons europäischen Bündnispartnern, welche sich ja vorwiegend gegen die Irak-Okkupation positioniert hatten, die regelrechte Einkreisung des Iran, wenn nicht aufzuheben, so doch wenigstens zu entschärfen. Zu dieser Zeit bescheinigte die IAEO dem Iran zudem volle Zusammenarbeit und keinerlei Anzeichen für ein militärisches Atomprogramm.⁹ Insbesondere Letzteres sollte sich bis zum heutigen Tag nicht ändern.

Die EU3 kündigten an, dem 70-Millionen-Land ein äußerst attraktives Verhandlungspaket geschnürt zu haben, welche umfangreiche Kooperationen auf verschiedensten Gebieten beinhalte. Als schließlich das Angebot den Iran erreichte, reagierte die dortige dienstälteste Diplomatie der Welt in hohem Maße empört. Man sprach sogar von einem „Witz“ und der „Beleidigung des iranischen Volkes“. War die Wortwahl nun als bewusst inszeniertes machtpolitisches Manöver zu verstehen, um eine auf innenpolitischen Terraingewinn ausgerichtete Blockadehaltung einzunehmen? Oder gab es handfeste Gründe für Teherans Empfinden in quasi-kolonialistische Gewässer geraten zu sein?

In der Tat wurden dem Iran umfangreiche ökonomische Kooperationen in Aussicht gestellt, was jedoch angesichts der enormen Attraktivität des dortigen Marktes für die europäische Wirtschaft kaum verwundern mag. Da zudem viele solcher Vorhaben zumindest bereits in Planung waren, konnte man in Teheran wohl zu recht kein wesentliches Entgegenkommen oder gar Zugeständnis erkennen. Die zentrale Frage nach dem iranischen Sicherheitsdilemma, über die sich auch die Europäer völlig im Klaren gewesen sein dürften, wurde indes vollkommen ignoriert. Vor dem Hintergrund der Afghanistan- und Irak-Okkupationen konnte

die harsche „Demagogie“ (Z. Brzezinski)¹⁰ aus Washington und zunehmend auch aus Tel Aviv wohl kaum als folgenlos abgetan werden. Stattdessen las man in Teheran den eher abstrus anmutenden europäischen Eid, dass weder die französischen noch britischen Atomwaffen gegen Iran gerichtet seien. Dabei war allen klar, worum es im Kern ging: Amerikanische Sicherheitsgarantien gegenüber Iran waren dringend geboten. Teherans Ablehnung war also durchaus vorauszusehen.

So begann man im Iran, enttäuscht über den unbefriedigenden Verhandlungsverlauf, vereinzelt damit, Anreicherungsaktivitäten wieder aufzunehmen. Dieser Akt, der vollständig durch die zuvor abgeschlossenen Abkommen gedeckt war, wurde jedoch in Europa unverzüglich als iranischer Vertragsbruch denunziert. In der europäischen Politik, Medien und auch breiten Öffentlichkeit schob man das vorläufige Scheitern der Verhandlungen dem Iran in die Schuhe. Den Eingeweihten aber schien durchaus bewusst, woran es tatsächlich gemangelt hatte. In Deutschland riefen dementsprechend der CDU-Politiker Ruprecht Polenz (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages) und der Nah- und Mittelost-Experte Volker Perthes (Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik) dazu auf, mehr Zuckerbrot zu offerieren. Realisiert hatte man auch, dass ohne Washingtons

Verhandlungsinput die Diplomatie zum Scheitern verurteilt war.¹¹ Wie die Nachrichtenagentur Reuters Ende Juli 2005 einen EU-Diplomaten zitierte, war das auf dem Tisch liegende Angebot an den Iran ein „in viel Geschenkpapier gehülltes recht leeres Paket“. Daran änderte sich auch in den darauf folgenden Monaten nichts. So blieb der Verhandlungsprozess in der Sackgasse; eine vorzügliche Ausgangssituation für das neokonservative Eskalationsszenario.

Die Amerikanisierung der europäischen Diplomatie

Die Europäer indes hatten sich immer mehr der amerikanischen Haltung angenähert, indem auch sie nun forderten, dass der Iran seine Urananreicherungsaktivitäten vollständig aufgeben müsse, um überhaupt an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Zudem übernahm man die amerikanische Überzeugung, dass der UN-Sicherheitsrat sich des Falles Iran in Form von Sanktionen annehmen müsse. Auch die Gewissheit, dass ‚alle Optionen auf dem Tisch‘ belassen werden müssten, um der Diplomatie mehr Nachdruck zu verleihen, hatte man derweil trotz verbaler Ablehnung einer ‚militärischen Lösung‘ bereitwillig inkorporiert.

Im Rahmen der westlichen Zuckerbrot- und-Peitsche-Strategie war für dessen zweiten Teil ohnehin in Washington zur Genüge gesorgt.¹² Dort suchte man nach Wegen, den Konflikt angesichts der ins Stocken geratenen Diplomatie weiter zuzuspitzen.¹³ Nachdem das transatlantische Bündnis noch im Januar 2006 einem verschwiegenen Angebot seitens des Iran, das u.a. eine mindestens zweijährige Suspendierung des Atomprogramms im Austausch für die Sicherheitsthematik berücksichtigende Gespräche, keine Beachtung schenkte,¹⁴ klinkten sich die USA plötzlich doch in den diplomatischen Prozess ein. Gemeinsam mit Russland und China, die bislang jegliche Verschärfung des Konflikts abgelehnt hatten, sowie den EU3, legte man nun dem Iran das alte Angebot in einem neuen ‚internationalen‘ Gewand vor und erhöhte somit den Druck auf Teheran sich endlich den Forderungen zu beugen. Während Teheran Gesprächsbereitschaft signa-



Ex-Außenminister Joschka Fischer: Unterwegs in Sachen Eskalationsdiplomatie; Foto: Europäische Gemeinschaft

lisierte, es jedoch weiterhin ablehnte mit dem Einfrieren seines mittlerweile wieder aufgenommenen Atomforschungsprogrammes in Vorleistung zu treten, erhöhte Washington weiter den Druck auf Teheran. Das lang ersehnte Ziel, Irans Atomakte bei der IAEO an den UN-Sicherheitsrat zu übergeben, war Anfang Februar 2006 durch immensen „politischen Druck“¹⁵ der Amerikaner erreicht worden, sodass der Weg für Sanktionen bereitet war.¹⁶

Im Frühjahr 2006 war die Arroganz der einzig verbliebenen Supermacht unverkennbar. Das an Hypokrisie nicht zu überbietende, das internationale Recht ignorierende, Nuklear-Abkommen zwischen Washington und Neu-Delhi war ein weiterer gewichtiger Beweis amerikanischer Doppelstandards. Zudem markierte die Neuausgabe der amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) Iran klar und deutlich als nächstes Ziel,¹⁷ derweil Washington 75 Mio. US-Dollar zur Verfügung stellte, um die ‚Demokratie im Iran zu fördern‘.¹⁸ Bei einer Senatsanhörung kündigte Außenministerin Rice unterdessen an: „Wir sehen uns wohl keiner größeren Herausforderung seitens eines einzigen Landes gegenüber als dem Iran.“ Somit öffnete sie ganz im Sinne der neu aufgelegten NSS Tür und Tor für die Anwendung eines Präventivschlages gegen Iran, für den auch nukleare Optionen offen angedacht werden.¹⁹

In solch einer heißen Phase regierte derweil ein unsägliches Schweigen in den Hauptstädten Europas. Dort war man damit beschäftigt einen Sanktionstext zur Vorlage für den UN-Sicherheitsrat zu entwerfen. Am Vortag der Teheraner Fischer-Rede war es dann auch soweit: Am 31. Juli 2006 wurde Iran mit der Resolution 1696²⁰ aufgefordert innerhalb eines Monats all seine Nukleartätigkeiten einzustellen. Ganz im Sinne der Eskalationslogik war diese Forderung unter den gegebenen Umständen kaum dafür geeignet, den in eine absehbare Sackgasse gelangten Verhandlungsprozess neu zu beleben. Ganz im Gegenteil sollte ein erster Grundstein für eine gezielt betriebene Eskalationsdynamik gelegt werden – vollkommen den Vorgaben der neokonservativen Drehbücher entsprechend.

Wenn der europäische Bote zum amerikanischen Botschafter wird

Auf den Tag genau ein Jahr nach der Amtseinführung des neuen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, sprach Fischer vor Experten der iranischen Außen- und Sicherheitspolitik in Teheran. Zu Anfang seiner Rede betonte er nicht ganz unmissverständlich, dass er zwar nicht in „offizieller Funktion“ auftrete, aber dennoch als



EU-Troika zusammen mit dem EU-Außenbeauftragten Solana, Bild: Wikipedia

jemand, der am EU3-Iran-Verhandlungsprozess aktiv beteiligt war. Er stellte klar, dass Teheran nicht gut beraten sei, das ihm angebotene Vorschlagspaket abzulehnen.²¹ Während Fischer im Falle iranischer Zustimmung die Normalisierung der Beziehungen in Aussicht stellte, machte er nun sehr deutlich, was das Land zu erwarten habe, würde seine Wahl sich nicht mit den westlichen Wünschen decken: „Eine Ablehnung des gegenwärtigen Angebots wird zu einer Eskalation des Konflikts führen [...]“. Obgleich die Großmächte bezüglich der Frage eines Irak-Krieges gespalten waren, würde die Frage nach „Irans nuklearen Ambitionen die internationale Gemeinschaft vollkommen einen“.

So resümierte einer der führenden transatlantischen Außenpolitiker das Hauptaugenmerk seiner Iran-Reise wie folgt: „Wir befinden uns am Scheideweg, und die Führung des Iran muss eine Entscheidung treffen, vielleicht eine von historischen Ausmaßen. Kooperation oder Konfrontation sind die Alternativen, und, bitte, geben Sie dem Boten nicht die Schuld für die Botschaft. Es liegt ein Angebot auf dem Tisch, das nicht ausgeschlagen werden darf“. Er hoffe, dass der Iran die „Gelegenheit für gemeinsamen Fortschritt in unseren Beziehungen und für Frieden“ ergreife. In diesem Sinne stellte er die Entwicklung eines regionalen Sicherheitssystems in Aussicht, das Länder des Mittleren Ostens umfassen solle. Ein politisches Projekt von höchster Bedeutsamkeit, das jedoch bislang über Lippenbekenntnisse nicht herauskam.

Ein Iran-Krieg ist zum Greifen nahe

Fischer betonte zugleich, dass man es nicht mit einem „Streit über Rechte, sondern über Vertrauen“ zu tun habe. Ob jedoch die iranische Seite den ausländischen Großmächten nun angesichts der ‚Friss-oder-stirb‘-Option mehr Vertrauen entgegenbringen kann, ist

mehr als fraglich. Genau dieser Vertrauensverlust, insbesondere der europäischen Verhandlungspartner, scheint sich als gravierend herauszustellen. Der aktive europäische Beitrag an der Verhängung von zwei weiteren Sanktionen (Resolution 1737 vom 23. Dezember 2006 sowie Resolution 1747 vom 24. März 2007) hat das Vertrauen in die Diplomatie des Alten Kontinents, welche für sich beansprucht eine friedliche Lösung des Konfliktes anzustreben, erheblich unterminiert.

Indes befindet man sich schon längst in einem Krieg. Im September 2006 erklärte der pensionierte US-Luftwaffenoberst Sam Gardiner gegenüber CNN, dass sein Land seit mindestens 18 Monaten militärische Operationen im Iran durchführe.²² In der Region des Persischen Golfs befinden sich bereits drei große US-Kampfverbände.²³ Solch ein groß angelegter Aufmarsch war zuletzt am Vorabend der Irak-Invasion aufgeboden worden. Es liegt nun in erster Linie an dem inneramerikanischen Kampf zwischen den an der Macht stehenden neokonservativen Kriegsbefürworter und jenen sog. Realisten, welche in einem Iran-Krieg den Vorboten für das Ende der weltweiten amerikanischen Vorherrschaft sehen.²⁴

Ein klares Nein aus den restlichen Hauptstädten könnte aber auch ein erhebliches politisches Hindernis für einen geplanten Nuklearangriff auf Iran darstellen. Während einiges dafür spricht, dass sich Moskau insgeheim strategische Vorteile in der zu erwartenden aufreibenden Konfrontation zwischen Iran und den USA verspricht, ist von der Bundeskanzlerin wohl kaum eine Distanzierung gegenüber ihren amerikanischen Freunden zu erwarten.²⁵ Jenseits des Rheins zeichnet sich indes wohl ein deutlicher pro-atlantischer Kurs ab. Der neue französische Präsident Nicolas Sarkozy, dessen „niederschmetternder Sieg“ (L'éclatante victoire)²⁶ laut Le Monde-Autor Laurent

Greilsammer zentral in dem Werben für einen „französischen Traum“ (rêve français) zu verstehen ist, erhält seine besondere Segnung dadurch, dass der erste Glückwunsch entgegen der sonstigen politischen Praxis persönlich von US-Präsident Bush erfolgte. Am gleichen Wahlabend noch richtet Sarkozy, just nachdem er ein zweideutiges Bekenntnis zu Europa äußert, einen „Appel an unsere amerikanischen Freunde, die wissen sollen, dass sie auf unsere Freundschaft zählen können (Jubel!), welche sich in den Tragödien der Geschichte geschmiedet hat, denen wir gemeinsam gegenüberstanden. Ich will ihnen sagen, dass Frankreich immer an ihrer Seite stehen wird, wann immer sie es brauchen. Ich will ihnen auch sagen, dass Freundschaft auch bedeutet, dass man akzeptiert, dass seine Freunde anders denken (Jubel!).“ Inwieweit der in den USA als Neokonservativer Gefeierte, seinen amerikanischen „Freunden“ den Vorzug gegenüber den europäischen „Partnern“ erteilt, bleibt abzuwarten. Allerdings ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass der mit Bush so vertraute Sarkozy sich eines Krieges gegen Iran entgegenstemmen würde. Während in Berlin ganze 72% der Exil-Franzosen für die sozialistische Kontrahentin Ségolène Royal gestimmt haben,²⁷ hegt die dort regierende Kanzlerin unbeirrt Sympathie für den Pariser Wahlausgang. Eine Entamerikanisierung der europäischen Diplomatie ist also nicht abzusehen.

Nichtsdestotrotz sollten die Europäer die folgende Bemerkung Fischers in Bezug auf weitere diplomatische Schritte beherzt aufnehmen, um eine globale Katastrophe, die ein Iran-Krieg unweigerlich heraufbeschwören würde,²⁸ noch abzuwehren: „Für Iran war der Mangel an Respekt und Anerkennung gegenüber seiner Unabhängigkeit, seiner sehr alten Zivilisation, seines strategischen Potentials sowie das Talent und die Fähigkeiten seines Volkes während seiner ganzen modernen Geschichte besonders demütigend und gewiss kränkend.“²⁹ Weder Fischer noch die EU3 können angesichts der von ihnen mitverantworteten Eskalationsdiplomatie ihre Hände in Unschuld waschen. Als Ergebnis dessen gilt nach wie vor, was der UNO-Korrespondent Andreas Zumach Ende Februar 2007 anlässlich der Beendigung der US-Militärvorbereitungen für einen Iran-Krieg diagnostizierte: „Der Krieg könnte morgen früh um fünf beginnen, und wir erfuhren davon um 6 Uhr aus den Nachrichten.“³⁰

Anmerkungen

1 Alle Zitate sind, in eigener Übersetzung, in der Folge dem englischsprachigen Abdruck der Rede entnommen; siehe Joschka Fischer: Iran: High Stakes, Dissent Magazine, Winter 2007.

2 Die von den EU3 ausgearbeiteten Entwurfstexte sind unter <http://www.acronym.org.uk/docs/0606/doc01.htm> zu finden.

3 Vgl. Andrew Koch: Iran uranium source revealed, *Jane's Defence Weekly*, 10.08.2004 und Gero von Randow: Atomdeal gesucht, in: *Die Zeit*, Nr. 36, 26.08.2004.

4 Mehr zu Ahmadinedschads ohnehin äußerst deplatzierten, im Übrigen auf die Sympathie der arabischen Massen zielenden, Äußerungen, siehe Gruppe Arbeiterfotografie: Äußerungen von Ahmadinedschad zum Holocaust verfälscht: Wie Medien den Iran-Krieg vorbereiten, *NRhZ-Online (Neue Rheinische Zeitung)*, 12.04.2006; Jonathan Steele: If Iran is ready to talk, the US must do so unconditionally, *The Guardian*, 02.06.2006; sowie Ethan Bronner: Just How Far Did They Go These Words Against Israel?, *The New York Times*, 11.06.2006.

5 Das Angebot kann unter http://www.washingtonpost.com/wp-srv/world/documents/us_iran_roadmap.pdf eingesehen werden. Auch siehe v.a. Gareth Porter: Burnt Offering. How a 2003 secret overture from Tehran might have led to a deal on Iran's nuclear capacity—if the Bush administration hadn't rebuffed it, in: *The American Prospect*, Jg. 17, Nr. 6, Juni 2006, S. 20-25. Vgl. auch Ali Fathollah-Nejad: Iran in the Eye of Storm, www.uni-muenster.de/PeaCon/psr, Mai 2007, S. 28-31 (Abschnitt über „The Neocons in the Corridor of Power: The Fervent Drive for Regime Change Spurs Iran's Grand Bargain Offer“).

6 *iran-report*, Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 05/2007, S. 12.

7 Zum Teheraner Abkommen, siehe Iran Ministry of Foreign Affairs: *Statement by the Iranian Government and visiting EU Foreign Ministers*, 21.10.2003.

8 Siehe International Atomic Energy Agency: *Communication dated 26 November 2004 received from the Permanent Representatives of France, Germany, the Islamic Republic of Iran and the United Kingdom concerning the agreement signed in Paris on 15 November 2004*, *Information Circular*, INFCIRC/637, 26.11.2004.

9 Vgl. IAEA Board of Governors: *Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran*, GOV/2003/75, Bericht des Generaldirektors, 10.11.2003, sowie *ibid.*: *Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran*, GOV/2004/83, Bericht des Generaldirektors, 15.11.2004.

10 stern.de: „Das sind doch paranoide Slogans“, Interview mit Zbigniew Brzezinski von Katja Gloger, 18.11.2004.

11 Vgl. Ruprecht Polenz: Wo bleibt das Zuckerbrot? Wer Iran vom Bau der Bombe abhalten will, muß etwas zu bieten haben, *Die Welt*, 27.11.2004; sowie Volker Perthes: The EU Needs a U.S. Input on Iran, in: *European Affairs*, Jg. 6, Nr. 4 (Herbst 2005), S. 17-20.

12 Für eine Veranschaulichung der deutschen Iran-Politik, siehe die Bundestagsplenardebate am 01.03.2007 (Wahlperiode 16, Sitzungsnr. 82).

13 So beispielsweise torpedierte man den russischen Vorschlag, der von allen Verhandlungsparteien als vielversprechend eingestuft wurde. Dazu Mohssen Massarrat: Der Iran und Euro-

pas Versagen, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Mai 2006, S. 544-547, hier 544-545.

14 Vgl. Kaveh L. Afrasiabi: Sideshows on Iran's frogmarch to the UN, *Asia Times*, 07.02.2006.

15 Dazu Siddharth Varadarajan: India's anti-Iran votes were coerced, says former U.S. official. 'New Delhi should walk away from Iran pipeline project', *The Hindu*, 16.02.2007.

16 Zur Entscheidung des IAEA-Gouverneursrats, siehe IAEA Board of Governors, *Implementation of the NPT Safeguards Agreement in the Islamic Republic of Iran*, GOV/2006/14, Resolution verabschiedet am 04.02.2006.

17 The White House: *The National Security Strategy of the United States of America*, Washington, März 2006.

18 Zu Letzterem, siehe Peter Baker/Glenn Kessler: U.S. Campaign Is Aimed at Iran's Leaders, *Washington Post*, 13.03.2006, S. A01.

19 Dazu Jorge Hirsch: America's nuclear ticking bomb, *The San Diego Union-Tribune*, 03.01.2006; sowie die *Doctrine for Joint Nuclear Operations* aus dem Jahr 2006.

20 Zu finden unter <http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8792.doc.htm>.

21 Demzufolge solle dem Land Zugang zur Technologie von modernen Leichtwasserreaktoren, eine „internationale Garantie eines permanenten Zugangs zu Nuklearbrennstoff“ sowie internationale Zusammenarbeit im Bereich der Nuklearforschung gewährt werden. Während allen voran die westliche Nuklearindustrie sich nichts Sehnlicheres wünschen würde, als dass Iran diesem Deal zustimme, wurden Teherans Bedenken, eine vom Ausland unabhängige Kernenergieversorgung zu unterhalten, keinesfalls Rechnung getragen.

22 CNN: *Situation Room*, Interview mit Sam Gardiner von Wolf Blitzer, 18.09.2006, Video unter <http://www.youtube.com/watch?v=NcSK809U3Qs>; Transskript unter <http://thinkprogress.org/col-sam-gardiner-on-cnn-91806/>.

23 Vgl. Michel Chossudovsky: 'Theater Iran Near Term' (TIRANNT), *Global Research*, 21.02.2007 (revidiert am 23.02.), sowie *ibid.*: The War on Iran, *Global Research*, 01.04.2007.

24 Ali Fathollah-Nejad: Teetering on the Brink of Disaster: The Neocons' Decision to Bomb Iran, *Global Research*, 09.04.2007.

25 Zu Moskaus Rolle, siehe Ali Fathollah-Nejad: Russian Roulette and the Iran War. Ulterior motives of an Iran War profiteer—and its risks, *Global Research*, 21.04.2007.

26 Titel der konservativen französischen Tageszeitung *Le Figaro* vom 07.05.2007, dem Folgetag der Wahl Sarkozys.

27 Siehe Wahlendung von *TV5 Monde* am Abend des 2. Wahlganges am 06.05.2006.

28 Über die immense globale Bedrohungslage bezüglich eines amerikanischen und/oder israelischen Nuklearkrieges, siehe Leonid Ivashov: Iran: the Threat of a Nuclear War, *Strategic Culture Foundation online magazine*, 30.03.2007, <http://en.fondsk.ru/article.php?id=647>.

29 J. Fischer, *idem*.

30 Andreas Zumach: Für den Irankrieg ist alles vorbereitet, *taz*, 25.02.2007, S. 3.

Deutsche Dominanz in der Europäischen Union

Merkel will dafür die EU-Verfassung retten

von Tobias Pflüger

Bundeskanzlerin Angela will während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Fahrplan vorlegen, wie der EU-Verfassungsvertrag doch noch durchgesetzt werden kann. Es gehe um die "Handlungsfähigkeit der Europäischen Union", betonte Merkel. Der Vertrag soll bis zur nächsten Wahl zum Europaparlament im Juni 2009 in allen EU-Staaten ratifiziert werden. Dabei wird inzwischen selbst der Begriff Verfassung fallengelassen. Auf jeden Fall will man aber den Inhalt des Vertragswerks retten. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: 1. Der EU-Verfassungsvertrag bietet andere, für die großen Mitgliedstaaten deutlich vorteilhaftere, Entscheidungsmechanismen. Das Kerneuropakonzept würde damit de facto eingeführt. 2. Der EU-Verfassungsvertrag bietet den EU-Eliten die Möglichkeit, die Europäische Union zu einem militärisch basierten weltweiten imperialen Akteur zu machen.

EU und NATO sollen sich ergänzen

Im EU-Verfassungsvertrag sind eine ganze Reihe von Festlegungen auf eine Militarisierung der Außenpolitik der Europäischen Union enthalten. Das ist neben der Festschreibung der "offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" (Art. 177, 178) die inhaltliche Kernsubstanz des Vertrages. Das Europäische Parlament stellte am 9. Dezember 2004 - analytisch richtig - im sogenannten Corbett Mendez de Vigo-Bericht fest: "Die meisten Fortschritte gewährt die Verfassung im spezifischen Bereich der Gemeinsamen Sicherheitspolitik." Neben dem berühmt-berüchtigten Artikel I-41(3), der eine Aufrüstungsverpflichtung festschreibt, ("Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.") gibt es weitere zentrale Festschreibungen einer neuen Militärpolitik der EU: im Artikel III-309 werden die so genannten Petersberg-Aufgaben, die es bisher schon gab, festgeschrieben und ergänzt durch weitere militärische Optionen der Europäischen Union, so genannte militärische Abrüstungsmaßnahmen. Damit ist gemeint, dass mit militärischen Mitteln der EU andere Staaten "abgerüstet" werden sollen.

Außerdem ist im EU-Verfassungsvertrag die Regelung enthalten, dass Unterstützung für Drittländer geleistet wird "bei

der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet." Mit dem Verfassungsvertrag soll die Rüstungsagentur auf vertragliche Beine gestellt werden. Im Artikel I-41(2), der in der französischen Debatte eine wichtige Rolle gespielt hat, wird der NATO eine Rolle im EU-Verfassungsvertrag eingeräumt. Es wird darauf verwiesen, dass die EU-Militärpolitik völlig kompatibel sein muss mit der NATO-Politik. Ganz im Sinne von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der in einem Beitrag zur so genannten Münchner Sicherheitskonferenz in der "Süddeutschen Zeitung" geschrieben hatte: "NATO und EU haben einen legitimen Platz in der Sicherheitsarchitektur von heute. Sie sind keine Konkurrenten, sondern ergänzen sich. Nur gemeinsam, im Verbund von NATO und EU, können Europa und Nordamerika ihre Vorstellung von Sicherheit glaubwürdig in die Welt projizieren."

Im Artikel III-304 wird festgehalten, dass das Europäische Parlament im Bereich der Außen- und Militärpolitik lediglich "auf dem Laufenden" gehalten werden muss. Eine Entscheidungsgewalt zu diesem Themenbereich gibt es für das Europäische Parlament nicht. Artikel III-376 regelt, dass der Europäische Gerichtshof ebenfalls nicht zuständig ist für den Bereich der Außen- und Militärpolitik. Ebenfalls im Artikel I.43 wird eine so genannte militärische Solidaritätsklausel in der EU festgeschrieben.

Eine Option für die EU-Eliten

Die wohl wichtigste Neuregelung des Verfassungsvertrages im Militärbereich ist aber die "Strukturierte Zusammenarbeit". Sie beinhaltet, dass einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die, "untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind", militärpolitisch vorausgehen können, und die anderen Mitgliedsstaaten haben nur die Chance einer so genannten konstruktiven Enthaltung. Im Militärbereich, wo weitestgehend das Einstimmigkeitsprinzip gilt, bezieht sich dies also bezüglich der "Strukturierten Zusammenarbeit" nur auf die Länder, die an dieser auch teilnehmen.

Die so genannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sieht 19 (offiziell 13) Battle-Groups (Schlachtruppen) à 1.500 Soldaten vor sowie das European Rapid Reaction Corps mit 60.000

Soldaten. Wenn einzelne Staaten gemeinsame militärische Aktionen durchführen wollen und dafür das Votum vom Ministerrat bekommen, liegt die Durchführung ausschließlich in den Händen derjenigen, die an den Aktionen teilnehmen. Die anderen können sich nur konstruktiv enthalten. Das ist die Festschreibung eines militärischen Kerneuropas. Es ist völlig klar, wer diese Option hauptsächlich in Anspruch nehmen wird: Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Der bislang geltende Nizza-Vertrag verbietet einen eigenständigen Militärbudget. Deshalb muss bei der Finanzierung der Militäreinsätze noch vielfach getrickelt werden: Es gibt den sogenannten ATHENA-Mechanismus; hier zahlen die EU-Mitgliedsstaaten Geld in einen Topf, aus dem dann die Einsätze z.B. in Bosnien oder im Kongo finanziert werden. Es handelt sich dabei explizit nicht um einen EU-Haushalt. Andere ESVP-Missionen werden sogar über den Entwicklungsfonds (mit-)finanziert.

Dass es bei der Etablierung des EU-Verfassungsvertrages insbesondere um die Militärpolitik geht, zeigt auch eine gemeinsame "Schriftliche Erklärung" von Ende 2006 von Elmar Brok, Nicole Fontaine, Bronislaw Geremek, Jo Leinen und Íñigo Méndez de Vigo, die die EU zu einer "Union der Außenpolitik, der Sicherheit und der Verteidigung" machen wollen. Sie sind "... der Auffassung, dass sie in jedem Fall aus folgenden Instrumenten bestehen sollte: einem europäischen Außenminister, Vizepräsident der Kommission, der von einem europäischen diplomatischen Dienst sowie einem stellvertretenden Minister für Verteidigung unterstützt wird; integrierten Botschaften und Konsulaten; einer gemeinsamen Rüstungspolitik und einer gemeinsamen Programmfinanzierung; gemeinsamen Verteidigungskräften, die in der Lage sind, der Europäischen Union die echte Fähigkeit zu autonomem Handeln zu verleihen; (...) der Auffassung, dass der Entwurf des Verfassungsvertrages einen wichtigen Schritt in diese Richtung darstellt".

Wer den Verfassungsvertrag mit Streichung des Artikels 41(3) und des Teiles III zu akzeptieren will, der akzeptiert alle genannten Regelungen der Militarisierung. Der EU-Verfassungsvertrag muss vollständig abgelehnt werden. Eine (neue) Kampagne gegen den EU-Verfassungsvertrag ist notwendig, die genau zu dem Zeitpunkt wirksam wird, wenn die deutsche Ratspräsidentschaft ihren Fahrplan präsentiert, am 27. Juni. Dabei müssen alle linken und friedensbewegten Kräfte zusammenarbeiten.

Geheime Militärhaushalte

von Martin Hantke

Kriegerische Einsätze der EU werden teilweise aus zivilen Töpfen finanziert. Die Union verstärkt Investitionen in Rüstung und benötigt dafür eine Verfassung

Eine neue Aufrüstungswelle rollt durch Europa. Während die nationalstaatlichen Militäretats nur geringfügig wachsen, wird der EU-Haushalt immer öfter für Rüstungsvorhaben aller Art genutzt. Gleichzeitig werden Ad-hoc-Mittelplanungen für den militärischen Kernbereich von EU-Militärmissionen erstellt. Auf diese Weise entstehen, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, geheime EU-Militärbudgets, die Frieden und Sicherheit weltweit, aber auch in Europa gefährden.

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist trotzdem voll des Lobes über die rasante Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), mit der zahlreiche Aufrüstungsvorhaben verknüpft sind: Sie »ist ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. 1999 wurde sie beim Europäischen Rat in Köln aus der Taufe gehoben, heute – nach sieben Jahren und 16 erfolgreichen Missionen– ist sie nicht mehr wegzudenken. Allein im letzten Jahr gab es zehn ESVP-Operationen (...). Dabei haben etwa 10000 Europäer in zivilen und militärischen Einsätzen auf drei Kontinenten dazu beigetragen, Krisen zu bewältigen, Frieden zu sichern und Konflikte zu verhüten« (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2007). Doch diese Einsatzintensität reicht noch nicht aus. So klagt der Verantwortliche für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, beständig über zu geringe Rüstungsausgaben zur Verwirklichung der ambitionierten Ziele der EU als Global Player. Ganz offen erklärte er auf der Berliner Konferenz zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 29. Januar 2007: »Wir müssen mehr und effizienter Geld ausgeben. Nur eine Handvoll Mitgliedstaaten geben über zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigung aus.«

Militarisierung von Steuergeldern

Im gültigen EU-Vertrag ist die Finanzierung von Militär- und Verteidigungsausgaben ausgeschlossen. Bei den »operativen«

Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt die »Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen«. Zugleich ist festgelegt, daß Militärinterventionen »nach dem Bruttosozialproduktschlüssel zu Lasten der Mitgliedstaaten« (EU-Vertrag, Artikel 28 Absatz 3) finanziert werden müssen. Das heißt konkret: Zum einen werden die Kosten für Militärinterventionen nach dem NATO-Prinzip »Cost lie where they fall«, also nach dem Verursacherprinzip von den an Militärmissionen teilnehmenden Staaten übernommen, zum anderen wird direkt auf die Haushalte der Mitgliedstaaten zugegriffen, und darüber werden die restlichen Kosten finanziert.

Um auf diese Weise EU-Militäroperationen finanzieren zu können, schufen die Staats- und Regierungschefs am 23. Februar 2004 den sogenannten Athena-Mechanismus (Beschluß 2004/197/GASP des Rates). Er soll »zur Verwaltung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« dienen. Bei der Benennung stand wie schon öfter die Antike Pate. Auf den Schulungsmaterialien des EU-Rates zu diesem Finanzierungsmechanismus erscheint das Konterfei der griechischen Göttin der Weisheit und Kriegskunst, Pallas Athene, in voller Rüstung.

Der Athena-Mechanismus der EU birgt ein ganz entscheidendes Problem, denn die Finanzierung bleibt weiterhin anteilig Sache der Mitgliedstaaten und kann nicht aus dem EU-Haushalt bestritten werden. Der Athena-Mechanismus dient unter anderem dazu, EU-Mittel für die Nutzung von NATO-Strukturen bei Militäroperationen der Europäischen Union an den Nordatlantikkpakt zu überweisen. Damit kann zwar die Verwendung dieser Mittel, deren Höhe unbekannt ist, verschleiert werden und tendenziell der Haushaltskontrolle entzogen werden.

Allein, es können nicht zusätzliche Gelder für neue Kriege und deren Vorbereitung akquiriert werden. Diese Beschränkungen wären durch das Inkrafttreten des EU-Verfassungsvertrages aufgehoben worden, da hier die Schaffung eines eigenständigen

EU-Militärfonds, »Anschubfonds« (Artikel III-313) genannt, vorgesehen war. Aber seit Franzosen und Niederländer ihr deutliches Nein zur EU-Verfassung zu Protokoll gegeben haben, geht in dieser Hinsicht derzeit nichts mehr.

Gerade für die deutsche Regierung stellt sich die Frage, wie sie auch ohne eine Ratifizierung des Verfassungsvertrages eine deutliche Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben bewerkstelligen kann. Denn der deutsche Militärhaushalt steigt in diesem Jahr zwar um 500 Millionen Euro, mit einem Anteil von 1,4 Prozent am Bruttosozialprodukt (BSP) bleibt er aber weiter hinter den Anforderungen einer intensiveren Vorbereitung für die neuen Kriege zurück. »Verteidigungs«minister Franz-Josef Jung beklagt deshalb öffentlich, daß eine Aufrüstungsverpflichtung – wie in den neuen NATO-Staaten, offiziell zwei Prozent des BSP für die Streitkräfte auszugeben – zur Zeit in Deutschland einfach nicht machbar sei. Deshalb bleibt allein der Weg zur Erhöhung der Militärausgaben über den EU-Haushalt.

Deutschland ist mit Abstand der größte Einzahler in das Brüsseler Budget. Es handelt sich bei diesen Beträgen durchgängig um Gelder, die aus nichtmilitärischen Haushaltstiteln stammen und die nicht in die Berechnung der deutschen Militärausgaben ausgehen. Die heimliche Militarisierung via EU-Haushalt ist also der Königsweg, um möglichst ohne jede öffentliche Debatte die eigenen militärischen Fähigkeiten massiv auszubauen. Bei solchem Vorgehen kann sich die Bundesregierung auf die Brüsseler EU-Rats- und Kommissionsbürokratie verlassen, die mit ihren Finanzierungstricks ein hohes Maß an Kreativität an den Tag legt.

Finanzierung militärischer Einsätze

Während also die Finanzierung militärischer Einsätze der ESVP aus dem EU-Budget verboten ist, sieht es bei zivilen Missionen anders aus. Diese kann die EU-Kommission aus dem Haushalt finanzieren. Darunter können per definitionem aber auch militärische Maßnahmen wie Entwaffnungsoperationen, Rettungsaktionen, Beobachtermissionen oder paramilitärische Polizeientsendungen fallen (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 28.11.2001, Nr. 647). Dies führt dazu, daß immer mehr militärische Einsätze im Rahmen der ESVP zivil ummantelt werden, damit sie aus dem EU-Budget finanziert werden können. Jüngste Beispiele sind die eingeleitete Polizeimission in Afghanistan und die geplante Stationierung von robusten Polizeikräften im Kosovo. Für die Entsendung von 160 Polizeiausbildern nach

Afghanistan wurde beschlossen, 40 Millionen Euro im Jahr 2007 einzusetzen.

Alles natürlich aus den zivilen Haushaltsmitteln. Bei der ESVP-Mission in Aceh in Indonesien vom 9. September 2005 bis zum 15. März 2006 trugen die EU-Militärbeobachter, obwohl mit militärischen Dienstgraden unterwegs, zivile Hemden – dies auch, damit ihre Mission zusätzlich zu den Beiträgen der Mitgliedstaaten mit neun Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden konnte. Auch die paramilitärische EU-Unterstützungsmission für die palästinensische Polizei in Rafah an der Grenze des Gazastreifens nach Ägypten wurde mit 7,6 Millionen Euro aus dem EU-Budget versorgt.

Wenn sich eine militärische Aktion nur schlecht als zivile Maßnahme deklarieren läßt, verfällt man auf den Trick der Mischfinanzierung, um so beispielsweise den Aufbau afrikanischer Streitkräfte doch aus einem zivilen Haushaltstopf bezahlen zu lassen. Für die AMIS-II-Mission im Sudan wurden so immerhin 212 Millionen Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) bezahlt. Auch bei der ESVP-Mission in Mazedonien wurden 1,5 Millionen Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert. Die operationellen Kosten werden dann aus dem EU-Kommissionsbudget genommen und die sogenannten Verwaltungskosten unter der Rubrik »EU-Rat« beglichen.

Selbst bei offiziell militärischen Interventionen werden nur die operationellen Kosten von den Mitgliedstaaten übernommen. Die als Verwaltungskosten bezeichneten Beträge belasten auch hier den EU-Haushalt. Unter dem Titel »Rat des EU-Haushaltes« verbergen sich mittlerweile reihenweise Budgetlinien mit militärischen Bezügen. Allein 2005 wurden so 39 Millionen Euro für die Bestellung von Infrastruktur im Zusammenhang mit der ESVP ausgegeben. Für die Bezahlung u. a. von Militärberatern fielen im selben Jahr 9,3 Millionen Euro an.

Diese von den Verantwortlichen selbst geschaffene Komplexität und Unübersichtlichkeit trägt dazu bei, eine wirksame demokratische Haushaltskontrolle unmöglich zu machen. Sie dienen der Schaffung von militärischen Schattenhaushalten. Dies geht so weit, daß schon die Verwaltung des Europäischen Parlaments Alarm schlägt. Beinahe verzweifelt erinnert sie EU-Rat und EU-Kommission daran, daß »die Europäisierung der Verteidigungspolitik dazu tendiert die Fähigkeit der nationalstaatlichen Parlamente, eine effektive Kontrolle auszuüben, [zu] unterminieren«. Sie fordert deshalb eine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments in diesen Berei-

chen. Außerdem empfiehlt sie für künftige ESVP-Missionen »die Einhaltung des Völkerrechts«, denn »wie sich gezeigt hat, fehlt militärischen Operationen ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats die Legitimität« (European Parliament, Budgetary Support Unit, 6.10.2006, S. 35).

Für ein friedliches Europa sieht die Zukunft düster aus. Für die Haushaltsperiode 2007 bis 2013 sollen von der EU insgesamt rund 50 Milliarden Euro für die Sicherheits- und Außenpolitik ausgegeben werden, was einer Steigerung von 29 Prozent entspricht. Unter der Ausgabenrubrik »Die Europäische Union als globa-

ler Partner« wurden folgende finanziellen Instrumente geschaffen: ein Instrument für Heranführungshilfe (10,2 Milliarden Euro), ein europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (10,6 Milliarden Euro); Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Zusammenarbeit (15,1 Milliarden Euro), ein Stabilitätssinstrument (2,5 Milliarden Euro) und die Budgetlinie Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (1,7 Milliarden Euro) (siehe SWP-Aktuell vom Juli 2006: swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3115). Aus all diesen Töpfen sollen Maßnahmen mit militärischen Bezügen



Europa greift nach den Sternen, Ariane-Rakete beim Start, Bild: Europäische Gemeinschaft

bezahlt werden.

Die Finanzierung der EU-Militärmissionen bleibt hingegen offen. Es ist mit Blick auf den Haushalt völlig unklar, wie ESVP-Einsätze finanziert werden sollen. Allerdings ist aufgrund der bisherigen Praxis und der inhaltlichen Ausrichtung der finanziellen Instrumente anzunehmen, daß die Entscheidungsträger verstärkt eine Mischfinanzierung anstreben. Besonders geeignet dafür ist das ganz im Orwellschen Sprachduktus benannte, »Stabilitätsinstrument«. Zusätzlich zur bisherigen Kofinanzierung aus dem Europäischen Entwicklungsfonds läßt sich mit dem Stabilitätsinstrument nahezu jede mögliche militärische EU-Aktion mitfinanzieren. Für seine Einrichtung hatte sich insbesondere die Grünen-Politikerin Angelika Beer, Berichterstatterin des Europäischen Parlaments zu diesem Thema, zusammen mit dem christdemokratischen Vorsitzenden des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, Karl von Wogau, stark gemacht.

Eine weitere nicht ausgewiesene Erhöhung der Militär- und Rüstungsausgaben ist im EU-Forschungshaushalt vorgesehen. Für die neue Förderperiode werden für die sogenannte Sicherheits- und Rüstungsforschung bis 2013 1,6 Milliarden Euro eingeplant. Zu den Vorhaben, die aus diesem Topf finanziert werden, zählt unter anderem die Entwicklung von sogenannten Raketenabwehrsystemen. Zusätzlich werden diese Projekte aus den Forschungshaushalten der großen Mitgliedstaaten gesponsert. Von 2004 bis 2006 hatte die Europäische Kommission erstmals in der Geschichte der EU einen Pilothaushalt für Rüstungsprojekte angelegt. Mit der Realisierung letzterer wurden fast ausschließlich die großen europäischen Rüstungsunternehmen wie BAE Systems, EADS und Thales betraut. Bei EADS soll so auch ein Teil der Verluste aus dem Airbusgeschäft abgefangen werden. Im Vergleich zu 2005 erhöhte sich das Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern im Verteidigungsbereich von 201 Millionen auf 348 Millionen Euro, auch in der Geschäftssparte Hubschrauber und Militärtransporter ist 2006 ein starker Gewinnanstieg zu verzeichnen (FAZ vom 10.3.2007).

Star Wars auf europäisch

Gegenüber den Militärprojekten in der Raumfahrt und Satellitentechnik nehmen sich die Kosten für die laufenden Militäroperationen geradezu als Peanuts aus. Bei ersteren geht es zum einen um militärisch nutzbare Raumfahrtforschung in Zusammenarbeit mit der European Space Agency (ESA). Dazu werden im siebten

EU-Forschungsrahmenprogramm rund 100 Millionen Euro für die Entwicklung von Satellitenkommunikation zur Verfügung gestellt. Weitere 100 Millionen Euro kommen für unterstützende Maßnahmen im Sicherheitsbereich hinzu.

Das eigentliche militärische Leuchtturmprojekt heißt aber GMES (Global Monitoring for Environment and Security). Ursprünglich für Umweltbeobachtungen konzipiert, soll GMES bis 2008 Entscheidungsträgern die Möglichkeit geben, Krisensituationen im Bereich Umwelt und Sicherheit besser vorhersehen und auf diese besser reagieren zu können. Der Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist ausdrücklich in die Nutzeranwendungen eingeschlossen. GMES wird durch Beiträge der EU, der ESA, der Mitgliedstaaten und des Privatsektors finanziert. Von 2007 bis 2013 sollen aus dem EU-Budget nahezu vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommt eine Finanzierung in Höhe von 253 Millionen Euro durch die ESA aus einem veranschlagten Budget von insgesamt 8,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2013.

Unter dem Haushaltstitel »Energie und Transport« wird des weiteren das Projekt Galileo gefördert. Hier soll ein globales Navigationssystem mit 30 Satelliten entstehen. Als EU-Finanzierung schlugen dabei bis 2005 schon für die Entwicklungsphase 1,1 Milliarden Euro zu Buche. Für die Fortentwicklung bis 2007 werden weitere 700 Millionen Euro von der EU-Kommission bezahlt werden. Der Rest von 1,4 Milliarden Euro kommt aus der Privatwirtschaft. Für Wartungskosten werden rund 220 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt, die aus dem EU-Budget finanziert werden sollen.

Aus Kommissionskreisen ist jetzt zu erfahren, daß zur Zeit neue Verhandlungen über Galileo laufen. Die Firmen des federführenden Industriekonsortiums – unter ihnen die britische Immarsat, die französische Thales und der deutsch-französische Konzern EADS – wollen die Bestimmungen der Verträge neu aushandeln, damit die Rüstungskonzerne in Zukunft nicht mehr für die Infrastruktur bezahlen, aber im Gegenzug alle Rechte auf die Systemnutzung erhalten. Das geht selbst EU-Rat und EU-Kommission zu weit. Intern wird sogar überlegt, das ganze Projekt platzen zu lassen und nicht länger als Public Private Partnership weiterzuführen.

Hintergrund ist eine Kostenexplosion bei Galileo aufgrund der gewollten verstärkten militärischen Nutzung. Bisher wurde seitens der EU-Verantwortlichen immer der

zivile Charakter des Projekts betont, nun setzt aber auch EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot selbst erklärtermaßen auf eine Militarisierung. Dazu kommt, daß die Europäische Rüstungsagentur (EDA) ein Mandat erhalten hat, an den militärischen Aspekten von Galileo zu arbeiten. Ein erster Schritt war die Beauftragung der EDA mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie über Satcom, das deutsche militärische Satellitenkommunikationssystem, das für 2008 geplant ist. Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug eingestuft werden. Denn zum einen wird die Militarisierung der GASP extrem beschleunigt werden, zum anderen geht es den beteiligten Firmen darum, mit Hilfe ihres Galileo-Engagements eine industrielle Grundlage aufzubauen, um für die Erstellung eines »US-Raketenabwehrschild« in Polen und Tschechien Angebote abgeben zu können. Dies wäre dann der europäische Beitrag zur atomaren Entwaffnung Rußlands zugunsten der USA – finanziert aus den militärischen Geheimhaushalten der EU.

Verfassungsvertrag für Militär

Um gemeinsame militärische Projekte voranzubringen, soll jetzt die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO intensiviert werden. Außenminister Steinmeier fordert deshalb, daß eine »echte strategische Partnerschaft, bei der sich die EU und die NATO in ihren jeweiligen Stärken klug ergänzen«, entwickelt wird (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2007). Der EU-Verfassungsvertrag, der eigene EU-Militärfonds ermöglichen würde, soll auch deshalb schnell kommen. Denn, so Steinmeier weiter: »All dies wird nicht gelingen, wenn nicht auch die ESVP entwickelt wird. Mit dem Verfassungsvertrag würden wichtige Schritte getan – ein Grund mehr, weswegen wir ihn brauchen.«

Jetzt haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, daß die Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge zur Beförderung der EU-Verfassung genau diesen Begriff vermeidet. Mit der Betitelung des neuen EU-Vertrages als »europäische Verfassung« war zuviel Widerstand geweckt worden. Am Vorhaben, Substanz zu erhalten, wird allerdings auch eine Umbenennung in »Grundlagenvertrag« durch die Staats- und Regierungschefs nichts ändern – insbesondere nicht im militärischen Bereich. Die Verankerung eines EU-Militärfonds und eine besser abgesicherte Fortführung der EU-Schattenmilitärhaushalte sind für die künftigen Aufrüstungsvorhaben an der Seite der NATO für Merkel und Co. einfach zu wichtig.

AMISOM in Somalia

Nächste Militärmission mit EU-Entwicklungshilfegeldern

von Jürgen Wagner

Mit einer militärischen Offensive Ende Dezember 2006, an der mindestens 15.000 Soldaten beteiligt waren, stürzte Äthiopien, mit tatkräftiger Unterstützung durch die USA¹, die bis dahin in Somalia dominierende Union Islamischer Gerichtshöfe (UIC) und ersetzte sie durch eine „im kenianischen Exil aus dem Angebot somalischer Warlords zusammengeklaupte Übergangsregierung (TFG).“² Hierdurch endete eine kurze Periode, in der Somalia über die erste Regierung seit 1991 verfügte, die halbwegs in der Lage war, für Sicherheit und Stabilität im Land zu sorgen, denn im Gegensatz zur UIC verfügt die Übergangsregierung über so gut wie keinen Rückhalt in der Bevölkerung.³

Zwar zogen sich die UIC-Milizen zunächst einmal zurück, kündigten aber gleichzeitig an, den Kampf gegen die TFG und sämtliche ausländischen Unterstützer aufzunehmen. Seither finden praktisch permanent Auseinandersetzungen statt, die ihren Höhepunkt Ende März in mehrtägigen massiven Kampfhandlungen in der somalischen Hauptstadt Mogadischu fanden, bei denen mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Bei diesen Auseinandersetzungen kam nun erstmals auch ein Soldat der Afrikanischen Union ums Leben. Er war Teil der AMISOM (African Mission in Somalia), die vom UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1744 vom 20. Februar 2007 damit beauftragt wurde, die gewalttätig an die Macht gebrachte Übergangsregierung abzusichern. Das Mandat sieht die Möglichkeit vor, bis zu 8000 Soldaten in Somalia zu stationieren, von denen bislang allerdings lediglich 1500 vor Ort sind.

Obwohl von vielen Seiten vor einer Eskalation in Folge der äthiopischen Offensive gewarnt wurde, legitimierten die Vereinten Nationen hierdurch erneut nachträglich eine völkerrechtswidrige Aggression, zumal der US-amerikanische Vorwurf, die UIC habe Kontakte zu Al-Kaida bislang in keiner Weise belegt wurde.⁴ „Der Sicherheitsrat nahm sich der Sache an“, kritisiert der ehemalige UN-Diplomat Salim Lone. „Mit einer weiteren feigen Handlung, die seinen Ruf als anti-muslimisches Gremium weiter zementieren wird, gab der Sicherheitsrat US-amerikanischem und britischem Druck nach und autorisierte eine Peacekeeping-

Truppe, die nach Somalia geht, um die Übergangsregierung zu schützen und die Islamischen Gerichtshöfe zu bekämpfen.“⁵

AMISOM mit EU-Entwicklungshilfegeldern

Obwohl die Europäische Union die äthiopische Offensive offiziell verurteilte, stützt sie nun finanziell den Einsatz der Afrikanischen Union, auch oder wohl gerade weil dieser lediglich den militärisch erzwungenen Machtwechsel zementieren soll. Zynischerweise beschloss der Europäische Rat Mitte Februar einmal mehr, die Gelder hierfür der „African Peace Facility“ zu entnehmen⁶, deren Mittel aus dem Topf des Europäischen Entwicklungsfonds stammen. Nicht das erste Mal werden hiermit Entwicklungshilfegelder, die zur Armutsbekämpfung dringend benötigt werden, zur Unterstützung militärischer Einsätze zweckentfremdet, wie der Auflistung des deutschen UN-Botschafters Thomas Matussek zu entnehmen ist: „Die Peace Facility hat mittlerweile afrikanische Friedenseinsätze in Darfur, der Zentralafrikanischen Republik und auf den Komoren mit 266 Mio. Euro unterstützt, insgesamt 15 Mio. Euro sind inzwischen für AMISOM in Somalia vorgesehen.“⁷

Deutsche Interessen

Nach der Gründung eines eigenen Regionalkommandos (AFRICOM) wurde vielfach auf die wachsende Bereitschaft der USA hingewiesen, ihre primär mit Öl verbundenen Interessen in Afrika militärisch durchzusetzen.⁸ Aber auch Berlin hat speziell am Horn von Afrika erhebliche Interessen, wie der deutsche Botschafter in Äthiopien, Claas D. Knoop, unmissverständlich verdeutlicht: „Am Ausgang des Roten Meeres zum Indischen Ozean kreuzen sich Schifffahrtslinien, die für die Versorgung der Industrieländer weltweit von eminenter Bedeutung sind. Die Sicherung dieser Wasserwege vor terroristischen oder kriminellen Angriffen liegt im besonderen deutschen Interesse. [...] Die Exploration von strategisch wichtigen Rohstoffen (zum Beispiel Gas, Öl, Mineralien) in dem Gebiet der vier Hornländer steckt zwar noch in den Anfängen, doch darf aufgrund erster viel versprechender Funde (z.B. in

Äthiopien) vermutet werden, dass das Rohstoffpotential dieser Region zukünftig von großem wirtschaftlichen/politischen Interesse sein wird.“⁹

Ähnlich deutlich wird eine Studie der Konrad Adenauer Stiftung, die u.a. folgende deutschen Interessen am Horn von Afrika benennt: „Die Sicherung der Wasserwege vor terroristischen oder kriminellen Übergriffen, um die Exportwege nach Asien zu sichern und die eigene Rohstoffversorgung zu garantieren. [...] Die Stärkung europäischer Energiesicherheit, die durch Diversifizierung von Importanteilen u.a. beim Erdölimport auch auf Ressourcen der Region am Horn von Afrika zugreifen sollte (derzeit gehen etwa 90% der dort lagernden Ressourcen, insbesondere Öl, nach China).“

Als weiteres Ziel wird der Ausbau des deutschen Einflusses in der Region genannt: „das Erreichen größeren internationalen Gewichts gerade in einer Region, die als Brücke zwischen Afrika und dem Nahen Osten fungiert und an Bedeutung gewinnen wird.“ Dies ist insofern interessant, weil gleich im Anschluss die Sorge darüber geäußert wird, dass dieses Ziel durch „Islamisten“ gefährdet werden könnte, weshalb folgendes Ziel ausgegeben wird: „Die Eindämmung des Einflusses radikaler Islamisten, die mit finanzieller Hilfe des benachbarten Auslands (Saudi-Arabien, Iran) Terrororganisationen weitere Rekruten zuführen könnten und die deutsche Präsenz in der Region (deutsches Militär, deutsche Botschaften, deutsche NGOs, etc.) bedrohen.“¹⁰

Anmerkungen

1 Die Offensive wurde von US-amerikanischer Seite u.a. durch die Bereitstellung von Luftaufklärungsdaten unterstützt. Vgl. Hallinan, Conn: Into Africa, FPIF, 15.03.2007.

2 Holberg, Anton: Somalia: Rückkehr ins Jahr 1993, Neues Deutschland, 24.03.2007.

3 Shank, Michael: The Future of Political Islam in Somalia, FPIF, 05.01.2007.

4 „Verbindungen zu El Kaida sind Propaganda“, Der Standard, 10.01.2007.

5 Lone, Salim: In Somalia, a reckless U.S. proxy war, International Herald Tribune, 26.12.2006.

6 EU Council Conclusions on Somalia (12/2/2007).

7 Thomas Matussek Statment held in the Security Council on 28 March 2007.

8 Vgl. Mitsch, Thomas: AFRICOM, in: AUSDRUCK (April 2007).

9 Knoop, Claas D./Roell, Peter: Die politische Lage am Horn von Afrika, Hans Seidel Stiftung, Oktober 2006.

10 Dehéz, Dustin/Franke, Benedikt: Den Wandel fördern: Für eine kohärente Strategie deutscher Außenpolitik am Horn von Afrika, Analysen und Dokumente aus der Konrad Adenauer Stiftung 30/2006, Juli 2006.

Militärmacht Europa im Weltraum

von Arno Neuber

Die Europäische Union will zur zivilen und militärischen Weltraummacht aufsteigen. Und das in Konkurrenz zu den USA und Russland. Auf einer EU-Fachkonferenz am 17. April in München bemühte EU-Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen wieder einmal das Bild vom politischen Zwerg Europa, der sich gegenüber den zivilen und militärischen Weltraumausgaben der USA in der Defensive befindet. Mit dem Erdbeobachtungssystem GMES (Global Monitoring for Environment and Security) erhebt die EU den Anspruch, „gleichberechtigt dabei zu sein, wenn es um die großen globalen Fragen geht.“ GMES soll in Zukunft von jedem Punkt der Erde scharfe Bilder und Messdaten liefern und die Ambitionen der EU unterstreichen, als Global Player ihre Interessen weltweit durchzusetzen. GMES ist ein gemeinsames Programm der Europäischen Union und der Europäischen Weltraumorganisation ESA. Die ESA (Sitz Paris) ist nicht die Raumfahrtbehörde der EU, sondern eine eigenständige Organisation, der 17 Staaten angehören (15 davon sind EU-Mitglieder). In Artikel 2 ihres Statutes betont sie, dass ihre Weltraumaktivitäten „ausschließlich friedlichen Zwecken“ dienen. Die Art und Weise, wie die EU das GMES-Projekt für militärische Zwecke nutzen will, steht also in scharfem Widerspruch zu diesem Statut.

Für GMES sollen bis 2011 fünf neue Satelliten in Umlaufbahnen stationiert und mit 25 bereits vorhandenen Satelliten, Mess- und Beobachtungssystemen am Boden, auf Schiffen und in Flugzeugen vernetzt werden. Die neuen Satelliten sollen laut Verheugen 700 Millionen Euro kosten, das Gesamtsystem GMES bis 2014 rund 2,4 Mrd. Euro. Das sind aber bei weitem nicht die gesamten Kosten. Bereits das Grünbuch zur Europäischen Raumfahrtpolitik, das die EU-Kommission im Januar 2003 vorlegte, kam auf acht Mrd. Euro im Laufe von zehn Jahren, die notwendig wären, um eine „Grundkapazität“ für zivile und militärische Erdbeobachtung aufzubauen.

In der Vergangenheit wurde GMES v.

a. mit ökologischen Notwendigkeiten begründet. So könnte damit ein Beitrag zur Rettung der letzten Berggorillas in Afrika geleistet und Schiffe aufgespürt werden, die die Weltmeere mit Öl verschmutzen. Inzwischen ist aber ganz offen von militärischen Anwendungen die Rede.

Im November 2003 hatte die EU-Kommission ein Weißbuch zur Raumfahrtpolitik vorgelegt. Mit Blick auf das Satelliten-Navigationssystem Galileo und GMES wurde darin auf ihren „unmittelbaren Beitrag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und zu ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ verwiesen.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einer der wichtigsten Brain Trusts der Berliner Politik, hebt in einer Studie aus dem Jahr 2005 hervor, dass die EU-Kommission sich bislang bemüht hat, „in ihren Mitteilungen und Planungsdokumenten die 'dual-use'-Konsequenzen des Programms möglichst herunterzuspielen – vermutlich um dem Vorwurf zu entgehen, einer 'Militarisierung' des Weltraums Vorschub zu leisten.“ Dabei bietet GMES „das gesamte Arsenal der technischen Bildaufzeichnung, das auch von der klassischen militärischen Aufklärung, Frühwarnung, Überwachung und Spionage genutzt wird (Radar-, Infrarot-, Funk- und Photosensorik).“

Und die Berliner Vordenker lassen keinen Zweifel an ihrer Position. In einer weiteren Studie zu „Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft“ in der EU bezeichnen sie Galileo und GMES als der EU zur Verfügung stehende Instrumente, „die militärisch nicht zu nutzen unsinnig wäre angesichts der Tatsache, dass die Union diesen Nutzungsbedarf für ihre Streitkräfte selbst festgestellt hat und überdies auch noch für 'strategisch' hält.“ Außerdem sei es „inkonsequent, vorhandene Mehrzweck-Potentiale der Raumfahrt ohne zwingenden Grund nicht auszuschöpfen“. Kanzlerin Merkel hat für ihre EU-Ratspräsidentschaft daher ausdrücklich empfohlen, eine entsprechende Richtungsentscheidung voranzutreiben.

Das Weißbuch setzte Signale für eine

zweite Phase der EU-Raumfahrtpolitik ab 2007 (nach dem geplanten Verfassungsvertrag). Raumfahrtpolitik sollte dann ein Bereich „gemeinsamer Zuständigkeit der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten“ sein. Erhoffter Effekt: Mehr Geld für die Weltraumpläne durch „Schaffung einer virtuellen Haushaltslinie für die Raumfahrt“, die aus den Zwängen der „aktuellen Haushaltsengpässe“ herausführt.

Bekanntlich sind die Verfassungspläne mit den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert. Das stört die Granden der EU aber bekanntlich nicht bei der Verfolgung ihrer Militarisierungspolitik. Das Weissbuch hat die Weltraum-Politik der EU bereits in den Zusammenhang einer verstärkten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gestellt, die das Ziel verfolge, „mehr Gewicht in der Welt zu bekommen.“ Die GMES-Plattform könnte dabei beispielsweise Daten und Bilder „zur Unterstützung von Kampfverbänden“ liefern und die „militärischen Fähigkeiten am Boden“ verbessern. Gute Nachrichten für die EU-Militärs und die deutsche Kanzlerin: Das Drängen auf forcierten Aufbau der EU-Schlachtgruppen (Battle Groups) gehört schließlich zu Merkels EU-Arbeitsplan. Per Weltraumüberwachung ist außerdem an „eine wirksamere Bekämpfung von illegaler Einwanderung“ gedacht. Am 20. April beschlossen die Innen- und Justizminister der EU den Aufbau einer „schnellen Eingreiftruppe“ gegen Flüchtlinge.

Literatur

- EU Kommission: Weißbuch. Die Raumfahrt: Europäische Horizonte einer erweiterten Union. Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik. [KOM(2003)673], Brüssel 11.11.2003.
- EU Kommission: Grünbuch Europäische Raumfahrtpolitik. [KOM(2003)17.endgültig], Brüssel 21.01.2003.http://www.europa.eu.int/comm/space/doc/pdf/greenpaper_de.pdf
- ESA: Convention for the establishment of a European Space Agency & ESA Council Rules of Procedure. März 2003. http://esamultimedia.esa.int/docs/SP1271En_final.pdf
- Handelsblatt 17.04.07: Verheugen: Europa muss sich als Weltraummacht behaupten.
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Europas weltraumgestützte Sicherheit. Aufgaben und Probleme der Satellitensysteme Galileo und GMES. SWP-Studie 2005/S 27. Berlin, September 2005. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=2443
- SWP: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft. SWP-Studie 2006/S 23, Berlin, September 2006.

FRONTEX geht in die Offensive

von Christoph Marischka



Frühjahrsoffensive

Zeitgleich mit dem Umzug aus einem Provisorium in die neue Zentrale in Warschau kündigt die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX eine „Frühjahrsoffensive“ an.¹ Die Initiative geht wesentlich auf Wolfgang Schäuble im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft und den zuständigen EU-Kommissar Franco Frattini zurück, die Ende Januar die Innenminister der Mitgliedsstaaten schriftlich aufforderten, der Agentur Material und Personal zur Verfügung zu stellen. Hubschrauber, Boote und Einheiten der nationalen Grenzpolizeien und Gendarmerien sollen in eine „Toolbox“ aufgenommen werden und bei Bedarf in einzelnen Mitgliedsstaaten als schnelle Eingreiftruppe (Rabit, Rapid Border Intervention Teams) zum Einsatz kommen. Die „Toolbox“ umfasst dabei auch militärisches Material.²

Als großes Novum wird angekündigt, dass auch die Polizisten und Paramilitärs aus dem Ausland im Einsatzland polizeiliche Funktionen, also exekutive Mandate wahrnehmen können (Kontrollen, Befragungen, Verhaftungen). Grundlagen hierfür wären im Rahmen der WM 2006 in Deutschland geschaffen worden. Seit dem 5.4.2007 werden Grenzschutzbeamte aus mehreren EU-Staaten in Kooperation mit FRONTEX an der Akademie der Bundespolizei in Lübeck für gemeinsame Auslandseinsätze ausgebildet, seit 1999 wurden hier bereits marokkanische Polizeieinheiten trainiert.³ Bereits Mitte Februar fand in Berlin ein Kongress mit Vertretern der Polizei, Rüstungsunternehmen und FRONTEX statt, auf dem neue Technologien im Kampf gegen illegalisierte Migrationen vorgestellt wurden.⁴

Jedoch waren bereits im vergangenen Jahr im Rahmen der FRONTEX-Operationen „Hera I“ und „Hera II“ Boote mit insgesamt fast 5.000 MigrantInnen an den Südgrenzen der EU aufgebracht und teilweise auf den afrikanischen Kontinent zurück verbracht worden. Zunehmend werden die Insassen dabei auch in Staaten transportiert, die sie nie passiert haben. So erklärt es

Frattini als Erfolg, dass „[e]in italienisches und ein spanisches Schiff [...] vor einigen Tagen bei einer Frontex-Operation im Atlantik ein Schiff gestoppt [haben], das unter nordkoreanischer Flagge mit georgischer Besatzung und 350 illegalen Einwanderern aus Pakistan und Indien fuhr. Mit politischer Unterstützung Senegals und in Begleitung eines senegalesischen Bootes wird dieses Schiff nun in seinen Herkunftshafen Conacry in Guinea geleitet.“⁵ Unklar ist weiterhin das Schicksal von 23 Reisenden der „Marine I“. Das Schiff wurde von den spanischen Behörden in internationalen Gewässern gestoppt und nach langen Verhandlungen Anfang Februar nach Mauritanien gebracht. In einem fensterlosen Hangar in Nouadhibou werden sie seit dem festgehalten - bewacht von spanischen Polizisten, die mit Militärflugzeugen transportiert werden. Die spanische Regierung verhandelte mit den Herkunfts- und Drittstaaten über ihre Aufnahme. Ein Großteil wurde als Inder und Pakistaner identifiziert und hat sich mittlerweile „freiwillig“ aber unter Polizeibegleitung zurückführen lassen. 35 Afrikaner wurden letztendlich auf die Kapverden ausgeflogen, von denen keiner von ihnen stammte.

Auch im Inland

Doch nicht nur an den Außengrenzen ist FRONTEX aktiv. Ihre Operation „Amazon II“ fand an den internationalen Flughäfen Frankfurt, Amsterdam, Barcelona, Lissabon, Mailand, Madrid, Paris und Rom statt und richtete sich gegen Reisende aus Lateinamerika. Auch wer mit korrekten Papieren angekommen war, musste sich einem Verhör durch die internationalen Polizisten unterziehen und wurde bei Unstimmigkeiten festgesetzt oder zurückbefördert. Dies widerfuhr während der 17-tägigen Aktion insgesamt 2.161 Menschen.⁶ Beteiligt waren 29 Grenzschutzexperten aus sieben EU-Staaten, die in der Uniform ihrer jeweiligen Einheit exekutive Funktionen ausübten, sowie Beobachter aus vier weiteren Staaten.⁷ Grundlagen für diese Einsätze sind Lageanalysen, die in Kooperation mit nationalen Geheimdiensten und Europol

angefertigt werden. Europol-Chef Max-Peter Ratzel kündigte im Handelsblatt ein dauerhaftes Kooperationsabkommen mit der Grenzschutzagentur an.⁸ Wie Europol hat auch FRONTEX die Aufgabe, Informationen aus den Mitgliedsstaaten und Drittländern zu sammeln und auszuwerten. Europol verfügt bislang jedoch über keine exekutiven Befugnisse, da der Einsatz internationaler Polizisten die Souveränität der Einsatzländer beschneidet und deshalb nicht durchsetzbar war. Dafür hat die Behörde über die EU hinausreichende Kompetenzen, was die Informationsgewinnung, nicht nur über mutmaßliche Täter, sondern auch Kontaktpersonen und Opfer angeht. Ihr Datenbestand galt zunächst als „unantastbar“⁹ und ihre Mitarbeiter genießen strafrechtliche Immunität.¹⁰ FRONTEX hingegen führte exekutive Befugnisse zunächst auf hoher See und nur gegen Drittstaatsangehörige ein. Zurückgreifen konnte die Behörde dabei auf Erfahrungen aus fünf gemeinsamen Manövern zur Grenzsicherung (Ulysses, Triton, Rio IV, Orca und Neptune) unter Beteiligung nationaler Zoll-, Gendarmerie und Polizeieinheiten und unter Beobachtung von Europol, sowie auf die Erfahrungen, die im Rahmen des NATO-Einsatzes Active Endeavour gemacht wurden.¹¹ Insbesondere die deutsche Ratspräsidentschaft setzt sich gegenwärtig für eine neue Verordnung ein, wonach die Beamten, die im Rahmen der schnellen Eingreiftruppen (Rabit) eingesetzt werden, grundsätzlich exekutive Funktionen ausüben können.¹²

Ein Vorgeschmack auf die europäische Sicherheitsarchitektur

FRONTEX sei die Basis für einen gemeinsamen Grenzschutz, so Frattini.¹³ Doch FRONTEX ist mehr als das. Sie ist Teil der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur und ebenso wie die militarisierte Außenpolitik schreitet deren Aufbau schneller voran, als der Aufbau politischer Institutionen, die zu ihrer Kontrolle im Stande wären. FRONTEX wurde geschaffen durch eine Verordnung der Innenminister, also Teile der nationalen Exekutiven, die auf

EU-Ebene legislative Funktionen wahrnehmen.¹⁴ Das EU-Parlament erhält lediglich „Berichte“ der Agentur und kann über das Budget eine eingeschränkte Kontrolle ausüben. Die nationalen Gerichte und Parlamente hingegen haben keine Kontrolle.

So können die Innenminister auf europäischer Ebene Vorstellungen durchsetzen, die auf nationaler Ebene nicht realisierbar wären. Durch die Kooperation zwischen FRONTEX, Geheimdiensten und Europol werden nachrichtendienstliche und polizeiliche Tätigkeiten koordiniert, die operative Arbeit erfolgt im Rückgriff auf militärisches Gerät und Gendarmerie-Einheiten. Dies wird durch die Notwendigkeit begründet, dass die Binnengrenzen abgeschafft wären, jedoch sollen auch an diesen die Sonderbefugnisse für Beamte in FRONTEX-Einsätzen gelten. Folgt man der Definition der Bundespolizei, gehören zu den Binnengrenzen auch die grenzüberschreitenden Transportwege, Bahnstrecken und Straßen.¹⁵

Der Einsatz ausländischer Polizisten mit Exekutivfunktion ist dabei nicht nur ein Einschnitt in die abstrakte Souveränität des Einsatzlandes, sondern auch rein praktisch ein Abbau an Bürgerrechten. Denn die kurzfristig aus dem Ausland eingesetzten Beamten können nicht in ausreichendem Maße über die jeweilige Rechtslage informiert sein, unterstehen einer über die Agentur sehr vermittelten politischen Kontrolle und bei Amtsmissbräuchen ist unklar, wer zuständig ist. Nicht zuletzt können die von Kontrolle und Zugriff betroffenen Personen über keine ausreichenden Kenntnisse über die Befugnisse der Beamten verfügen, wer aber seine Rechte nicht kennt, kann sie auch nicht geltend machen. Dies wiederum öffnet Amtsmissbrauch Tür und Tor, insbesondere, wenn die ausgeübte Gewalt sich gegen Menschen richtet, die aus der EU

entfernt werden, ohne einen Richter oder Anwalt kontaktieren können.

Tatsächlich funktioniert die Abgabe von Souveränitätsrechten an FRONTEX und Europol noch lange nicht reibungslos, da nationale Vorbehalte bestehen. Nach Angaben des deutschen Innenministeriums wurde FRONTEX „insbesondere auf Initiative Deutschlands [...] eingerichtet“.¹⁶ Es nimmt nicht Wunder, dass sie vom heutigen Innenminister weiter vorangetrieben wird, der im Falle eines drohenden Terroranschlags den quasi-Verteidigungsfall ausrufen und die Bundeswehr im Inneren einsetzen will. Auch FRONTEX lässt die Kompetenzen des Innenministeriums wuchern und militarisiert die Innenpolitik in einem rechtlichen Umfeld, das weniger an Rechtsstaatlichkeit, denn an einen permanenten Ausnahmezustand erinnert.¹⁷ Durch die martialischen Rhetorik von FRONTEX und seiner „Frühjahrsoffensive“ gegen illegalisierte Migrationen und die geheimnistuerischen Interviews des Exekutivdirektors Ilkka Laitinen, der seine Angestellten als „Agenten“ bezeichnet,¹⁸ wird dieser Ausnahmezustand auch auf sprachlicher Ebene zum Ausdruck gebracht.

Anmerkungen

1 FAZ: Mit Hubschraubern gegen illegale Einwanderung - Frattini und Schäuble im Interview, 29.3.2007

2 Ebd.

3 German-foreign-policy.com: Auf jeder Stufe, Newsletter vom 4.3.2007

4 Ebd.

5 FAZ, a.a.O.

6 German-foreign-policy.com: Jagdrekorde, Newsletter vom 19.3.2007

7 AP-Meldung vom 22.2.2007: Mit der Operation «Amazon II» gegen illegale Einwanderung, sowie: BMI-Pressemitteilung: BMI und FRONTEX verfolgen gemeinsames Ziel - Stärkung der

Grenzschutzagentur FRONTEX zur Bekämpfung der illegalen Migration an den Außengrenzen der EU, 22.2.2007

8 Handelsblatt: Eingreiftruppe soll Migranten stoppen, 28.3.2007

9 Thilo Weichert: Ein Alternativkonzept für EUROPOL, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 56 (1/97)

10 Stephen Rehmke: Cops on the Top, Forum Recht Heft 1/2004

11 Zu den militärischen und polizeilichen Manövern zur Migrationsverhinderung siehe: Christoph Marischka / Tobias Pflüger: Das militarisierte Grenzregime der EU, in: Widerspruch 51 (2006): Migration, Integration und Menschenrechte

12 BMI, 22.2.2007

13 Handelsblatt, a.a.O.

14 Vgl. etwa den Artikel von Roman Herzog und Lüder Gerken in der Welt am Sonntag vom 14.1.2007: „Europa entmachtet uns und unsere Vertreter“. Abgesehen von der durch Herzog und Gerken diagnostizierte Aufhebung der Gewaltenteilung und Entmachtung der nationalen Parlamente distanziert sich der Verfasser aber von den im Artikel vertretenen nationalen Positionen.

15 Martina Harder: Polizeisoldaten, in: AUSDRUCK Dezember 2005, <http://www.imi-online.de/download/MHa-6-05.pdf>

16 BMI: Frontex - Aufgaben und Tätigkeit der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, http://www.eu2007.bmi.bund.de/nn_1034414/EU2007/DE/Innenpolitische-Ziele/Themen/Frontex/Frontex__node.html_nnn=true

17 Zu den Kompetenzerweiterungen, die sich Schäuble mit seinen Vorstößen zum Luftsicherheitsgesetz und zum quasi-Verteidigungsfall anmaßen wollte, siehe Burkhard Hirsch: Schäubles Quasi-Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/07

18 Der Standard: „Frontex ist ein Sündenbock“, 20.12.2006, vgl. auch: Wiener Zeitung online: Operation weit größer als bekannt, 29.09.2006, und: Tagesspiegel: Unter Flüchtlingsstrom, 30.10.2006

Kein öffentliches Geld für militärisches GALILEO-Projekt

Die EU-Mitgliedsstaaten haben aus gutem Grund bis heute GALILEO als ziviles Projekt dargestellt. Die privaten Investoren (unter ihnen EADS, Telekom-Tochter T-Systems, Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), Bayerische Förderbank LfA u. a.) haben offensichtlich jetzt das bisher geplante Projekt GALILEO in den Sand gesetzt. Dass nun die EU-Verkehrsminister, mit dem bundesdeutschen Minister Tiefensee an ihrer Spitze, die EU-Steuerzahler für das Projekt bluten lassen wollen, ist nicht einzusehen. Das läuft darauf hinaus, dass das Risiko durch die EU-Mitgliedstaaten, sprich die EU-Steuerzahler, getragen werden soll und die Gewinne aus dem GALILEO-Projekt

aber weiterhin privaten Unternehmen zu gute kommen sollen. Das private Betreiberkonsortium mit EADS an der Spitze weigert sich die erhöhten Kosten zu übernehmen und will das gesamte Know How alleine vermarkten. Damit geriet das Projekt in die Krise. Jetzt soll die öffentliche Hand einspringen. Besonders problematisch ist es, dass nun wieder die militärische Nutzung von GALILEO diskutiert wird. Davon versprechen sich die Befürworter eine bessere Finanzierung. Welchen Sinn hat ein weiteres zivil-militärisches Satellitensystem, neben dem kostenlosen GPS, das statt von den USA von der EU betrieben wird? Schon heute wird das Projekt GALILEO schleichend immer mehr

mit militärischen Anwendungen geplant. GALILEO soll offensichtlich ein weiterer Mosaikstein sein beim Aufbau einer eigenständigen EU-Militärmacht mit eigenständigen EU-Militärstrukturen wie den EU Battle Groups und der Europäischen Rüstungsagentur, nun eben auch im Bereich der Satellitenkommunikation. Von Anfang an bestand die Lebenslüge GALILEOs darin, dass es angeblich rein zivilen Charakter hätte. Dadurch wollte man Akzeptanz für das Projekt erreichen.

Es ist nicht tragbar, dass die Militarisierung von GALILEO nun auch noch mit öffentlichen Mitteln gefördert werden soll. Das verstößt zudem de facto auch gegen die geltenden EU-Verträge. *T.Pflüger*

Erstschlag und Raketenabwehr

Die nukleare Dimension des Neuen Kalten Krieges und die Rolle der NATO

von Thomas Mitsch und Jürgen Wagner

Bereits im Jahr 2004 wurden Verhandlungen über die Errichtung von Teilen des US-Raketenabwehrsystems in Osteuropa aufgenommen, namentlich über die Stationierung von Abwehrraketen (Ground-Based Interceptors, GBIs) in Polen und die Installation von X-Band Radar-Anlagen in der Tschechischen Republik. Nachdem sich diese Pläne seit Anfang 2007 rasch konkretisieren, droht Russland, das sich von den US-amerikanischen Plänen unmittelbar - und zurecht, wie hier ausgeführt werden soll - bedroht fühlt, mit umfassenden Gegenmaßnahmen, die im schlimmsten Fall zu einem neuen Wettrüsten führen könnten, was sich zuallererst negativ für Europa auswirken wird.

Angeblich um die russischen Bedenken auszuräumen, wird immer häufiger der Vorschlag unterbreitet, die Raketenabwehrinstallationen unter dem Dach der NATO zu errichten, was allerdings völlig am Kern des Problems vorbeigeht. Denn die US-Pläne sind Teil eines rein nationalen Vorhabens, weshalb die Annahme, Washington werde seinen Verbündeten irgendein Mitspracherecht über deren Art, Form und Umfang einräumen ziemlich abwegig ist. Jegliche Form einer NATO-Raketenabwehr würde also *zusätzlich* zu den US-Installationen aufgebaut. Darüber hinaus stellt sich die Frage, weshalb Moskau, selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass Washington auf rein national kontrollierte Installationen in Osteuropa zugunsten der NATO verzichten sollte, hierüber weniger besorgt sein sollte. Denn die Allianz wird in Russland zunehmend als direkte Bedrohung wahrgenommen, weshalb dies in Moskau wohl ebenfalls kaum Begeisterungstürme hervorrufen dürfte.

So liegt der Verdacht nahe, dass der Vorschlag eher eine Art Propagandatricks darstellt, um die Öffentlichkeit vom „Sinn“ einer NATO-Raketenabwehr zu überzeugen. Dies ist umso notwendiger, da die Grundsatzentscheidung zum Aufbau eines solchen Schildes bereits gefallen ist. Allerdings ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unklar, wie viel Geld hierfür bereitgestellt werden soll. Berücksichtigt man dabei, dass sich die Kosten hierfür laut der geheimen NATO-Machbarkeitsstudie von mehreren hundert Millionen auf bis zu 20

Milliarden Euro belaufen könnten, erscheinen derartige Public Relations Maßnahmen mehr als notwendig, um Unterstützung für dieses gigantische Rüstungsprojekt zu erhalten.

Raketenabwehr und US-Interventionskriege

Das unter US Präsident George W. Bush wichtigste und teuerste Rüstungsprojekt ist die National Missile Defense (NMD).¹ Sie soll mithilfe neuester und modernster Waffen auf die USA zielende Atomraketen (ICBMs) auf ihrer Flugbahn im All bzw. in der Erdatmosphäre zerstören. Dieses Raketenabwehrsystem muss anfliegende Raketen mit am Boden stationierten Radarstationen und durch Infrarotkameras in Satelliten erkennen können.

Bereits Mitte 2004 wurde bekannt, dass die USA schon seit acht Monaten Verhandlungen über den Aufbau von Teilen des US-Abwehrschildes in Osteuropa führen. Obwohl sich die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ausspricht, begrüßen die Regierungen Polens und der Tschechischen Republik das US-Vorhaben, Prag erklärte sich sogar bereit, rund 100 km² zu amerikanischem Hoheitsgebiet zu erklären.² Nun, nach fast zweijährigem Vorgeplänkel, konkretisiert die US-Regierung diese Pläne. Bis zum Jahr 2011/12 soll in Polen eine 3. Basis mit 10 Abwehr-Raketen („Ground-Based Interceptor“) desselben Typs aufgebaut werden, wie sie derzeit in Alaska (Ft. Greely, 2008 38 Raketen) und Kalifornien (Vandenberg AFB) stationiert werden. Außerdem ist geplant, in der Tschechischen Republik eine Radar-Anlage (X-Band) zu stationieren. Die Gesamtkosten hierfür werden auf \$1.6 Mrd. geschätzt.³

Offiziell sollen die geplanten Installationen in Osteuropa Raketenangriffe aus dem Iran abwehren⁴, betrachtet man die Angelegenheit aber etwas genauer, kommen hieran erhebliche Zweifel auf. Denn der Iran besitzt weder Interkontinentalraketen noch könnte er diese auf absehbare Zeit mit Atomsprengköpfen bestücken.⁵ Selbst wenn man annehmen würde, der Iran besäße Atomraketen, käme es der Selbstvernichtung gleich, einen Angriff gegen die USA und deren Verbündeten zu starten, da die USA ein hundertfaches Atompoten-

zial besitzen, um den Iran vollkommen zu vernichten. Obwohl dies gerne suggeriert wird, ist mit einem Offensivangriff „aus heiterem Himmel“ also nicht zu rechnen, wie auch eine Pentagon-Studie einräumt: „Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Schurkenstaat [...] eine Interkontinentalrakete gegen die USA startet, ist, wenn auch nicht völlig ausgeschlossen, so doch verschwindend gering.“⁶ Warum also verzerren die USA absichtlich die Gefahren, die von nordkoreanischen oder iranischen Raketen ausgehen könnten?

Eine Antwort ist, dass Raketenabwehrsysteme keineswegs, wie permanent suggeriert wird, defensiven Charakter haben. „Mit anderen Worten, bei Raketenabwehr geht es nicht um Verteidigung, sondern um Angriff.“⁷ Denn eine Hauptaufgabe des Abwehrschildes besteht darin, es den USA weiterhin zu ermöglichen, Länder, ohne Furch vor einem verheerenden Gegen-schlag, militärisch angreifen zu können, wie zwei führende Neokonservative unumwunden zugeben: „Ein Raketenabwehrsystem [...] ist die sine qua non für eine Strategie amerikanischer Vorherrschaft. [...] Nur ein gut geschütztes Amerika wird in der Lage sein, Schurkenstaaten abzuschrecken - und wenn notwendig gegen sie vorzugehen - falls sie die regionale Stabilität gefährden.“⁸

Auch wenn es sich hierbei sicherlich um eine wichtige Motivation der USA handelt, ist es fraglich, ob die geplanten Installationen in Osteuropa in diesem Zusammenhang Sinn machen, es gäbe plausiblere Stationierungsorte, ginge es darum, Raketen aus dem Iran abfangen zu wollen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow stellte deshalb die offizielle US-Argumentation direkt in Frage. „Wir sehen im Moment keine Bedrohung, welche die Stationierung von US-Abwehrraketen in Polen und von Radaranlagen in Tschechien rechtfertigen würde. [...] Diese Gegend ist nicht die richtige, um auf die iranische Bedrohung zu reagieren.“⁹ Auch der russische Präsident Wladimir Putin gab an, für den Abschuss iranischer Raketen seien die geplanten Raketenabwehrinstallationen so praktisch, „wie sich mit der linken Hand ans rechte Ohr zu fassen.“¹⁰ So liegt aus Moskaus Sicht der Verdacht nahe, dass die Installationen tatsächlich gegen Russland gerichtet sind, zumal Washingtons Nuklearstrategie wenig dazu beiträgt, diese Bedenken auszuräumen - im Gegenteil.¹¹

Washingtons nuklearer Vormachtanspruch

Die russischen Befürchtungen sind nur vor dem Hintergrund der offen erklärten US-Ambitionen zu verstehen, ihre (mili-

tärische) Hegemonialposition ad infinitum aufrecht zu erhalten, ja sogar auszubauen. Russland wird diesbezüglich offen als potenzieller Rivale benannt, dessen (Wieder-)Aufstieg es zu verhindern gelte.¹² Zieht man die entsprechenden Dokumente über die US-Nuklearpolitik hinzu, wird deutlich, dass hierfür nicht nur eine konventionelle, sondern auch eine atomare Überlegenheit gegenüber Russland angestrebt wird.

So äußerte sich die wichtigste Vorstudie zum „Nuclear Posture Review“, der Ende 2001 fertig gestellten Neufassung der US-Nuklearstrategie, folgendermaßen: „Washington kann heute nicht wissen, ob Russland oder was dies betrifft auch China künftig neutral, freundlich oder Teil einer feindlichen Allianz sein werden. Aus diesem Grund ist es augenblicklich nicht vernünftig, den Charakter und die Qualität des amerikanischen strategischen Nukleararsenals auf eine annähernde Parität mit den russischen strategischen Nuklearkräften festzulegen.“¹³ Für eine derartige künftige Konfrontation möchte man buchstäblich gerüstet sein, indem man sich schon heute einen beträchtlichen Vorsprung verschafft: „Die Aufrechterhaltung einer zahlenmäßig Überlegenheit könnte nützlich sein, um die US-Bereitschaft zu signalisieren, sich gegen jeden aggressiven Rivalen zu behaupten. [...] Eine große Zahl von Atomwaffen könnte, v.a. gegenüber einem feindlichen China oder Russland - oder, noch schlimmer, einer sino-russischen Allianz - notwendig

sein.“¹⁴ Im regierungsoffiziellen „Nuclear Posture Review“ selbst wird Moskau ebenfalls offen als mögliches Ziel amerikanischer Nuklearwaffenangriffe benannt und betont, dass „die USA für den Fall sich erheblich verschlechternder russisch-amerikanischer Beziehungen möglicherweise schnell in der Lage sein müssen, ihre atomare Truppenstärke und Zusammensetzung zu verändern.“¹⁵

Die Tragweite dieser Sätze ist kaum zu überschätzen. Denn sie kündigen das bislang gültige Paritätsprinzip auf, das mittels Rüstungskontrollverträgen ein annähernd gleiches Niveau der russischen und amerikanischen Atomwaffenarsenale festschrieb und damit explizit verhinderte, dass eine der beiden Seiten eine nukleare Vormachtstellung erlangen konnte. Da dieses Paritätsprinzip von den USA mittlerweile einseitig aufgekündigt wurde, sieht Moskau darin einen gezielten Versuch, die russische Zweitschlagfähigkeit zu negieren, also dass sich die USA „im Falle sich verschlechternder Beziehungen“ in die Lage versetzen wollen, mit einem Erstschlag den Großteil der russischen Atomwaffen ausschalten und den Rest ggf. mit seinem Abwehrschild neutralisieren zu können.

Sollten die USA hierzu wirklich in der Lage sein, würde dies die bisherige strategische Balance fundamental zuungunsten Russlands verändern, wie das wichtigste wissenschaftliche Pentagon-Beratungsgremium, das „Defense Science Board“, ausführt: „Wenn die USA über eine solche [Erstschlags]Kapazität gegenüber irgendeinem Land verfügen, dann behandeln wir dieses Land in derselben Kategorie wie ein mit Massenvernichtungsmitteln bewaffneter Schurkenstaat - das bedeutet, ein Land, dessen Massenvernichtungsmittel die USA mit akzeptablen Risiken neutralisieren kann.“¹⁶ Mit anderen Worten, allein die Fähigkeit einen nuklearen Entwaffnungsschlag plausibel androhen zu können, könnte für Moskau zur Folge haben, dass es sich denselben Erpressungen ausgesetzt sehen wird, wie sie in Washingtons Umgang mit „Schurkenstaaten“ bereits heute die Normalität darstellen.

So abenteuerlich dies auch klingen mag, Washingtons Rüstungsprojekte deuten darauf hin, dass genau dies beabsichtigt wird. Berücksichtigt

man zudem, dass sich die russisch-amerikanischen Konflikte in den letzten Jahren tatsächlich gravierend verschärft haben - man denke nur an Putins deutliche Worte auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2007 - und inzwischen wieder offen von der Möglichkeit eines „Neuen Kalten Krieges“ gesprochen wird, hat Moskau sicher allen Grund, besorgt zu sein.

USA: Rüsten für den Erstschlag

Schon 2001 kam eine umfangreiche Studie zu dem Ergebnis, dass Washington kurz vor Erlangung einer Erstschlagfähigkeit gegenüber Russland stehe.¹⁷ Seither verändert sich das Kräftegleichgewicht immer weiter zuungunsten Moskaus. Berechnungen des renommierten „Bulletin for the Atomic Scientists“ zu Folge wird das russische Arsenal in den nächsten Jahren aufgrund erheblicher Finanzierungsprobleme beträchtlich schrumpfen.¹⁸ Manche Experten prophezeien bereits eine Reduzierung von derzeit ca. 3400 Sprengköpfe auf 400-500 im Jahr 2020.¹⁹

So gesehen ist das russische Interesse an einem Abrüstungsvertrag mit den Vereinigten Staaten, der eine niedrige und für beide Seiten verbindliche Höchstzahl an strategischen Waffen festschreibt, nur allzu verständlich. Denn der START I-Vertrag, der Obergrenzen für die strategischen Trägersysteme festlegt, läuft bereits im Jahr 2009 aus. Zwar einigten sich Moskau und Washington im Mai 2002 auf den Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT), der eine Reduzierung der operationellen Atomsprengköpfe auf 1700-2200 Stück bis zum Jahr 2012 vorschreibt. Allerdings fehlt SORT im Gegensatz zu früheren russisch-amerikanischen Verträgen das Kernelement der Irreversibilität, also Klauseln, die verbindlich die Zerstörung von Sprengköpfen anordnen. Stattdessen können diese eingelagert werden und stehen so bei Bedarf für eine schnelle atomare Aufrüstung zur Verfügung.²⁰ Und tatsächlich deutet alles darauf hin, dass Washington die Kapazitäten ausbaut, um in möglichst kurzer Zeit sein Arsenal rapide aufstocken zu können. So ist bspws. die unter Bush ausgeweitete US-Tritiumproduktion auf weit höhere Zahlen als die SORT-Obergrenze ausgerichtet.²¹ Kurz zusammengefasst, wird es im Jahr 2012, also zu dem Zeitpunkt, an dem auch geplant ist, den US-Raketenschild massiv ausgebaut und die Teilelemente in Osteuropa in Betrieb genommen zu haben, keine vertraglich bindende Begrenzung der strategischen Trägersysteme und der atomaren Sprengköpfe geben. Die USA könnten also massiv aufrüsten und so die strategi-



Eine der Abfangraketen von dem Typ, wie sie in Osteuropa stationiert werden sollen, Bild: Missile Defense Agency

sche Balance grundlegend verändern, ohne dass Russland aufgrund seiner Finanzprobleme in der Lage wäre, dem etwas entgegenzusetzen zu können. Vor diesem Hintergrund ist Washingtons kategorische Weigerung, über das Jahr 2012 hinaus irgendwelche Obergrenzen zu akzeptieren von besonderer Brisanz, da sie den Verdacht, Washington strebe eine nukleare Erstschlagsfähigkeit an, zusätzlich erhärtet. _

Dies wird durch zahlreiche Maßnahmen zur „Verbesserung“ des US-Atomwaffenarsenals weiter untermauert, die zwar offiziell nur gegen Schurkenstaaten gerichtet sind, de facto



Seegestützter X-Band Radar, Bild: US-Verteidigungsministerium

aber immer auch die Erstschlagskapazitäten gegenüber Russland (und China) erhöhen.²² Am wichtigsten ist hier „Enhanced Effectiveness“, ein Programm zur Erhöhung der Zielgenauigkeit des W76 Sprengkopfes, mit dem die Fähigkeit zur Zerstörung russischer Raketensilos erheblich verbessert wird.²³ In dieses Bild passt auch, dass auch der aktuelle nukleare Operationsplan der USA (SIOP, bzw. OPLAN 8044) vom Oktober 2003 weiterhin primär auf die Zerstörung russischer und chinesischer Raketen, also auf ein Erstschlagszenario ausgerichtet ist.²⁴

Vieles spricht also dafür, zu vermuten, dass die Erlangung einer Erstschlagsfähigkeit ein vorrangiges Ziel der US-Nuklearpolitik darstellt.²⁵ Ein Artikel in der renommierten „Foreign Affairs“ mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufstieg der USA zur nuklearen Vorherrschaft“ lässt diesbezüglich nichts an Deutlichkeit vermissen: „Streben die Vereinigten Staaten mit Absicht die nukleare Dominanz an? [...] Die Natur der vorgenommenen Veränderungen bezüglich des Arsenals und der offiziellen Politik und Rhetorik stützen diese Schlussfolgerung. [...] Mit anderen Worten, die gegenwärtigen und künftigen Nuklearstreitkräfte der USA scheinen dafür konzipiert zu sein, einen präemptiven Entwaffnungsschlag gegen Russland oder China zu führen.“²⁶

Der Schild als Waffe gegen Russland

Der Foreign Affairs-Artikel lässt keine Zweifel am Sinn und Zweck der US-Raketenabwehr aufkommen: „Die Art von

Raketenabwehr, die von den USA wahrscheinlich zum Einsatz gebracht werden wird, wäre primär in einem offensiven Kontext sinnvoll - nicht in einem defensiven - als Ergänzung einer amerikanischen Erstschlagsfähigkeit, nicht als Schutzschild an sich. Wenn die Vereinigten Staaten einen Nuklearangriff gegen Russland (oder China) führten, blieben dem angegriffenen Land nur ein kleines Arsenal übrig - wenn überhaupt. Dann wäre sogar ein relativ bescheidenes oder wenig wirksames Raketenabwehrsystem zur Verteidigung gegen Vergeltungsschläge ausreichend, denn der schwer angeschlagene Feind hätte nur noch wenige Sprengköpfe und Ablenkungsattrappen. [...] Washingtons konsistente Weigerung, einen Erstschlag auszuschließen und die Entwicklung einer begrenzten Fähigkeit zur Raketenabwehr bekommen so eine neue, möglicherweise weit bedrohlichere Bedeutung.“²⁷

Nachdem die US-Raketenabwehr schon zuvor als Gefahr wahrgenommen worden war, war die Ankündigung, Teile davon in Osteuropa zu stationieren, der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Denn auch wenn die USA unentwegt betonen, dies stelle keine Bedrohung für Russland dar, sehen dies Experten völlig anders. So berichtet der „Spiegel“, der Physiker und Atomexperten Jürgen Altmann halte es „durchaus für möglich, dass in Polen stationierte Raketen russische Interkontinentalgeschosse auf dem Weg in die USA abfangen

könnten. Wichtiger aber sei das geplante X-Band-Radar in Tschechien: Mit seiner Hilfe können Raketenstarts in Russland umfassend beobachtet werden. Außerdem könnten die Abfangraketen in Polen auch zu offensiven Waffen umfunktioniert werden - möglicherweise mit nuklearen, auf jeden Fall aber mit konventionellen Sprengköpfen. Wegen der geografischen Nähe würden sie aus Sicht russischer Militärplaner eine große Bedrohung für die eigenen Atomraketensilos darstellen.“²⁸

Offensichtlich wird dies auch in Russland so gesehen, wie aus den Aussagen von Generaloberst Boris Tschelzow, dem Chef des Hauptstabes der russischen Luftstreitkräfte hervorgeht: „Die Ausweitung der Forschungen zur Raketenabwehr-Problematik, die Tests von diesen und anderen Technologien, die Initiativen der Nato-Neulinge (Polen, Tschechien) zur Aufstellung von Segmenten des einheitlichen globalen Luft- und Raketenabwehrsystems der USA auf ihren Territorien, bieten dem Pentagon und seinen Bündnispartnern in der NATO die Möglichkeit, unsere strategischen Atomwaffen an dem sensibelsten Anfangsabschnitt der Flugbahn, der Aufstiegsbahn zu vernichten.“²⁹ Noch deutlicher wurde der russische Außenminister Sergei Lawrow: „Wir können gar nicht anders, als festzustellen, dass diese Einrichtungen [in Polen und der Tschechischen Republik] in der Lage sein werden, Raketen, die von Russland aus gestartet werden, abzufangen.“³⁰

Dass die USA darüber hinaus auch noch offen darüber spekulieren, weitere Teile ihrer Raketenabwehr im Kaukasus zu errichten³¹, verschärft die russische Bedrohungswahrnehmung zusätzlich und erklärt die weit reichenden Gegenmaßnahmen, die von Moskau inzwischen angekündigt wurden.

Neues Wettrüsten?

Bei einem Treffen von Wladimir Putin und seinem tschechischen Amtskollegen Vaclav Klaus Ende April 2007, erklärte der russische Präsident, die Raketenabwehranlagen in Osteuropa seien von ähnlicher Tragweite, wie seinerzeit die Stationierung von Pershing-Atomraketen in Deutschland („NATO-Doppelbeschluss“). Als Gegenmaßnahme kündigte er an, den von den NATO-Staaten nicht ratifizierten Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) ebenfalls auf Eis zu legen.³² Als weitere Reaktion auf die US-Pläne versucht Russland die Herstellung der neuesten Atomwaffengeneration, der Topol-M (SS-27), zu beschleunigen. Denn sie verfügt über umfangreiche Gegenmaßnahmen („countermeasures“), um einen Raketenabwehrschild zu überwinden und wurde auch genau für diesen Zweck entwickelt. Da deren Produktion aber nur extrem schleppend vorankommt und Interkontinentalraketen zudem extrem teuer sind, wird derzeit eine andere Möglichkeit erwogen. Immer häufiger stellen hochrangige russische Politiker den INF-Vertrag, einen der bedeutendsten Abrüstungsverträge überhaupt, in Frage.

Die Qualität des 1987 zwischen Washington und Moskau abgeschlossenen INF-Vertrags liegt darin, dass mit ihm die Vernichtung aller Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) ebenso beschlossen wurde, wie ein Produktionsverbot für neue Waffen dieser Gattung. Da atomare Kurz- und Mittelstreckenraketen aber erheblich kostengünstiger sind, stellen sie aus Moskaus Sicht eine effektive Maßnahme dar, um Washingtons Versuchen, die strategische Balance zu verändern, entgegen zu wirken. Dies würde vor allem für Europa gravierende Auswirkungen haben: „Falls sich Russland vom INF-Vertrag zurückzieht, werden sich die Vereinigten Staaten und die NATO in Kürze einer komplett neuen Generation von fortgeschrittenen Kurz- und Mittelstreckenraketen gegenübersehen, die abermals europäische Städte einer möglichen nuklearen Vernichtung aussetzen werden.“³³ Somit besteht die reale Gefahr, dass Europa direkt in den Sog der aggressiven US-Nuklearstrategie hineinge-

zogen wird, mit drastisch negativen Folgen für die Sicherheitslage.

Anstatt aber dieser drohenden Eskalationsspirale eine klare Absage zu erteilen, indem jegliche Form eines Raketenabwehrsystems auf europäischem Boden abgelehnt wird, findet der Vorschlag einer NATO-Raketenabwehr immer mehr Anhänger.

NATO-Raketenabwehr: (K)eine Alternative?

Wie eingangs erwähnt, ist der Vorschlag - sozusagen als vertrauensbildende Maßnahme - die Installationen in Osteuropa in eine NATO-Raketenabwehr zu integrieren, aus mehreren Gründen grotesk. Er dürfte schon allein daran scheitern, dass das derzeit diskutierte System Teil eines rein nationalen Vorhabens der USA ist. Zu glauben, die USA würden sich in Fragen ihrer *Nationalen* Raketenabwehr in irgendeiner Form hineinreden lassen, ist bestenfalls naiv, wie selbst die CDU-nahe Konrad Adenauer Stiftung einräumt: „[Washington hat] explizit zu verstehen gegeben, dass die Kontrolle über Systeme, die die USA verteidigen, ausschließlich in amerikanischer Hand bleiben würde. [...] Bestrebungen, das nationale amerikanische System in der NATO ‚kontrollieren zu wollen‘, sind daher unrealistisch.“³⁴

Es ist also offensichtlich, dass jegliche NATO-Raketenabwehr *zusätzlich* zu den geplanten US-Einrichtungen installiert würde und schon allein aus diesem Grund keine sinnvolle Option darstellt, um die russischen Bedenken auszuräumen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, weshalb eine NATO-Raketenabwehr auf Moskau - selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass die USA auf rein nationale Installationen in Osteuropa verzichten sollten - besonders beruhigend wirken sollte. Denn wenn die NATO in den letzten Jahren - vom Angriffskrieg gegen Jugoslawien bis hin zu den Osterweiterungen - eines unter Beweis gestellt hat, dann ist es, dass sie nicht bereit ist, auf fundamentale russische Sicherheitsinteressen auch nur die geringste Rücksicht zu nehmen. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage von Verteidigungsminister Jung besonders skurril, Moskau könne eine NATO-Raketenabwehr im Gegensatz zu einem rein amerikanischen Projekt begrüßen, denn man könne dann „im Nato-Russland-Rat dafür sorgen, dass die russischen Bedenken ausgeräumt werden.“³⁵ Denn die Allianz selbst wird inzwischen wieder immer stärker als direkte Bedrohung wahrgenommen: „Wir können nicht unbesorgt darüber sein, dass die Militär-Infrastruktur der Nato immer näher an unsere Grenzen heranrückt“, sagte der russische Außen-

minister mit Blick auf die jüngsten Nato-Erweiterungen.³⁶ Auch Wladimir Putin betont: „Der Prozess der NATO-Osterweiterung hat nichts mit einer Modernisierung der Allianz oder der Sicherheit Europas zu tun. Im Gegenteil, sie ist ein ernsthafter Faktor das gegenseitige Vertrauen zu reduzieren.“³⁷ Eine Stationierung von Teilen der NATO-Raketenabwehr in Osteuropa wäre damit ein weiterer Eintrag in die lange Liste gebrochener Zusagen und würde die russische Wahrnehmung einer militärischen Einkreisung durch das Bündnis noch weiter verstärken: „Die NATO hat bei ihrer Erweiterung 1997 versprochen, auf den Territorien der neuen Mitglieder keine strategisch bedeutsamen Militärpotentiale zu stationieren. Dieses Versprechen würde mit einer Raketenstationierung gebrochen.“³⁸

Das Vorpreschen in Sachen NATO-Raketenabwehr dürfte also kaum damit zu erklären sein, dass wirklich geglaubt wird, Moskau erachte dies als eine vertrauensbildende Maßnahme. Deshalb ist es plausibel, dahinter einen Propagandatrick zu vermuten, um die Öffentlichkeit vom „Sinn“ eines NATO-Abwehrschildes zu überzeugen. Denn schon auf dem NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 gab das Bündnis eine Raketenabwehr-Machbarkeitsstudie („Missile Defense Feasibility Study“) in Auftrag, die inzwischen mit einem Umfang von 10.000! Seiten fertig gestellt wurde, ohne dass die Bevölkerung jedoch von ihrem Inhalt erfahren würde. Angesichts der gravierenden strategischen Auswirkungen eines solchen Projektes wäre eine öffentliche Debatte um den Sinn bzw. Unsinn eines solchen Unterfangens jedoch dringend geboten. Zumal die wenigen Informationen, die bislang über die anfallenden Kosten durchgesickert sind, zeigen, dass es hier keineswegs um Peanuts geht.

Auf Grundlage eines Konferenz-Beitrags des hochrangigen NATO-Beamten Peter C. W. Flory über die Kernelemente der Machbarkeitsstudie, wurden diese von Geopowers.com folgendermaßen zusammengefasst:

„- Am unteren Ende der NATO-Optionen steht die ‚low cost‘-Alternative, die ‚einige Hundert Millionen Euro‘ kosten würde: Die bereits jetzt bestehenden nationalen ‚Battle-Management-Fähigkeiten‘ (BMC3I) würden für alle NATO-Staaten verfügbar werden. Damit wäre aber nicht die Stationierung von irgendwelchen Abwehr-Raketen verbunden;

- Eine mögliche Zwischenlösung für die NATO wäre die Anschaffung eines Abwehrsystems mit ein bis zwei Radaren und einer Abschuss-Anlage für Raketen, die gegnerische Raketen im mittleren Flug-

abschnitt (midcourse interceptor) treffen sollen. Kosten: 6 - 8 Milliarden EUR);

- Die „High-End“-Lösung wird auf rund 20 Milliarden EUR geschätzt: Eine komplette Verteidigungsarchitektur mit mehreren Abschuss-Plätzen und einem verteilten „Sensor Network“.³⁹

Fest steht, dass die Allianz beschlossen hat, bis zum Jahr 2010 eine taktische Raketenabwehr (Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence) zum Schutz im Ausland stationierter Truppen aufzubauen. Uneinigkeit herrscht jedoch, ob dies das Ende der Fahnenstange sein oder ob auch ein umfangreicher Schutz europäischen Territoriums nach US-Vorbild ins Auge gefasst werden soll. Obwohl nun erst einmal beschlossen wurde die technische Machbarkeit weiter zu prüfen, sollte ein Beitrag im „NATO-Review“, dem Hausblatt der Allianz, aufhorchen lassen, da er angibt, es bilde sich innerhalb der NATO allmählich ein Konsens für die High-End-Lösung mit Kosten in Höhe von etwa 20 Mrd. Euro heraus.⁴⁰

Raketenabwehrsysteme bringen keine Sicherheit, am allerwenigsten für Europa, sie lösen lediglich ein neues Wettrüsten aus, wie die von russischer Seite angekündigten Gegenmaßnahmen belegen sollten. Statt Milliardenbeträge in offensive Rüstungsprojekte - und Raketenabwehrsysteme sind nicht anderes - zu investieren, müsste dringend die Möglichkeit umfassender nuklearer Abrüstung genutzt werden, die russische Seite wäre hierzu schon allein aus begründetem Eigeninteresse nur allzu bereit.

Anmerkungen

1 Bis zum Amtsantritt der Bush-Administration wurden etwa 150 Mrd. Dollar für Raketenabwehrprogramme ausgegeben. Nach Schätzung des Congressional Budget Office wird das geplante System mindestens weitere 200 Mrd. kosten. Vgl. Filipiak, Rainer: Europäische Sicherheitspolitik und amerikanische Verteidigungskonzeptionen, Dissertation, 13. Januar 2006, S. 215.

2 Traynor, Ian: US in talks over biggest Missile defence site in Europe, The Guardian, 13. Juli 2004.

3 U.S. missile defense chief argues for missile shield in space, RIA Novost, 28.03.2007.

4 Schröder, Peter W.: Osteuropäer reißen sich um US-Abwehr raketen, Wiesbadener Kurier, 14.07.2004.

5 „Irans technologischer Stand lässt die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung interkontinentaler Raketen, die einen nuklearen Gefechtskopf tragen könnten, selbst in ferner Perspektive äußerst fraglich erscheinen.“ Chramtschichin, Alexander: US-Raketenabwehr in Europa: Virtuelle und reale Bedrohungen, RIA Novosti, 24.04.2007.

6 Ziemke, Caroline F.: Strategic Personality and

the Effectiveness of Nuclear Deterrence: Detering Iraq and Iran, Defense Threat Reduction Agency, IDA Paper P-3658, September 2001, S. ES-1.

7 Keller, Bill: Missile Defense Is Not About Defense - It's About Offense, The New York Times, 31.12.2001.

8 Kagan, Robert/ Kristol, William: The Present Danger, in: The National Interest, No. 59 (Spring, 2000).

9 Wachsende Furcht vor der Spaltung Europas, Süddeutsche.de, 27.04.2007.

10 Rede von Wladimir Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.

11 Es wäre nicht das erste Mal, dass mit dem Verweis auf Schurkenstaaten Kapazitäten gegen Russland aufgebaut werden. So haben prominente Wissenschaftler wie beispielsweise Theodore Postol darauf hingewiesen, dass der bereits 1998 im norwegischen Vardo installierte X-Band Radar keinen anderen Sinn haben kann, als Daten über russische Interkontinentalraketen zu sammeln. Vgl. Postol, Theodore A.: The Target Is Russia: The Clinton Administration Has Put Us On The Path To A New Arms Race, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 56, No. 2 (March/April 2000). Nach langem hin und her wurde dies von US-amerikanischer Seite inzwischen auch offiziell eingeräumt. Dwyer, Gerard: Role of Arctic Radar Site Stirs Controversy in Norway, 24.10.2005, URL: http://www.space.com/spacenews/archive05/Norway_102405.html

12 „Wir sind wachsam gegenüber einer erneuten Großmacht Konkurrenz“, unterstreicht die Nationale Sicherheitsstrategie vom September 2002 auf S. 30. Um diese zu verhindern, müsse das militärische Potenzial der Vereinigten Staaten „groß genug sein, um mögliche Gegner davon abzuhalten, in der Hoffnung, die Macht der USA zu übertreffen oder einzuholen, eine militärische Aufrüstung anzustreben.“

13 Rationale and Requirements for US Nuclear Forces and Arms Control, National Institute for Public Policy, January 2001, S. 14.

14 Ebd., S. 9

15 Nuclear Posture Review [Excerpts], Submitted to Congress on 31 December 2001, URL: <http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>

16 Report of the Defense Science Board Task Force on Future Strategic Strike Forces, Office of the Under Secretary of Defense For Acquisition, Technology, and Logistics, Washington, D.C., February 2004, S. 2-13.

17 The US Nuclear War Plan: A Time for Change, Natural Resource Defense Council, June 2001.

18 Russian nuclear forces, 2007, in: Bulletin of the Atomic Scientists, March/April 2007.

19 Sieff, Martin: Why Russia Fears Ballistic Missile Defense, UPI, 15.02.2007.

20 Weiss, Leonard: Nuclear-Weapon States and the Grand Bargain, in: Arms Control Today (December 2003).

21 Sterngold, James: Bush's nuclear arms plan: Administration wants billions to update U.S. warheads, San Francisco Chronicle, 11.05.2003; vgl. auch Paine, Christopher: It really is the pits, in: Bulletin of the Atomic Scientist (September/

October 2003); und Fetter, Steve/Hippel, Frank von: Does the United States Need a New Plutonium-Pit Facility?, in: Arms Control Today (May 2004).

22 So sollen bspws. die Minuteman III durch zielgenauere Interkontinentalraketen ersetzt und auch die beiden anderen Teile der „Triade“, die see- und luftgestützten strategischen Atomkräfte, grundlegend modernisiert werden. Hinzu kommt, dass zunehmend konventionelle Waffen strategische Aufgaben übernehmen. Für einen Überblick siehe War is Peace, Arms Racing is Disarmament: The Non-Proliferation Treaty and the U.S. Quest for Global Military Dominance, Western States Legal Foundation, Special Report, May 2005.

23 Missiles of Empire: America's 21st Century Global Legions, Western States Legal Foundation Information Bulletin, Fall 2003, S. 7.

24 Norris, Robert S./Kristensen, Hans M./Paine, Christopher E.: Nuclear Insecurity: A Critique of the Bush Administration's Nuclear Weapons Policies, Natural Resource Defence Council, September 2004.

25 Blair, Bruce G., Rogue States: Nuclear Red-Herrings, Center for Defense Information, December 5, 2003; McDonough, David S., The 2002 Nuclear Posture Review: The „New Triad“, Counterproliferation, and U.S. Grand Strategy, Centre of International Relations, Working Paper No. 38, August 2003.

26 Lieber, Keir A./Daryl G. Press: The Rise of U.S. Nuclear Primacy, in: Foreign Affairs, March/April 2006.

27 Ebd.

28 Spiegel online, 02.04.2007.

29 US-Raketenabwehr in Europa bedroht Russland und weltweite Stabilität, RIA Novosti, 20.3.2007.

30 Rice Slams Russian General Over Missile Defense, NewsMax.com, 21.02.2007.

31 Blagov, Sergei: Russia Weighs Response to U.S. Missile Defense Proposal for Caucasus, Eurasianet, 06.03.2007.

32 Putin setzt US-Raketenabwehr in Europa mit Pershing-Gefahr gleich, RIA Novosti, 27.04.2007.

33 Ritter, Scott: Russia Could Go Ballistic on American Missile Defense, Alternet, 23.02.2007.

34 Frühling, Stephan/Sinjen, Svenja: Raketenabwehr, NATO und die Verteidigung Europas, Konrad-Adenauer-Stiftung Analysen & Argumente, Analysen & Argumente Nr. 40/März 2007.

35 Leithäuser, Johannes: Streit über Raketen-schild: Merkel kritisiert amerikanische Raketenabwehr, faz.net, 13.03.2007.

36 Netzzeitung.de, 26.04.2007.

37 Rede von Wladimir Putin bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007.

38 Interview mit Otfried Nassauer, Landeszeitung, 23.03.2007.

39 Raketenabwehr: beschlossen, Geopowers.com, 05.03.2007.

40 Yost, David S.: Missile defence on NATO's agenda, NATO Review Herbst 2006.

Waffendealer, alte Kameraden und Killereinsätze

Das Kommando Spezialkräfte in Calw

von Arno Neuber

In der Graf-Zeppelin-Kaserne der Herman-Hesse-Geburtsstadt Calw hat das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr seinen Sitz. Eine Truppe, die immer wieder durch die Presse geistert, wenn von Auslandseinsätzen deutscher Soldaten die Rede ist, über die man aber nicht wirklich viel weiß.

Im Herbst 1996 begann offiziell die Aufstellung der Truppe, aber schon Jahre zuvor wurde „ohne viel öffentliches Rampenlicht“ am Aufbau einer Bundeswehr-Spezialeinheit gearbeitet, wie die Tageszeitung „Die Welt“ im Mai 1995 berichtete. Der Bundestag wurde erstmals im März 1995 von dem Vorhaben unterrichtet. „Konsequenter Schweige-Kurs“ übersetzt die FAZ (19.10.06) die Buchstaben KSK in Anspielung auf die Informationspolitik der Regierung, wenn es um die „Pudelmützen aus Calw“ geht.

Von ihren Einsätzen wurden bislang lediglich die Verteidigungsobleute der Bundestagsfraktionen unterrichtet - in der Regel im Nachhinein. Hatte das Bundesverfassungsgericht im August 1994 weltweite Bundeswehreinheiten nur im Rahmen eines „kollektiven Sicherheitssystems“ und nach Zustimmung des Bundestages gestattet, so operierte das KSK von Anfang an unter deutschem Kommando. Der Bundestag wurde über die Einsätze im Dunkeln gelassen.

Mehrfach soll das KSK nach Bundeswehr-Aussagen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo im Einsatz gewesen sein. Auftrag unbekannt.

Während des Überfalls der israelischen Armee auf den Libanon, waren Soldaten aus dem Stab der Division Spezielle Operationen (DSO), zu der das KSK gehört, in Zivil in Beirut. Offiziell, um bei der Evakuierung deutscher Staatsbürger zu helfen. Was die Kommandosoldaten sonst noch alles im Libanon erledigten, ist geheim. Zu ihrem offiziellen Auftrag gehören jedenfalls auch Spionage und Sabotage.

Als im November 2006 die Verlängerung des Bundeswehr-Mandates für die Beteiligung am sog. Antiterror-Krieg der USA (Operation „Enduring Freedom“) anstand, bei dem auch bis zu 100 Soldaten des KSK eingesetzt werden können, mussten Abgeordnete einen Blanko-Scheck ausstellen:

„Wir haben keinerlei Information, was die machen“, erklärte beispielsweise ein FDP-Abgeordneter.

Im Sommer 2005 berichtete der „Stern“ nach einem konspirativen Treffen mit KSK-Soldaten, dass dort besonders hart „Direct Action“ trainiert worden sei, „und zwar die dreckigen Varianten“. Die Einsätze wurden so beschrieben: „Verdeckt ran an die Zielperson, ein Schuss, das war's.“ Seit Mai 2005 sollen 106 KSK-Soldaten zum zweiten Mal im Rahmen der US-geführten Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan gewesen sein. Offenbar operierten sie dabei als eine Art Todesschwadron im Regierungsauftrag.

Die ersten KSK-Soldaten trafen bereits im Dezember 2001, nach dem Einmarsch der US-Truppen in Afghanistan, auf deren Stützpunkt in Kandahar ein. Bis zum März des folgenden Jahres sollen sie an der Seite von US-Einheiten an Kampfeinsätzen gegen Taliban und Al-Kaida-Angehörige teilgenommen haben. Einsätze, bei denen offenbar niemand nach Kriegs- oder Völkerrecht fragte.

Wenn es stimmt, was der ehemalige KSK-Kommandeur Reinhard Günzel und der GSG-9-Gründer Ulrich Wegener in einem gemeinsamen Buch über die Truppe schreiben, dann wissen die KSK-Soldaten „genau, wo ihre Wurzeln liegen.“ Nämlich bei der Elite-Einheit der Nazi-Wehrmacht „Die Brandenburg“. Dort ließe sich nicht nur „Kameradschaft und Korpsgeist“ studieren, sondern auch eine Kampfweise, die von „List und Tücke geprägt“ und die auch „nicht von dem damaligen Kriegsvölkerrecht gedeckt“ gewesen sei.

Die „Brandenburger“ waren eine der brutalsten Einheiten im Nazi-Heer. Sie unterstanden zunächst der Auslandsabteilung des Admirals Wilhelm Canaris im Oberkommando der Wehrmacht und wurden später in die SS eingegliedert. Ihre Blutsprache zieht sich durch ganz Europa.

Die offizielle Bundeswehr-Propaganda betont stets das Bild des technisch perfekten und dabei „psychisch abgeklärten“ Kommando-Soldaten. Man wolle keine „Rambos“ beim KSK, heißt es in jeder Presseerklärung. Dabei blieb man bei der Truppe stets auf Tuchfühlung zu den alten Nazi-Kameraden. Im September 1996

übernahm das KSK eine Patenschaft für das „Kameradenhilfswerk“ der 78. Sturm- und Infanteriedivision der Wehrmacht.

Während der Vorbereitungen auf den Einsatz in Afghanistan fuhr die Truppe in ihrem „Camp Justice“ in Oman mit Geländewagen herum, die mit dem Symbol von Rommels Afrikakorps bemalt waren. Ein KSK-Soldat erklärte im Herbst 2006 der Zeitschrift „Stern“: „Ein paar unserer Jungs sind Ewiggestrige und fanden es besonders schick, mit dieser Wehrmachtsinsignie herumzufahren.“ Die so „verzierten“ Fahrzeuge führen nach Zeugenaussagen auch in der Calwer Kaserne herum.

Im Frühjahr 1997 ermittelte die Tübinger Staatsanwaltschaft und das Referat „Ermittlung in Sonderfällen“ des „Verteidigungs“ministeriums beim KSK. Ein Kommandosoldat war in einen schwunghaften Handel mit „NVA-Beutewaffen“ verwickelt, bei dem Pistolen, Schnellfeuergewehre und andere Waffen verschoben wurden.

Im Oktober des letzten Jahres empörten sich Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages darüber, dass die Spezialtruppe wohl „ein Stück weit“ der Kontrolle entglitten war. Die Empörung war naiv. Richtigerweise fragte die FAZ (13.11.06): „Hat es je ein Phase gegeben, in der das Parlament die Spezialeinheit wirksam kontrollieren konnte?“ Natürlich nicht. Und: Das war auch nie vorgesehen. Das KSK ist eine Truppe der Exekutive, daran ändert auch nichts, dass „Verteidigungs“minister Jung Ende November 2006 den Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien versprach, nach (!) KSK-Einsätzen den Fraktionen einen schriftlichen Bericht zukommen zu lassen.

Durch die Aussagen von Murat Kurnaz erfuhr die Öffentlichkeit, dass KSK-Angehörige auch an der Bewachung von Gefangenen beteiligt waren, die anschließend in US-Folterlagern verschwanden. Kurnaz berichtete auch von Misshandlungen durch KSK-Soldaten.

Das Kommando Spezialkräfte ist die Speerspitze einer Bundeswehr, die entgegen ihrem Auftrag „Landesverteidigung“ im Grundgesetz, inzwischen zur globalen Interventionstruppe geworden ist, für deren Einsätze es laut der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch“ irgendwelche Grenzen gibt.

Am Karsamstag werden die Ostermarschierer aus Baden-Württemberg vor der KSK-Kaserne in Calw die Forderungen der Friedensbewegung nach Abzug des Kommandos aus Afghanistan und Auflösung der Truppe erneuern. Spart endlich an der Rüstung – und fangt mit dieser Truppe an!

Teurer als geplant: Auslandseinsätze der Bundeswehr

von Claudia Haydt

Die Umwandlung der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ gibt es nicht zum Nulltarif. Immer größere Teile des Bundeswehrhaushaltes werden für Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen verwendet. Der Jahresbericht des Verteidigungsministeriums über die Kosten von internationalen Einsätzen im Jahr 2006 veranschaulicht diese Entwicklung.

Im Jahr 2006 waren im Bundeshaushalt (im Einzelplan 14) 671 Millionen Euro für so genannte „Einsatzbedingte Mehrkosten“ vorgesehen. Zusätzlich wurden im Laufe des Jahres noch 33,7 Millionen für den EUFOR RD CONGO Einsatz und 17,2 Millionen für die Präsenz vor der libanesischen Küste durch Parlamentsentscheidungen bewilligt. Weitere Kosten fielen für gemeinsam finanzierte Maßnahmen bei NATO-Operationen (ISAF und KFOR) an. Der deutsche Anteil hierfür betrug 38,6 Millionen. Es gab also für Kosten in Höhe von circa 760 Millionen formale Beschlüsse des Parlaments. Dass diese Mittel jedoch nach internen Berechnungen der Bundeswehr nicht ausreichen würden, stand bereits zu Beginn des Jahres 2006 fest. Besonders ISAF und der so genannte Antiterrorkrieg „Enduring Freedom“ erwiesen sich als Fass ohne Boden. Die Einsätze der Bundeswehr kosteten am Ende des Jahres 2006 insgesamt 893,79 Millionen. Die Kosten waren also um 18% höher als geplant. Berücksichtigt man, dass zahlreiche Einsätze günstiger waren als geplant, dann wird klar, dass neben der humanitären und der politischen Eskalation in Afghanistan auch der haushaltspolitische Aspekt ein wachsendes Dilemma darstellt. Die Einsätze im Libanon, im Kongo, in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo verschlangen zum Teil wesentlich weniger Mittel als erwartet. Der ISAF-Einsatz nahm jedoch schon in der Planung mit 417 Millionen Euro den prominentesten Rang ein und schlug am Ende des Jahres mit über 500 Millionen zu Buche. Im Verhältnis zum Vorjahr stiegen die Kosten sogar um 33%. Durch die Entsendung der Tornados sowie die personelle Aufstockung der Bundeswehr im März 2007 werden die Kosten weiter steigen. Die Teilnahme an Operation Enduring Freedom wurde um 12% teurer als geplant. Auch in Deutsch-

land stiegen übrigens die Ausgaben der Bundeswehr. Da immer mehr Soldaten im Auslandseinsatz sind, erhöhten die Kosten für die Bewachung von Bundeswehrliegenschaften durch ziviles Personal um 5 Millionen. Der zunehmende Lufttransport, z.B. von Leipzig in die Einsatzgebiete, belastete nicht nur die Anwohner mit Lärm, sondern lies alleine die Flugsicherungskosten um 2 Millionen steigen.

Nach wie vor gibt die Bundeswehr gigantische Summen für Rüstungsprojekte aus, die auch militärisch unsinnig sind (z.B. MEADS/IRIS). Doch ganz offensichtlich sinkt der Anteil dieser „Industrieförderungsmaßnahmen“ zugunsten von Beschaffungen, die tauglich sind für Kriege und Besetzungen. Das Verteidigungsministerium berichtet deswegen stolz, „der Einzelplan 14 hat sich zum ‚Einsatzhaushalt‘ entwickelt“. Es wird berichtet, dass „einsatzbedingte Sofortbeschaffungen“ deswegen immer seltener notwendig sind und sich der Haushalt weitgehend auf „nicht planbaren Bedarf an einsatzrelevantem Material“ beschränkt. Womit auch das Verteidigungsministerium zugibt, dass die Kosten für Auslandseinsätze der Bundeswehr wesentlich mehr umfassen, als die offiziell aufgelisteten „einsatzbedingten Mehrkosten“. Auch die Beschaffung von Fregatten, von Kampf- und Transporthubschraubern, von gepanzerten Fahrzeugen oder Kommunikationsinfrastruktur für vernetzte Kriegsführung und vieles mehr ist nur deswegen nötig, weil die Bundes-

wehr längst keine Verteidigungsarmee mehr ist. Ebenso müssten alle Kosten für die Umstrukturierung der Bundeswehr in Eingreif-, Stationierungs- und Unterstützungstruppen sowie die dafür nötige Infrastruktur und Ausbildung den Einsatzkosten zugerechnet werden.

Die Kosten für Auslandseinsätze werden weiter zunehmen. Im Kosovo oder in Afghanistan rechnen Ministeriumsmitarbeiter für die Anwesenheit von deutschen Truppen in der Größenordnung von „Generationen“. Im Umkehrschluss heißt das, dass kaum jemand damit rechnet, in absehbarer Zeit „Erfolge“ zu erzielen. Das offensichtliche Scheitern des westlichen Interventionismus wird also teuer, für Besetze und Besatzer. Für die Zukunft wird deswegen sowohl mit steigenden Kosten als auch mit zunehmenden Bemühungen, diese Kosten zu verschieben und zu verschleiern, zu rechnen sein. Teile der militärischen Aufgaben im Kosovo werden wohl zukünftig von EU-Gendarmerietruppen übernommen und entsprechend nicht über Militärhaushalte verbucht werden. Nicht nur aus dem Grünen Lager kommen Ideen, die Mehrkosten für Auslandseinsätze zukünftig über den Haushalt des Außenministeriums abzuwickeln. Im Rahmen der EU hat man etwa über den Athena-Mechanismus schon einige Erfahrung im Aufstellen von Schattenhaushalten und zudem existieren offensichtlich wenig Skrupel, Zuschüsse für Militäreinsätze z.B. im Rahmen der Afrikanischen Union (AU), als Entwicklungshilfe zu deklarieren. Von demokratischer Kontrolle, ganz abgesehen vom verfassungsrechtlichen Grundsatz der „Haushaltsklarheit und -wahrheit“, kann so keine Rede sein.

Teure Auslandseinsätze

Kostenplanung für Auslandseinsätze 2006 (in Millionen Euro)

	geplante Kosten	tatsächliche Kosten
KFOR (Kosovo)	204,0	171,5
EUFOR (BiH)	77,9	65,6
Enduring Freedom	86,1	100,9
(Afghanistan, Horn von Afrika ...)		
ISAF (Afghanistan)	417,8	500,8
UNOMIG (Georgien)	0,7	0,7
AMIS (Sudan)	1,0	1,7
UNMIS (Sudan)	0,6	1,1
EUFOR RD CONGO	53,4	33,7
UNIFIL (Libanon)	46,3	17,2
UNMEE (Äthiopien/Eritrea)	0,0	0,6

„Geburtswehen des Mittleren Ostens“

Die US-Strategie zur Transformation der Region

von Jürgen Wagner

US-Außenministerin Condoleezza Rice fasste Washingtons Strategie für den Mittleren Osten, gefragt nach ihrer Haltung zur israelischen Offensive im Libanon Mitte 2006, folgendermaßen zusammen: „Was wir hier sehen, ist in gewissem Sinne das Entstehen - die Geburtswehen - eines neuen Mittleren Ostens, und was immer wir tun, wir müssen sicher sein, dass wir auf einen neuen Mittleren Osten drängen, nicht zu dem alten zurückzukehren.“ (Globalresearch.ca, 28.07.06) Schon im Vorfeld des israelischen Angriffs war aus Washingtoner Kreisen offen zu hören, ein Ausschalten der Hisbollah sei die Vorbedingung, um gegen den Iran vorgehen zu können.

Obwohl es zahlreiche Anzeichen dafür gibt, dass Washington tatsächlich einen Angriff auf den Iran beabsichtigt, stößt dieser nächste Schritt zur gewaltsamen Unterwerfung der Region aufgrund der desaströsen Situation im Irak auch in den eigenen Reihen auf zunehmenden Widerstand. Kritiker der Regierungspolitik schlagen stattdessen vor, auf indirektere Kontrollstrategien zu setzen. Zwar ist gegenwärtig unklar welche dieser beiden Positionen sich kurzfristig durchsetzen wird, langfristig dürfte aber zur direkten militärischen Unterwerfung kaum eine ernsthafte Alternative bestehen, sofern weiterhin an dem Ziel festgehalten wird, die dortigen Ölvorkommen zu kontrollieren. Hiervon ist aber nicht, insbesondere, weil die Bedeutung der Region in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird.

Die Bedeutung des Öls und die drohende Versorgungskrise

Die Bedeutung des Öls für moderne Industriegesellschaften wurde von Daniel Yergin (Der Preis, Frankfurt 1991, S. 964) bündig zusammengefasst: „Die Kontrolle des Öls oder zumindest der Zugang zu ihm, war immer ein großes strategisches Ziel. Das Öl erlaubt den Nationen Besitz anzusammeln, ihre Wirtschaft anzutreiben, Güter zu produzieren und zu verkaufen, Waffen zu kaufen oder herzustellen, Kriege zu gewinnen.“ Verschiedene Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Auseinandersetzungen um das Schwarze Gold in den kommenden Jahren verschärfen werden.

Erstens wird der Weltölverbrauch bis zum

Jahr 2020 um 50% ansteigen. Zweitens neigen sich die Vorräte der USA und der Europäischen Union dem Ende zu, was zu einer dramatisch wachsenden Importabhängigkeit führt. Dies wird zusätzlich dadurch verschärft, dass drittens die Weltvorkommen rapide abnehmen. Obwohl sich die Geologen darüber uneinig sind, wie lange genau das Schwarze Gold noch fließen wird, klar ist heute bereits, dass es in absehbarer Zeit zu Versorgungsengpässen kommen wird.

Aus diesen Gründen rückt die militärische Kontrolle von Energievorkommen immer weiter ins Zentrum der Strategieplanung, schon allein auch deswegen, weil hiermit einem potenziellen Gegner buchstäblich der Saft abgedreht werden kann - man denke an die wachsenden Auseinandersetzungen zwischen China und den USA. Die Kontrolle des Mittleren Ostens stellt diesbezüglich den Hauptpreis dar, denn dort lagern etwa 2/3 der verbliebenen Vorkommen. Darüber hinaus gilt es auch jegliche Versuche der dortigen Länder, ihre wachsende Macht für eine eigenständige Politik zu nutzen, im Keim zu ersticken.

Der Wiederaufstieg der OPEC

Die primär aus Staaten der Golfregion zusammengesetzte Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) versucht über zwei Mechanismen ihre Position gegenüber den Konsumenten zu stärken. Neben der Drohung mit einem Embargo, also dem völligen Lieferstopp, ist dies vor allem die vom Kartell ausgegebene Förderquote. Sie schreibt jedem Mitglied verbindlich vor, wieviel Öl es dem Weltmarkt zuführen darf. Entschließt sich das Kartell zu einer Reduzierung, hat dies, da der globale Ölmarkt den Gesetzen von Angebot und Nachfrage gehorcht, eine Verknappung und damit einen Preisanstieg zur Folge - zumindest in der Theorie. Allerdings scheiterte dieser Versuch in den 70er und frühen 80er Jahren, da der Westen hierauf - und auf die beiden Embargos in den 70ern - mit der raschen Entwicklung von Nicht-OPEC-Quellen reagierte. Dies führte dazu, dass die OPEC zunehmend Marktanteile einbüßte und 1986 die Mengenbegrenzung aufgeben musste. Der Ölpreis blieb in der

Folge mit durchschnittlich 17\$ pro Barrel extrem niedrig. Nun scheint sich aber das Blatt zu wenden. Friedemann Müller von der SPD-nahen Stiftung Wissenschaft und Politik weist auf die Folgen für den Ölpreis hin: „Im März 1999 wurde sich die OPEC bewusst, dass die Nicht-OPEC-Produzenten über keine Produktionsreserven verfügten, eine Mengenbegrenzung der OPEC daher nicht durch die Übernahme von Marktanteilen durch andere aufgefangen würde. Das Instrument der Mengenbegrenzung griff wieder. Der Preis stieg im Jahr 2000 auf über 30 \$... Die in den 80er und 90er Jahren verlorene Herrschaft über die Ölpreisstuerung hat die OPEC 1999 im Prinzip zurückgewonnen.“

Da allein die OPEC-Staaten den steigenden Öldurst stillen können, besteht die Gefahr, dass das Kartell künftig den Ölpreis nahezu beliebig diktieren kann, was fundamental mit dem Interesse der Industriestaaten nach billigem Öl kollidiert, wie die unter der Ägide von US-Vizepräsident Dick Cheney verfasste „Nationale Energiepolitik“ verdeutlicht: „Steigende Ölpreise wirken wie eine Steuer durch ausländische Ölexporteure. Sich ändernde Energiepreise verursachen ökonomische Kosten ... Diese Kosten können letztlich das ökonomische Wachstum beeinträchtigen.“ Noch gefährlicher wird es, wenn sich die OPEC-Staaten darauf einigen sollten, über ein Embargo ihr Öl als Waffe gegen die US-Politik einzusetzen. Da heute kaum Alternativen bereitstehen, wären die ökonomischen Folgen fatal. Regierungsmitglieder aus dem Irak, Iran, Libyen und Saudi-Arabien haben einen solchen Schritt bereits angedroht und befürwortet (auf den ebenfalls wichtigen Zusammenhang zwischen US-Kriegspolitik, Ölfakturierung und Dollarhegemonie kann hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden. Vgl. hierzu Wagner, Jürgen: USA - Erlassjahr 2015?, IMI-Studie 2006/05).

Die Pläne zur Balkanisierung des Mittleren Ostens

Im Wesentlichen gibt es zwei Strategien zur „Disziplinierung“ der OPEC-Staaten, eine Neokonservative und eine Neoliberalen, die sich aber nur auf den ersten Blick unterscheiden. Die derzeit dominierende neokonservative Variante setzt auf „kreative Zerstörung“, wie es der Vordenker Michael Ledeen formulierte und damit auf die direkte militärische Kontrolle und Zerstückelung der Region. Sie wurde mit dem Irak-Krieg in die Praxis umgesetzt und ist auch maßgeblich für die Überlegungen, jegliches Land in der Region, das sich US-Interessen widersetzt, zu überfallen. Neben

Syrien steht hier vor allem der Iran buchstäblich auf der Abschussliste.

Diese Strategie setzt darauf die Region in kleine Einheiten zu zerlegen, von denen keine US-amerikanischen Interessen im Wege stehen kann. So fordern namhafte US-Politiker, wie Leslie Gelb vom Council on Foreign Relations oder der demokratische Senator Joseph Biden schon lange die Aufspaltung des Irak anhand ethnischer Linien, also in einen kurdischen, einen sunnitischen und einen schiitisch Teil. Am bisher weitest reichenden sind die Pläne des den Neokonservativen nahe stehenden pensionierten US-Militärs Ralph Peters (Armed Forces Journal, Juni 2006). Er tritt für die groß angelegte Balkanisierung der Gesamtregion und deren vollständige ethnische Parzellierung ein. Ginge es nach seinen Vorstellungen, würden US-Klienten beträchtliche territoriale Zugewinne verzeichnen, während renitente Länder wie der Iran und Saudi Arabien große Teile ihrer Gebiete abgeben müssten (siehe Grafik). Gerade dem saudischen Königshaus, das in jüngster Zeit verschiedentlich „aus dem Ruder“ gelaufen war, wurde schon seit längerem offen gedroht. So beschrieb ein Briefing vor dem Pentagon-Beratungsgremium Defense Policy Board, „Saudi Arabien als einen Feind der Vereinigten Staaten und empfahl, dass US-Offizielle ein Ultimatum stellen, die Unterstützung des Terrorismus einzustellen oder sich der Besetzung seiner Ölfelder gegenüberzusehen.“ (Herald Tribune, 07.08.02)

Intelligenterer Kolonialismus?

Zwei Protagonisten der „anderen“ Variante, die US-Demokraten Ronald Asmus und Jonathan Pollack, benannten schon vor mehreren Jahren in der Washington Post (22.07.03) die beiden aus ihrer Sicht unterschiedlichen US-Kontrollstrategien. Dabei geht es offensichtlich nicht darum ob die gesamte Region restrukturiert wird, sondern lediglich auf welche Weise dies geschehen soll: „Es hat sich in Washington ein Konsens herausgebildet, dass der Mittlere Osten die vorrangige strategische Herausforderung unserer Zeit darstellt [...] Die Frage ist nun, wie man den Mittleren Osten am besten umgestalten kann. [...] In der Tat findet die Auseinandersetzung zwischen der neokonservativen Strategie einer Zwangsdemokratisierung und dem, was man als neoliberale Alternative bezeichnen könnte.“

Die Kriegspolitik der Neokonservativen scheiterte am Widerstand vor Ort und übersteige die Kapazitäten der Vereinigten Staaten, weshalb man versuchen sollte, die Staaten der Region über die Integration

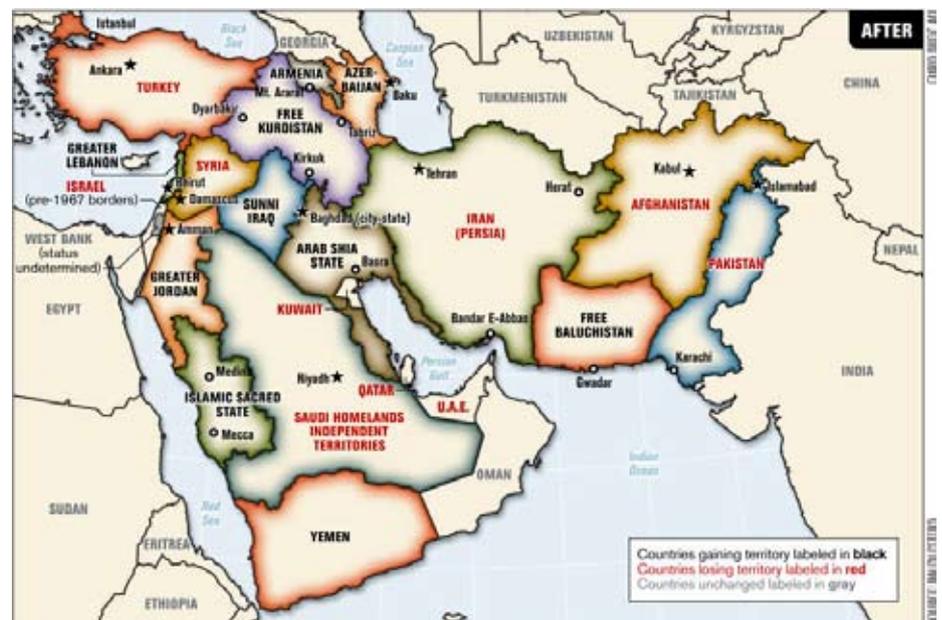
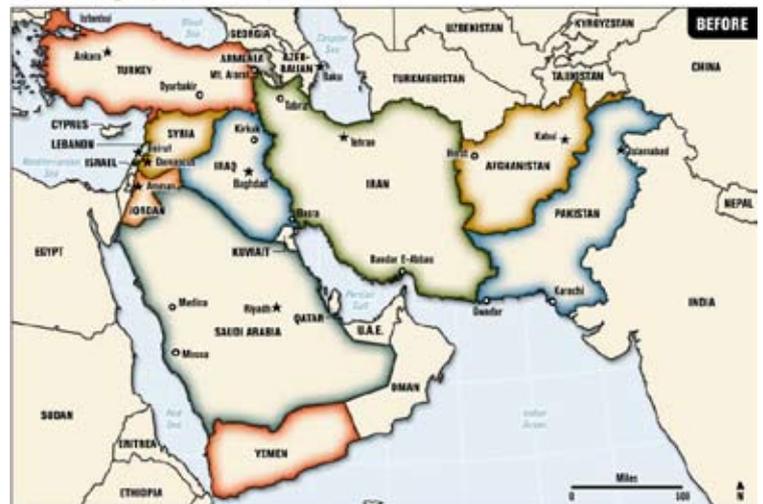
in die Weltwirtschaft subtiler in die „richtige“ Richtung zu drängen und dabei auch die westlichen Verbündeten ins Boot zu hohlen. Was darunter genau zu verstehen ist, formulierten Asmus und Pollack in einem Grundsatzartikel im Policy Review (September/Oktober 2002). In ihm forderten sie die NATO-Staaten dazu auf sich einem neuen „Transatlantischen Projekt“ zu widmen, nämlich der „Transformation des Mittleren Ostens“, die fortan die zentrale Aufgabe des Bündnisses werden sollte. Das Projekt sollte „auf eine neue Form der Demokratie hinauslaufen, auf ein neues Wirtschaftssystem, das den Menschen in der Region zu Arbeit und Würde verhilft.“ Dies sei die einzige Möglichkeit, „die dem Terrorismus zugrunde liegenden Ursachen“ zu bekämpfen, und beinhalte aber „zweifellos auch eine militärische Komponente“, da die gesamte Region unter „einer Krise der Regierbarkeit leidet, die mit der Unfähigkeit seiner Staaten einhergeht, die Herausforderungen der Moderne und der Globalisierung zu bewältigen.“

Auch in Europa finden diese Vorschläge zahlreiche Befürworter. Dies spiegelt sich in einem Manifest namhafter transatlantischer Sicherheitspolitiker unter dem Titel „Das nächste transatlantische Projekt: Demokratieförderung von Nordafrika

bis Afghanistan“ wider (Internationale Politik 4/2004). Bemerkenswert an diesem Manifest ist insbesondere der Vorschlag, das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ auf den Großraum des Mittleren Ostens auszudehnen und die Allianz so direkt in die Region zu involvieren.

Groß sind die Unterschiede zwischen der Neoliberalen und Neokonservativen Variante offensichtlich nicht. Letztere wird zwar derzeit aufgrund des heftigen Widerstands in der Region kritisiert, ob innerhalb der herrschenden Logik hierzu aber überhaupt eine Alternative besteht ist zweifelhaft. Was werden wohl die Neoliberalen machen, falls die Staaten des Mittleren Ostens trotzdem fortfahren sollten, sich gegen die Interessen der USA zu stellen? Wie sagte der geopolitische Altmeister Henry Kissinger schon vor Jahrzehnten: „Das Öl ist zu wichtig, um es den Arabern zu überlassen!“

Redrawing the Middle East map



Quelle: Col. Ralph Peters, Armed Forces Journal, Juni 2006.

Bosnien: EU-Mitgliedschaft per Dekret

Perspektivlos und gespalten gen Westen

von Christoph Marischka

Ein beispielloses Experiment¹

Michael Ehrke von der Friedrich-Ebert-Stiftung bezeichnet das internationale Engagement in Bosnien und Herzegowina (BiH) als „Pilotprojekt der Weltinnenpolitik“ bzw. „als eine Art Pilotprojekt internationaler Ordnungspolitik“.² Tatsächlich ist BiH das ambitionierteste und früheste Experiment des so genannten internationalen State Building der Gegenwart, in welchem nicht nur die UN ein neues Aufgabenfeld gefunden haben, sondern das auch für andere internationale Ordnungsmächte Kernaufgabe ihrer (militärischen) Außenpolitik geworden ist. Dafür spricht nicht nur die Höhe der finanziellen Aufwendungen pro Kopf der „internationalen Gemeinschaft“, die in BiH mit 697 US\$ internationale Spitze und beispielsweise fast zwölf Mal so hoch sind, wie in Afghanistan (57 US\$).³ Auch die fast unüberblickbare Literatur, welche Aspekte des State- und Nation Buildings sowie die Sicherheitssektorreform in BiH behandelt und abschließend fast ausnahmslos Lehren für künftige Einsätze formuliert, spricht dafür, dass es sich bei BiH um ein Laboratorium⁴ dessen handelt, was wir als neuen Kolonialismus begreifen sollten.

Besonders charakteristisch ist dies für den Akteur EU. Neben den operativen Voraussetzungen für europäische Militärkooperation, die unter NATO-Kommando in den jugoslawischen Zerfallskriegen geschaffen wurden, stellt die im Januar 2003 gestartete gemeinsame Polizeimission EUPM die erste Mission der im Entstehen begriffenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) dar.⁵

Die internationale Zusammenarbeit klappte gut und wiederholte sich seit dem mehrfach: Solange noch intensiv gekämpft wurde, wurden Soldaten unter der Flagge der UN entsandt (wobei seinerzeit ein Großteil der UN-Soldaten noch tatsächlich aus den NATO-Ländern gestellt wurde, seitdem wird zunehmend für die gefährlicheren UN-Einsätze auf Kräfte aus Drittstaaten zurückgegriffen).⁶ Unter diesen Blauhelmen gab es 213 Verluste. In die Kampfhandlungen griff die NATO mit UN-Mandat aus der Luft ein und entschied somit den Konflikt - ohne eigene Verluste.

Eine Ad-hoc-Koalition aus NATO-Mitgliedern und Russland legte daraufhin einen Friedensvertrag vor, den alle Konfliktparteien unterschrieben und in dem quasi alle Hoheitsrechte an die „internationale Gemeinschaft“ übertragen wurden. UN-mandatierten Missionen unter NATO-Führung wurde hiermit die Aufgabe übertragen, im militärischen, wie im zivilen/polizeilichen Bereich für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Als Statthalter der UN wurde das Amt des Hohen Repräsentanten der UN (HR) eingeführt, der umfangreiche Vollmachten besitzt und als letzte Instanz bei der Interpretation des Friedensabkommens einschließlich der darin enthaltenen Verfassung fungiert. Dieses Amt wird seit 2002 vom EU-Sondergesandten ausgeübt. Im Januar 2003 wurde die Polizeireform an die EU-Mission EUPM übertragen, im Dezember 2004 wurde auch die militärische SFOR der NATO in die EU-geführte EUFOR umgewandelt. Parallel dazu haben die EU und USA mit Unterstützung der Weltbank, des Europarates und der OSZE den Umbau der Rechts- und Verwaltungsstruktur sowie massive Privatisierungsprogramme vorangetrieben. Deutschland war in vielen dieser Bereiche federführend und stellt gegenwärtig den HR. Politisches Leitmotiv aller relevanten Akteure ist die EU-Mitgliedschaft, deren Voraussetzungen die EU-Kommission definiert und vom HR umgesetzt werden. Deshalb ist hier zunehmend von einem „Prozess per Dekret“ die Rede.⁷ Dieser Prozess wird von Soldaten und Polizisten der EU abgesichert.



Karte: Wolpertinger, Lizenz: Creative Commons-by-sa

Durch die militärischen Einsätze der NATO in BiH wurde die Entscheidung zu einem interventionistischen Selbstverständnis des „Verteidigungsbündnisses“, Out-of-area-Einsätze einschließend, vorweggenommen.⁸ Auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU konnte sich hier in der Praxis verwirklichen und neue Aufgabenfelder erschließen.

Dass dieser Weg falsch ist und der neue Kolonialismus auf gewalttätige Widerstände stößt und strukturelle Widersprüche birgt, lässt sich am Beispiel des Pilotprojekts BiH gut zeigen. Hierfür werden die kriegerische Entstehung des formal unabhängigen Staates, seine Verfassung und vor allem die Eingriffe der „internationalen Gemeinschaft“ in die Entwicklung BiH dargestellt. Am Ende werden die Gründe für das Scheitern des internationalen State-Buildings diskutiert. Anstatt erfolgreich Demokratie militärisch zu exportieren offenbart die EU am Beispiel Bosnien eben ihren anti-demokratischen Charakter.

Die Republik

Der Staat BiH liegt im Herzen des ehemaligen Jugoslawiens. Seine heutigen Grenzen beruhen auf dem Berliner Kongress von 1878, auf dem Österreich-Ungarn das Recht zugesprochen wurde, das Land zu besetzen. Es grenzt im Westen und im Norden an Kroatien, im Osten an die Republik Serbien, im Süden an Montenegro und verfügt nur nahe der kleinen kroatischen Stadt Neum im Südwesten über einen kleinen Zugang zur Adria. Dieser trennt einen Teil Süddalmatiens von Kroatien ab und macht ihn damit zur Exklave.

Durch seinen Status als blockfreier Staat flossen seit den 1950ern internationale Gelder nach Jugoslawien, welche die Zentralregierung u.a. nutzte, um BiH zu industrialisieren.⁹ Mit dem Tod Titos 1980 und dem Zusammenbruch der UdSSR kehrten sich die Finanzströme zunehmend um und die jugoslawische Zentralregierung wurde gegenüber den Teilrepubliken geschwächt, die zugleich aber ebenfalls ärmer wurden. Zunächst erklärten sich die nördlichen Republiken Slowenien und Kroatien am 25.6.1991 unabhängig. Serbien und die jugoslawische Regierung versuchten militärisch, die Auflösung des jugoslawischen Staates zu unterbinden, wobei die Abtrennung Sloweniens am schnellsten in Kauf genommen wurde.

Im Herbst 1991 kam es auch in BiH zu ersten Gefechten und Milizen bildeten sich. Im Mai 1992 zog sich die jugoslawische Armee aus dem bosnischen Territorium zurück, hinterließ aber ihre Waffen überwiegend serbischen Milizen. Ein wirrer

Krieg mit wechselnden Allianzen brach los, in dessen Schatten eine Gewaltökonomie entstand. Insbesondere im Rahmen der lang anhaltenden Belagerungen einzelner Städte ließen sich sagenhafte Preise für Wasser und Nahrungsmittel, natürlich aber auch für Waffen erzielen.¹⁰ Die bereits im Februar 1992 entsandten UN-Soldaten gerieten immer wieder zwischen die Fronten und konnten keine Sicherheit gewährleisten. Am 9.10.1992 erklärten die UN eine Flugverbotszone über BiH, die von der NATO überwacht wurde. Die Operation Sky Monitor mit den Luftaufklärern AWACS erweiterte sich am 12.4.1993 zur Operation Deny Flight, die auch Kampfflugzeuge umfasste. Im August 1993 hatte der Nordatlantikrat beschlossen, auch Einsätze zur Luftnahunterstützung (CAS) gegen serbische Einheiten durchzuführen, die im Frühjahr 1994 begannen. Die Blauhelme der UNPROFOR definierten Schutzzonen und forderten von den Serben den Abzug schwerer Waffen. Kamen diese den Forderungen nicht nach, so wurden sie von den NATO-Kampfflugzeugen angegriffen.¹¹ Insgesamt erfolgten im Rahmen von Deny Flight 27.077 solcher Einsätze, die sich fast ausschließlich gegen serbische Einheiten richteten.¹²

Ursprünglich hatten die Serben mit einem schnellen Sieg gerechnet und tatsächlich anfangs fast das ganze Territorium der BiH eingenommen, sie scheiterten jedoch mit der Belagerung einiger Städte und die Bosnier und Kroaten konnten in ungeahnter Geschwindigkeit an Waffen gelangen und eigene Truppen organisieren. Deren Zusammenarbeit und das Eingreifen der NATO führten letztendlich zu einer weit gehenden Niederlage der Serben im Spätsommer 1995. Unter Vermittlung von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA unterzeichneten die Konfliktparteien am 21.11.1995 das Abkommen von Dayton, womit BiH formal ein eigenständiger Staat wurde. Für die Demilitarisierung und um die Rückkehr von Flüchtlingen zu ermöglichen wurde zunächst für ein Jahr die UN-Truppe IFOR stationiert. Dieser Vertrag ist bis heute formelle Grundlage des politischen Systems der Republik BiH.

Vom Standpunkt des Krieges aus gesehen, hat sich Bosnien-Herzegovina weiterentwickelt. Die militärische Lage wird von der Bundeswehr als „insgesamt ruhig und insgesamt stabil“ eingestuft. Die wirtschaftliche Lage hat sich allerdings selbst seit dem Krieg nicht wesentlich verbessert. Nach einem künstlichen Aufschwung unmittelbar nach dem Krieg ergaben Berechnungen, das BSP habe, bereinigt von internationalen Hilfsleistungen, in den

Jahren 1998 und 1999 sogar abgenommen, bis 2006 erreichte es 60% des Vorkriegsniveaus, 40% der Bewohner sind arbeitslos, die Kluft zwischen einfacher Bevölkerung und den korrupten politischen Eliten samt Anhang wächst.

Dayton

Das Abkommen von Dayton¹³ teilt die BiH als formal unabhängigen Staat in zwei ethnisch begründete „Entitäten“: die serbisch dominierte Republik Srpska und die Föderation von Bosnien und Herzegowina, 51% des Territoriums, die überwiegend von Kroaten und Bosniaken bewohnt werden. Neben den in weitere Verwaltungseinheiten aufgegliederten Entitäten schuf der Friedensvertrag darüber hinaus den autonomen Distrikt Brčko, der bei umfassender Selbstverwaltung dem Gesamtstaat untersteht. Es gibt auf der gesamtstaatlichen Ebene, in den beiden Entitäten, den Kantonen sowie der autonomen Provinz Brcko eigene Regierungsstrukturen und damit eine ethnisierte, aufgeblasene und sich gegenseitig blockierende öffentliche Verwaltung, in der ein Großteil der internationalen Gelder versacken, die zugleich aber die Ethnisierung der sozialen Konflikte weiter vorantreibt.¹⁴ Vedran Dzihic, Bosnien-Experte der Universität Wien, urteilt über die politische Gliederung nach Dayton zusammenfassend: „Es ist offenkundig, dass die in Dayton absegnete, stark dezentrale und ethnisierte Staatsstruktur des Landes ein Hindernis für die Entwicklung Bosniens zu einem modernen Staatswesen darstellt. Es ist auch offenkundig, dass Bosnien mit einer aufgeblähten Verwaltungsstruktur langfristig nicht überlebensfähig ist.“¹⁵ Diese ethnisierte Verwaltung fragmentiert durch die formelle und informelle Vergabe von Stellen an die je eigene Klientel die Bevölkerungsstruktur zunehmend.

Zur Absicherung des neuen Staatsgebildes werden die Konfliktparteien mit Anhang IA des Dayton-Abkommens dazu verpflichtet, die Feindseligkeiten einzustellen, Truppen mit „Ursprung“ außerhalb BiHs abzuziehen und den UN-mandatierten Soldaten volle Unterstützung zukommen zu lassen. Eine Übertragung des Kommandos an die NATO wird in einem dem Abkommen angeschlossenen Vertrag bereits vorgesehen.

Das Dayton-Abkommen enthält in seinem vierten Anhang außerdem die Verfassung der Republik. Der vierte Absatz ihrer Präambel legt fest, dass „der Wohlstand der Republik durch den Schutz von Privateigentum und die Förderung der Marktwirtschaft“ geleistet werden soll. Erst im achten Satz wird dann festgestellt, dass

die Verfassung durch internationale Menschenrechtsabkommen „inspiriert“ sei. In dieser Verfassung wurde die Zentralbank auf die Funktion eines Currency Boards reduziert und für zunächst sechs Jahre einem vom Internationalen Währungsfonds bestimmten „Governor“ unterstellt, womit der Regierung alle geldpolitischen Spielräume genommen und die neoliberale Umgestaltung der Wirtschaftspolitik festgelegt wurde.¹⁶ Relativ einmalig dürfte die Tatsache sein, dass in der Verfassung ausdrücklich die Hoheit über die Geldpolitik an jemanden übertragen wird, der nicht aus dem eigenen Land oder den Nachbarstaaten stammen darf.¹⁷

Mit Annex 9 wurde eine Kommission geschaffen, die für den Aufbau öffentlicher Unternehmen in den Bereichen Transport und Infrastruktur zuständig ist. Drei ihrer Mitglieder werden durch die Entitäten bestimmt, zwei weitere von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Die von ihr koordinierten Unternehmen sind zur vollen Kooperation mit den Dayton-Institutionen verpflichtet. Zu diesen gehört auch der so genannte „Hohe Repräsentant“ (HR) der UN, dessen Aufgaben und Rechte in Annex X definiert werden, tendenziell aber unbegrenzt sind: In Artikel V dieses Anhangs wird der HR zur letztentscheidenden Autorität bei der Interpretation des Friedensabkommens und seiner Anhänge erklärt. Seine Mitarbeiter und deren Familienangehörige genießen laut Abkommen Immunität und sein Sitz steht unter demselben Schutz wie diplomatische Auslandsvertretungen. Um die Umsetzung des Abkommens zu überwachen und den Aufbau der zivilen Verwaltung voranzubringen, darf er weitere Agenturen und Kommissionen gründen, die von den Konfliktparteien nach Kräften unterstützt werden müssen. Zwar darf er die internationalen Polizeieinheiten koordinieren und auch Vertreter in alle militärischen Gremien der internationalen Truppen (IFOR, später SFOR, dann EUFOR) entsenden, in deren militärische Einsätze ist er jedoch nicht befugt, zu intervenieren. Dies ist die einzige Einschränkung seines Mandats.

Im letzten Anhang des Dayton-Abkommens werden die unterzeichnenden Konfliktparteien verpflichtet, zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die UN um die Entsendung einer internationalen Polizeitruppe zu bitten. Auch diese, ihre Einrichtungen und Familienmitglieder, stehen unter diplomatischem Schutz, dürfen nicht festgenommen oder vor Gericht gebracht werden. Ihre Aufgaben sind primär Kontrolle, Ausbildung und Training der lokalen Polizeikräfte. Hierfür



Zeremonie zur Übergabe des Kommandos von der NATO an die EU (mit NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer), Bild: NATO

muss ihnen jedoch Zugang zu jeder Einrichtung, Veranstaltung, Akte oder Person gewährleistet werden. Falls die internationale Polizeitruppe von den Konfliktparteien behindert wird oder Informationen über Menschenrechtsverletzungen erhält, so soll sie diese an die UN sowie den HR weitergeben und auch dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zuarbeiten.

Entsprechend dem Dayton-Abkommen und der Verfassung der BiH sind/waren internationale Richter neben bosnischen Richtern am Verfassungsgerichtshof, in der mittlerweile geschlossenen bosnischen Menschenrechtskammer und am bosnischen Staatsgerichtshof an der Rechtsprechung beteiligt. Die vorwiegend aus Westeuropa stammenden internationalen Richter werden vom Europarat bestimmt und sind damit von der EU unabhängig.¹⁸

Entsouveränisierung über Dayton hinaus

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) ist ein juristisches Ad-hoc-Provisorium,¹⁹ das 1993 durch die Resolution 827 des UN-Sicherheitsrates geschaffen wurde. Wichtigste Person des ICTYs ist die Chefanklägerin Carla del Ponte. Der Gerichtshof selbst besteht aus 16 RichterInnen, die, wie die Chefanklägerin, durch den UN-Sicherheitsrat bestimmt werden. Im Gegensatz zum Internationalen Strafgerichtshof basiert der ICTY nicht auf völkerrechtlichen Verträgen, sondern breitete seine Gerichtsbarkeit ohne Einverständnis der Nachfolgestaaten Jugoslawiens auf diese aus. Die USA, die den ICTY wesentlich vorantrieben, verweigern zugleich die Ratifikation des Internationalen Strafgerichtshofes, sprechen sich also für eine Ad-hoc-Gesetzgebung gegen-

über Drittstaaten aber gegen eine generelle Gerichtsbarkeit ihrer eigenen Bürger aus.

Die Prozesse des ICTY werden vielen rechtstaatlichen Normen nicht gerecht, darüber hinaus handelt es sich ohnehin über eine Gerichtsbarkeit, die erst im Nachhinein und von Außen installiert wurde. Die von del Ponte angeklagten Personen (überwiegend Serben) verfügen auf dem Balkan oft noch über bedeutende Anhängerschaften, die bei Verhaftung oder Aburteilung ihrer ehemaligen Führer und Kameraden Demonstrationen veranstalten. Bis heute flüchtig ist Radovan Karadžić, seit 1990 Vorsitzender der serbischen Partei in BiH, 1995 vom ICTY angeklagt aber bis Juni 1996 Präsident der Republik Srpska. Seine Nachfolgerin in diesem Amt, Biljana Plavšić, wurde bereits 2003 zu elf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ebenfalls flüchtig ist Ratko Mladić, seit Juli 1995 angeklagt und bis 1996 Armeechef der Republik Srpska. Von beiden wird angenommen, dass sie sich weiterhin in BiH aufhalten, von der serbischen Bevölkerung und Serbien sowie tw. Russland gedeckt werden. Ihre Auslieferung gilt als Bedingung für Assoziierungsabkommen mit der EU und die Suche nach ihnen rechtfertigt immer wieder Festnahmen und Razzien unter mutmaßlichen Unterstützern. Von den USA wurden 5 Mio. Dollar Kopfgeld auf beide ausgesetzt. Die Familie Karadžićs gibt an, von verschiedenen Seiten massiv unter Druck gesetzt zu werden.²⁰

Für die Unterstützung von Kriegsverbrechern wurde vom HR der Begriff des „kulturellen Schweigens“ eingeführt. Wer sich als Amtsträger also nicht regelmäßig von den Verfolgten distanziert und die internationalen Polizei- und Armeeeinheiten bei ihrer Jagd auf sie unterstützt, der kann

aufgrund dessen vom HR abgesetzt und seiner politischen Rechte entoben werden. So geschehen ist das beispielsweise am 30.6.2004 durch den damaligen HR Paddy Ashdown, der 59 führende Regierungs- und Parlamentsmitglieder einschließlich des Parlamentspräsidenten Dragan Kalinic sowie Beamte der Republika Srpska entließ.²¹

Doch nicht nur der ICTY greift als - immerhin durch die UN legitimierte - äußere Instanz in die Strafverfolgung der BiH ein. Anfang 2002 kam es beispielsweise in Sarajewo zu gewalttätigen Demonstrationen überwiegend muslimischer Jugendlicher, nachdem sechs Bosnier allein aufgrund eines Verdachts nach Algerien ausgeliefert und von dort nach Guantanamo verbracht wurden. Eine solche Auslieferung widersprach dem bosnischen Recht und rief auch Proteste vom höchsten Gericht hervor, wurde aber auf US-amerikanischen Druck hin durchgesetzt.²² Im April 2007 wurde durch den Innenminister auf Betreiben der USA hin erneut 367 bosnischen Muslimen durch den Justizminister der BiH die Staatsbürgerschaft entzogen, weil sie des Terrorismus verdächtigt wurden. Ein Vorgang, der zwar mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun hat, den Interessen der „internationalen Gemeinschaft“ jedoch voll entspricht.²³

Von Bedeutung ist darüber hinaus die Rechtssprechung, die am Verfassungsgerichtshof unter der Beteiligung internationaler Richter stattfindet. Deren Anwesenheit zielt zugleich auf einen „Ausbildungseffekt“ ab, da „nur einige der jungen bosnischen Rechtsberater, die ganz oder teilweise im Ausland studiert haben, ... mit europäischen Menschenrechtsstandards zumindest theoretisch vertraut [sind]. Im Übrigen ist unter bosnischen Juristen der älteren Generation immer noch die Ansicht verbreitet, dass Menschenrechte vor dem Krieg in Jugoslawien deutlich besser verwirklicht worden waren als im heutigen BiH. Hier wird auf die Vielzahl sozialer Grundrechte Bezug genommen, die bei systemkonformem Verhalten das Leben in der SFR Jugoslawien erleichterten. In dieser Sichtweise liegt jedoch eine Verkennung der Bedeutung individueller, insbesondere politischer Grundrechte ...“²⁴

Neben dem Gesetzestext sind für die Rechtssprechung so genannte Kommentare, Überblicke über die bisherigen Urteile und Interpretationen des reinen Textes relevant. Ein Kommentar zur Verfassung existiert zwar in BiH noch nicht, aber ein von einem deutschen Rechtsberater formulierter „Rechtssprechungsüberblick, in dem die gesamte Rechtssprechung des Verfassungs-

gerichtshofs analysiert, bewertet und systematisiert wird. Dieser Überblick könnte als Ausgangspunkt für einen ersten Kommentar zur Verfassung BiH dienen, der ein wichtiges Arbeitsmittel für bosnische Juristen, Verfassungsrichter und Rechtsanwälte wäre.²⁵

Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens zwischen der EU und den Staaten des westlichen Balkans gründet die EU außerdem gegenwärtig eine Einrichtung, an der Führungskräfte für Verwaltungsreformen ausgebildet werden sollen (Regional School for Higher Education in Public Administration Reform, SHEPAR), sie wird in Kooperation mit der montenegrinischen „Human Resources Management Authority“, der Europäischen Agentur für Wiederaufbau²⁶ und der Europäischen Kommission entwickelt und organisiert regelmäßig Konferenzen unter Beteiligung europäischer Außenpolitiker mit den künftigen hofierten Eliten der Region.

No Progress - No EU

Bei diesen Treffen sind auch Bosnier anwesend, und ganz klar zielt das Projekt auch auf BiH ab, obwohl die Republik eigentlich noch kein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit der EU unterzeichnen konnte. Im November 2003 veröffentlichte die EU-Kommission (EC) eine „Machbarkeitsstudie“, die sechs Kriterien nannte, die zur Aufnahme von Verhandlungen über ein solches Abkommen notwendig seien.²⁷ Vier davon wurden mittlerweile erfüllt. Wichtigste Hindernisse sind jedoch noch die ausstehende Festsetzung gesuchter Kriegsverbrecher sowie eine zur Bedingung gemachte Polizeireform. Denn die Polizei untersteht den jeweiligen Entitäten, ist hochgradig korrupt bzw. politisiert, besteht aus oder deckt Kriegsverbrecher und war während des Krieges an Vertreibungen beteiligt. In weiteren Berichten benannte die EC Defizite, die ausgeräumt und Kriterien, die erfüllt werden müssten. Im Wesentlichen ging es darum, die Kontrolle über die Polizei ausschließlich auf die Ebene des Gesamtstaats zu transferieren, gemeinsame Polizeieinheiten für den Grenzschutz und die Korruptionsbekämpfung zu bilden sowie gesamtstaatliche Datenbanken einzuführen, was zu einer Entpolitisierung der Polizei auf lokaler Ebene und ihrer „ethnischen Diversifizierung“ führen sollte. Der damalige HR entließ wegen großer Widerstände gegen die Reformen mehrere serbische Politiker („cleaning a rotten wood“) und setzte eine Kommission ein, die über landesweite Polizeigesetze beraten sollte. Der Think-Tank International Crisis Group

schlägt in seinen Empfehlungen an die EU mit dem bezeichnenden Titel „No Progress - No EU“ vom September 2005 vor, die serbische Regierungspartei SDS zu verbieten und ihren Besitz zu beschlagnahmen, wenn sie die Umsetzung der Polizeireform weiter blockiert.²⁸ Völlig klar wird in dem Papier auch, dass der HR und mit ihm die Protektoratsverwaltung so lange aufrechterhalten wird, bis BiH auf dem sicheren Weg in die EU ist.

Die Annäherung BiH an die EU wurde von Cox/Knaus als „Prozess per Dekret“²⁹ beschrieben, ein Begriff, der mittlerweile von fast allen Autoren aufgegriffen wird. „Schon bevor ein noch aggressiverer Ansatz des Peacebuilding übernommen wurde, bestimmten internationale Organisationen die Reformagenda BiH von der Wiedersiedelung der Flüchtlinge über die Privatisierung staatlicher Unternehmen bis zur Reform des Wahlrechts. Internationale politische Verordnungen wurden durch Zuckerbrot und Peitsche untermauert [...] In den letzten Jahren wurden dutzendweise von der internationalen Gemeinschaft auferlegte Gesetze vom Hohen Repräsentanten durchgesetzt, die sowohl die Staatsbürgerschaft als auch die bosnische Flagge, das Staatswappen und die Schaffung eines gesamtstaatlichen Grenzwesens betrafen. Zugleich wurden Dutzende direkt und indirekt gewählte Vertreter [...] wegen Aktivitäten, die gegen Dayton gerichtet waren, ihres Amtes enthoben.“³⁰

Der von der EU jeweils ernannte Sondervertreter stellt seit 2002 zugleich den HR und übt somit auch dessen Rechte aus, jeden Amtsträger zu entlassen und Gesetze per Dekret zu verabschieden oder außer Kraft zu setzen („Bonn-Powers“). Das übergeordnete politische Ziel der „internationalen Gemeinschaft“ ist die EU-Mitgliedschaft der Republik BiH. Für den Staat selbst ist es ein Ende der Besatzung und die Auflösung des Büros des HR. Da die Wiedererlangung der Souveränität offensichtlich an den EU-Beitritt gekoppelt ist, müsste also auch das langfristige Ziel der politischen Eliten ein Beitritt in die EU sein. Tatsächlich haben diese weitgehend die „Europa-Rhetorik“ übernommen, obwohl „sich aber selbst bei den Parteifunktionären ein sehr niedriges Wissen über die Strukturen der EU und die tatsächlichen Konsequenzen des EU-Integrationsprozesses feststellen“ lassen.³¹ Stattdessen sei „Europa“ als alternativlose Zukunft zur „figurativen (Um-)Deutungsmasse geworden, mit der sowohl die Notwendigkeit progressiver gesellschaftlicher Reformen als auch ein rückwärtsgewandter ethno-nationalistischer Diskurs legitimiert werden.“³² Gleichzeitig wird aber massiver

Widerstand gegen die Reformen auf lokaler Ebene ausgeübt, da sie insgesamt auf eine Zentralisierung der Herrschaftsgewalt im Gesamtstaat hinauslaufen.³³ Auf dieser Verwaltungsebene ist die politische Klasse jedoch zutiefst gespalten und die Übermacht der „internationalen Gemeinschaft“, die im Falle der BiH immer deckungsgleicher mit der EU wird, besonders ausgeprägt.

Auf lokaler Ebene hingegen konnten sich die bosnischen politischen Eliten in einem ethnisch homogenen Umfeld Residuen schaffen, mit einer ihnen gegenüber loyalen Polizei und einer ausgeprägten „Vetternwirtschaft“.³⁴ Ein enormer Teil der Gelder, welche die „Internationale Gemeinschaft“ für die Reform der aufgeblähten Verwaltungsstruktur zur Verfügung stellt, fließt über die lokalen politischen Eliten an deren Klientel, was weiter zur ethnischen Homogenisierung beiträgt, da Angehörige von Minderheiten schlicht keine Arbeit und damit auch kein Auskommen finden.³⁵

Für den lokalen Widerstand gegen Zentralisierung von Außen ist die Polizeireform symptomatisch. Hier ist jedoch Kooperation notwendig. Zwar könnte der HR per Dekret die entsprechenden Gesetze erlassen, im sensiblen Bereich der Polizeistruktur könnte dies jedoch Widerstände hervorrufen, die letztlich auch in Waffengewalt münden.

Die Reform des Sicherheitssektors

Die Sicherheitsstruktur in BiH ist hochkompliziert. Bereits während des Krieges wurden internationale Soldaten unter UN-Mandat mit der UNPROFOR in BiH und Kroatien stationiert, in erster Linie um Zivilisten in so genannten Sicherheitszonen zu schützen, sie dienten aber auch der Zielmarkierung der NATO-Luftangriffe auf serbische Stellungen. Mit dem Abkommen von Dayton wurde der Rückzug aller Soldaten in ihre jeweilige Entität vereinbart. Die Stationierung der IFOR unter Kommando der NATO mit robustem Mandat der UN war für ein Jahr vorgesehen, um die militärischen Komponenten des Friedensabkommens umzusetzen. Sie wurde nach diesem Jahr in SFOR umbenannt. Die IFOR durfte sich frei im Land, zu Wasser und in der Luft bewegen und den jeweiligen Armeen Stützpunkte zuweisen, von denen aus sie sich nur mit Erlaubnis der IFOR bewegen durften.³⁶ Bis zum Jahr 2000 kostete die Versorgung dieser Armeeresbestände 40% des gesamten Staatshaushaltes der BiH.³⁷ Zwischen 1995 und 2000 wurden nur geschätzte 30.000 von 400.000 Soldaten in der BiH entwaffnet, da die Strukturen vor Ort an der Demobilisierung ihrer loyalen Einheiten kein Interesse hatten und die IFOR (bzw.

SFOR) nicht über ausreichende Erfahrung in zivil-militärischer Zusammenarbeit und deshalb über mangelnde Kontakte zu lokalen Verwaltungsstrukturen verfügte. Ehemalige Kämpfer aus der BiH wurden in der Folgezeit in Tschetschenien, Kosovo und selbst der Demokratischen Republik Kongo aktiv. Die teilweise Demobilisierung bzw. die Ausbildung der verbleibenden Einheiten wurden überwiegend von der Weltbank finanziert und mit Hilfe des US-Militärunternehmens MPRI durchgeführt.

Für die „zivilen“ Komponenten des Sicherheitssektors wurde mit der UN-Resolution 1035 entsprechend dem Dayton-Abkommen eine internationale Polizeitruppe (IPTF) unter NATO-Führung nach BiH entsandt. Gemeinsam mit einem Büro für Menschenrechte und verschiedenen Programmen zur Reform des Justizwesens macht sie die „zivile“ UN-Mission UNMIBH aus, eine Art internationales Innen- und Justizministerium für die BiH und bestehend aus ursprünglich 1.721 Polizeibeamten und fünf militärischen Verbindungsoffizieren. Die UN übertrug dessen Mandat zum 1.1.2003 an die EU-Polizeimission in BiH (EUPM), ohne jedoch den Befehlshabenden zu wechseln.³⁸ Koordiniert und geleitet wird die EUPM vom HR, Oberbefehlshaber ist seit 2006 Brigadegeneral Vincenzo Coppola, ausgezeichnet mit der höchsten Würdigung des italienischen Militärs.³⁹

Von den 44.000 Polizeibeamten der Konfliktparteien wurden 26.000 entlassen, nach internen Dokumenten der UNMIBH 200 von ihnen wegen Kriegsverbrechen und fehlender Professionalität. Nach Angaben der European Stability Initiative wurden insgesamt 18.000 Beamte von der UNMIBH überprüft und 793 auf Lebenszeit vom Polizeidienst ausgeschlossen, ohne zu den Vorwürfen Stellung nehmen zu können. Einigen wurden die Gründe für ihren Ausschluss nicht einmal genannt. 262 von ihnen wandten sich an nationale Gerichte, welche die Entlassungen teilweise für rechtswidrig erklärten. Auch von internationalen Menschenrechtsgruppen wurde das Verfahren als problematisch bis rechtswidrig eingeschätzt. Der HR wandte sich daraufhin an das UN-Büro für Peacekeeping Operations mit folgender Warnung:

„Die Gerichte ignorieren die Rechtskraft der Entscheidungen der UN und fordern damit den gesamten Prozess der Umstrukturierung durch die Vereinten Nationen von 1996 bis 2000 heraus [...] Wir haben klargestellt und werden das auch weiterhin klarstellen, dass Entscheidungen unserer Mission über Zertifizierungen nicht in Frage gestellt werden können, weder durch

mein Büro, noch durch die EUPM oder irgend eine andere Organisation.“⁴⁰

Durch eine intensive Kampagne und anhaltenden Widerstand der Gerichte musste der HR jedoch einsehen, dass es erstens keine nationale Rechtsgrundlage für die Entlassungen gab und dass bei der Überprüfung der Beamten Fehler gemacht wurden, weshalb sich der HR zuletzt selbst für eine Untersuchung durch die UN einsetzte. Die UN verhinderten diese jedoch und zwangen den HR stattdessen, durch Druck auf die Regierung der BiH eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen, wodurch die Entscheidungen der UNMIBH im Nachhinein auch national bindend wurden.⁴¹

Im Jahr 2000 wurde auf Initiative des HR hin durch die UNMIBH ein gesamtstaatlicher Grenzschutz mit 2.700 Beamten aufgebaut, der die vorangegangene und im Dayton-Abkommen festgeschriebene Autonomie der Entitäten in Zollfragen beendete, die nach Auffassung der „internationalen Gemeinschaft“ begünstigte, dass die BiH zuvor ein unkontrollierter Korridor für Güter und insbesondere Menschen war.⁴² Die Ausbildung von Zollbeamten wurde von der EU und USAID finanziert und durch 30 Experten aus der EU durchgeführt.

Seit Dezember 2004 beinhaltet die EU-Militärmission EUFOR eine so genannte Integrierte Polizeieinheit (Integrated Police Unit Regiment, IPU): „IPU verbindet die unterschiedlichen Eigenschaften einer militärischen Einheit mit den Fähigkeiten und Erfahrungen von Polizeikräften.“⁴³ Sie besteht neben Soldaten und Gendarmeriekräften der Türkei, Rumäniens, Ungarns, Österreichs und Sloweniens im Kern aus italienischen Carabinieri, einer „Synthese aus militärischer Haltung und polizeilichen Fähigkeiten“.⁴⁴ Stolz fasst deren Oberkommandierender, Alfredo Vacca, in seiner Darstellung der IPU BiH zunächst die Geschichte der Carabinieri zusammen, die in Italien sowohl militärischen Status haben als auch polizeiliche Aufgaben übernehmen können. 1814 habe der König von Piemont-Sardinien, Vittorio Emanuele I., die aufrichtigsten und klügsten seiner Soldaten ausgewählt und über das ganze Land verteilt um die Einhaltung seiner königlichen Gesetze durchzusetzen.⁴⁵

Die Aufgaben der IPU sind weit gefächert und reichen von allgemeinen Sicherheitsaufgaben und Patrouillen über Ermittlungen und Festnahmen für den ICTY bis hin zur Crowd and Riot Control - Aufstandsbekämpfung. Ausgerüstet sind sie entsprechend mit großen Schildern, schussicheren Helmen und Westen, auto-

matischen Gewehren, schweren Maschinengewehren und Tränengasgranaten, Geländewagen, Schützenpanzern und GPS.⁴⁶

Die Soldaten der IPU werden zur Unterstützung der lokalen Polizei oder eigenständig tätig, wobei sie auch in diesem Fall die lokale Polizei hinzuziehen können. Insofern geht es hier auch um praktische Ausbildung. Die ersten Einsätze bestanden meist in Kontrollposten und Ermittlungen, die sich gegen illegalisierte Migrationen und Schmuggel richteten. Bereits nach einem Monat gelang es der IPU, ein größeres illegales Waffenlager zu räumen. Im Jahr 2005 schlossen sich mehrere Razzien gegen das organisierte Verbrechen und illegale Waffenlager an. Gegen Ende des Jahres führte die IPU dagegen zunehmend in Zusammenarbeit mit der bosnischen Polizei groß angelegte Verkehrs- und Personenkontrollen durch, bei denen bis über 1.000 Menschen an einem Tag kontrolliert und durchsucht wurden. Die Ausbeute dabei war oft mäßig: Zwischen drei und zehn Personen wurden jeweils festgenommen und der Polizei übergeben für Delikte wie etwa den Besitz von Messern, Reizgas oder Schlagstöcken, Cannabis oder Verdacht auf illegalen Aufenthalt.⁴⁷

Zum Scheitern verurteilt

Paddy Ashdown, HR von 2002 bis Anfang 2006, war während seiner Amtszeit wegen der exzessiven Anwendung seiner Vollmachten heftiger Kritik ausgesetzt. Sein autoritärer Führungsstil hätte es verhindert, dass sich in BiH eine verantwortungsbewusste und selbstständige demokratische Kultur entwickle. Sein Nachfolger im Amt, der ehemalige deutsche Postminister Schwarz-Schilling, war hingegen mit dem Ziel angetreten, von den Bonn-Powers nur im Notfall Gebrauch zu machen und auf die Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten hinzuarbeiten. Die Bemühungen um eine Verfassungsreform 2006 scheiterten jedoch ebenso, wie bislang die Polizeireform. Im Vorfeld der Wahlen im Oktober 2006 wurden auch von den lokalen Hoffnungsträgern der internationalen Gemeinschaft nationalistische Parolen ausgegeben. Zwar mussten die zuvor dominierenden nationalistischen Parteien SDS, SDA und HDZ jeweils Verluste hinnehmen, die neue politische Führung in der Föderation stellt jedoch die Unabhängigkeit der Republik Srpska in Frage und könnte damit das Land erneut destabilisieren.⁴⁸ Zwar konnte die „multiethnische“ sozialdemokratische SDP gut abschneiden und gelang es, auf Ebene des Gesamtstaats und in der Republik Srpska recht schnell, eine



Der Hohe Repräsentant Christian Schwarz-Schilling, Bild: NATO

gemeinsame Regierung zu bilden, dennoch betrachtet Schwarz-Schilling sein Projekt als gescheitert. Anfang 2007 sprach er sich für die längerfristige Aufrechterhaltung der Protektoratsverwaltung in Form des Büros des HR aus und kündigte seinen Rücktritt bis Mitte des Jahres an. Seit dem steht er zunehmend in der Kritik, zu wenig in die Politik BiHs eingegriffen zu haben. In der Föderation BiH konnte sich jedoch bis Ende März 2007 keine Regierung bilden, weil alle potenziellen Minister zunächst vom Büro des HR überprüft und für tragbar erachtet werden mussten. Dieser Prozess war noch nicht abgeschlossen, als die gewählten Vertreter nach fast einem halben Jahr, am 22.3.2007 eine Regierung ernannten, weshalb Schwarz-Schilling die Regierungsbildung am folgenden Tag für nichtig erklärte. Die Rede, mit der er dies begründete, enthielt ähnlich paternalistische Züge, wie die Erklärungen seines Vorgängers.⁴⁹ Ein Woche später stimmte sein Büro den „Kandidaten“ jedoch zu und die Regierung konnte gebildet werden.⁵⁰

Wie bereits angedeutet, bleibt das State-Building in der BiH weit hinter den Erwartungen der „internationalen Gemeinschaft“ sowie internationaler Kommentatoren und der bosnischen Bevölkerung selbst zurück.⁵¹ Auch von einem Scheitern ist zunehmend die Rede, auch wenn die Anerkennung eines Scheiterns fatale Folgen hätte. Weder gibt es einen Alternativplan, noch ist es denkbar, dass die ungeheuren Investitionen der NATO-Staaten letztlich als folgenlos anerkannt werden. Ein häufiges Urteil über das internationale Engagement in BiH kommt deshalb im Titel der Studie von Donais und Pickel zum Ausdruck: „Zum Scheitern verurteilt, aber wahrscheinlich, dass es so weitergeht“. Einigkeit besteht darin, dass die

komplizierte und ethnisierte Verwaltungsstruktur des Dayton-Vertrages überwunden werden muss. Dafür müsste mindestens eines der sich als Volk wahrnehmenden ethnisierten Kollektive (vermutlich die Serben), schwere Zugeständnisse hinnehmen. Dass nebenan sich eine Abspaltung des Kosovo von Serbien - ebenfalls unter der Regie der „internationalen Gemeinschaft“ - anbahnt, lässt die Hoffnung weiter schwinden, dass die Serben der BiH dies hinnehmen werden.

Widersprüche des kolonialen State-Building

Doch dies ist nicht das einzige und wahrscheinlich nicht das größte Problem. Die fehlende wirtschaftliche Entwicklung und die nationalistische und korrupte Kleinstaaterei der lokalen Eliten sind zwei mindestens ebenso große Probleme, die sich jedoch gegenseitig bedingen.

Über den genauen Zusammenhang bestehen jedoch unterschiedliche Interpretationen.

Peter Andreas beschreibt detailliert die clandestine bzw. später illegalisierte Ökonomie, die sich im Krieg gebildet hat und dessen Verlauf auch wesentlich prägte. Kleinkriminelle waren massiv am Aufbau der Milizen beteiligt und wurden so teilweise zu Volkshelden. Der Schmuggel von Waffen oder Lebensmittel in belagerte Städte und auch zwischen den Konfliktparteien führte zu immensen Gewinnen und schuf eine „kriminelle Elite mit engen Verbindungen zur Regierung und den nationalistischen Parteien.“⁵² Doch auch für die einfache Bevölkerung, die bei (vorsichtig) geschätzten 40% Arbeitslosigkeit nach wie vor in großer Armut lebt, sind Schmuggel und andere illegalisierte Tätigkeiten zur Lebens-

grundlage geworden.⁵³ „Der Wiederaufbau nach dem Krieg wird durch eine kriminalisierte Schmuggel-Wirtschaft behindert, solcher informeller Handel ist jedoch zugleich eine grundlegende Überlebensstrategie für viele Menschen angesichts katastrophaler ökonomischer Zustände.“ Ethnisierte Netzwerke unter dem Schutz nach außen als korrupt erscheinender lokaler Politiker bieten einen Schutzraum für eine verarmte, durch die „internationale Gemeinschaft“ kriminalisierte und durch ihre Sicherheitsorgane verfolgte Bevölkerung.⁵⁴ Verstärkend wirkt dabei die Rentenökonomie, in der die Gelder der „internationalen Gemeinschaft“ die Haupteinnahmequelle sind und durch die politischen Eliten verteilt werden.⁵⁵ Der Rückzug in solche ethnischen Netzwerke schmälert jedoch die Gestaltungsmöglichkeiten der „internationalen Gemeinschaft“ insbesondere auf der lokalen Ebene, da sie hier zur Durchsetzung ihrer Agenda auf Kooperation angewiesen ist.

Während de Guevara die Konzentration der politischen und ökonomischen Macht tw. aus der sozialistischen Tradition erklärt (auch hier „hatte die Partei nicht nur die Kontrolle über die staatlichen Institutionen, sondern auch über alle wichtigen Posten in der Wirtschaft inne“)⁵⁶, weist sie auf einen weiteren interessanten Aspekt hin, den Donais 2002 herausgearbeitet hat. Unmittelbar nach Dayton wurde die Privatisierung der Staatsbetriebe quasi als Selbstzweck in rein technischer Manier und ohne Rücksicht auf die politischen und ökonomischen Folgen vorangetrieben. Das Interesse internationaler Investoren wurde dabei weit überschätzt und damit fielen die Staatsbetriebe in die Hände der einzigen Bosnier, die das nötige Kapital hatten: die nationalistischen Parteien und andere Kriegsgewinnler. Donais geht so weit, deren grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Privatisierungen als Glück der „internationalen Gemeinschaft“ zu bezeichnen, da sonst die ganze Wirtschaft des Landes in den ersten Jahren nach Dayton an drei sich feindlich gegenüberstehende mafiöse Netzwerke verkauft worden wäre. „... [F]ür große Teile der Bevölkerung [war] die Erfahrung mit diesen Politunternehmern und ihren mafiösen Netzwerken gleichbedeutend mit dem ersten systematischen Kontakt zur Marktwirtschaft.“⁵⁷

Doch über die konkreten Widrigkeiten in BiH hinaus weist die dortige Situation auch auf strukturelle Widersprüche des internationalen State-Building hin. De Guevara betont, dass diese Versuche einem neoliberalen Paradigma folgen. Dieses beinhaltet aber zugleich eine starke Einschränkung der Handlungsfähigkeit des

Staates. Er kann weder für (legale) Beschäftigung sorgen noch Arbeitnehmerrechte oder soziale Mindeststandards schützen. Die Bevölkerung sucht sich deshalb ihre soziale Sicherheit in informellen Netzwerken. Eben diesen gegenüber treten der neu zu schaffende Staat und die Sicherheitsbehörden der internationalen Gemeinschaft jedoch rein repressiv auf.

Zugleich werden immense Geldsummen in die Verwaltungsstruktur gepumpt. Da diese aber kaum politisch handeln kann, verwendet sie es zur Bedienung ihrer Klientel und die persönliche Bereicherung. Zwar wird von der „internationalen Gemeinschaft“ versucht, verantwortungsbewusste politische Eliten aufzubauen, im Kontext einer fehlenden Souveränität des neuen Staates scheint dies jedoch aussichtslos: Langfristige Projekte und Planungen können jederzeit durch Interventionen von Außen zum Stillstand kommen und werden deshalb kaum in Angriff genommen. Wenn Politiker offen Verbesserungen für ihre Wählerschaft durchsetzen wollen, so kann dies den Interessen der internationalen Verwaltung widersprechen und zuletzt zu ihrer Absetzung führen. Deshalb kann jeder Politiker die „internationale Gemeinschaft“ für alle Missstände verantwortlich machen und sich somit der Verantwortung entziehen. Das Fluchen gegen die Einflussnahme von Außen kommt wiederum bei weiten Teilen der Bevölkerung gut an, weil es sich mit den Erfahrungen persönlicher Demütigungen durch die internationalen Soldaten und Polizisten deckt. Zwar muss festgehalten werden, dass sich die Ethnisierung der Bevölkerung und ihrer Interessen im Wesentlichen vor und während des Krieges entwickelt hat, doch durch die Intervention der „internationalen Gemeinschaft“ hat sie sich bislang nicht im Geringsten aufgelöst. Die genaueren Zusammenhänge müssen freilich noch untersucht werden, doch ein genereller Zusammenhang zwischen Entsouveränisierung/ internationalem State-Building und einer zunehmenden ethnischen Polarisierung der Bevölkerung scheint gegenwärtig zu existieren. Dies kann beispielsweise daran liegen, dass die Bevölkerung in diesen Umbruchphasen das Gefühl hat, es ginge um Alles oder Nichts, also die Frage, ob ihre Ethnie zukünftig die Geschicke des Landes lenkt oder dauerhaft unter Unterdrückung und Demütigungen zu leiden hat. Darüber, warum sich die Menschen jedoch ausgerechnet Identitäten nach Kriterien der Ethnie schaffen, ist damit freilich noch nichts gesagt.⁵⁸

Doch der Widerspruch ist noch fundamentaler. Schließlich wird State-Building nur als legitim erachtet, wenn es wenigstens

den Aufbau einer formalen Demokratie zum Ziel hat. Im Falle des westlichen Balkans, für den mittelfristig eine EU-Integration vorgesehen ist, stellt sich dieses Problem noch zwingender. Demgegenüber stellt das militärisch flankierte State-Building jedoch nicht nur in den intervenierenden Staaten rechtsstaatliche Prinzipien in Frage, sondern versucht, Demokratie durch deren Negation einzuführen. Voraussetzungen, unter denen, so Michael Ehrke, „das Protektorat zu einer sich selbst dauerhaft und erweitert reproduzierenden Realität werden muss[te]“:

„Es kam zu der paradoxen Situation, dass der *Input* des politischen Prozesses - demokratische Wahlen - der bosnischen Gesellschaft überlassen wurde, während sich die internationale Gemeinschaft vorbehielt, den *Output* der Politik zu kontrollieren. Auch Rechtsstaat und Demokratie wurden auf zwei verschiedene Träger verteilt, die internationale Gemeinschaft und die lokalen Eliten, so dass die beiden theoretisch als untrennbar miteinander verbundenen Elemente moderner Staatlichkeit einander konfrontiert auftraten. Die Demokratie wurde unter der Kontrolle der lokalen Eliten zu einer Kraft der ethnischen Separierung (und damit vorstaatlicher Rechtsverhältnisse), während man den 'neutralen' Rechtsstaat von außen und oben aufzuzwingen suchte.“⁵⁹

Die sich in der Praxis am Balkan entwickelnde EU-Außenpolitik gibt so auch Aufschluss über den Charakter der EU selbst. Gelingt die Demokratisierung nicht, bleibt zu vermuten, dass die demokratischen Standards auch in der EU immer weiter heruntergefahren werden (wonach es gerade aussieht) und einem „allgemeinen Ausnahmezustand über Europa“ (Boris Buden) weichen:

„Die Gestalt eines von außen kommenden Subjekts der Zivilisierung ist konstitutiv für die politischen Prozesse der Gegenwart. Sie bestimmt nicht nur die Transition der postkommunistischen Ländern zur Demokratie, sondern auch die sogenannte Osterweiterung der EU. Sogar der laufende Prozess der politischen Vereinigung innerhalb der EU kann nicht auf die Rolle eines 'äußeren Gesetzgebers' verzichten. Europäische Gesetze, die von den jeweiligen Parlamenten verabschiedet werden, kommen von einem bürokratischen Gesetzgeber aus Brüssel. Damit aber diese Prozesse in Gang gebracht werden, benötigt es eine politische Voraussetzung - den allgemeinen Ausnahmezustand, der zumindest seit 1989 mit mehr oder weniger Intensität über Europa verhängt wurde. Für einige Völker, wie für die des ehemaligen

Jugoslawiens, ist der Ausnahmezustand die einzige Form des politischen Lebens, die sie seit dem Fall des Kommunismus kennen. Bosnien, Kosovo, Mazedonien sind heute nichts anderes als Namen für verschiedene Formen des Ausnahmezustands. Sie sind politische ad-hoc-Provisorien, genauso wie das Haager Tribunal ein juristisches ad-hoc-Provisorium ist.“⁶⁰

Die EU hingegen wurde vom Bundesverfassungsgericht als politische Ordnung „sui generis“, ganz eigener Art und nach wie vor im Entstehen begriffen, bezeichnet. Für die Herrschaftsgewalt, die sie nach Innen und nach Außen ausübt, gibt es keine rechtsstaatliche oder demokratische Grundlage.

Anmerkungen

1 So die deutsche Übersetzung des Titels einer Studie zur Sicherheitssektorreform in BiH, siehe: King, Jeremy/ Dorn, Walter/ Hode, Matthew: Security Sector Reform in Bosnia and Herzegovina, BICC/ Saferworld 2002

2 Ehrke, Michael: Von der Raubökonomie zur Rentenökonomie - Mafia, Bürokratie und internationales Mandat in Bosnien, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2003

3 Ruttig, Thomas: Failed State oder Failed Aid, in: medico-Rundschreiben 1/07

4 Federico Eichberg (2004) schreibt, westliche Organisationen hätten den Balkan in ein „Laboratorium für europäische Politik, transatlantische Solidarität und westliche Werte“ verwandelt. Vgl.: Venneri, Giulio: From International to EU-Driven State-Building - the Reorganization of Sovereignty in Post-Dayton Bosnia and Herzegovina, http://www.ssi.unin.it/en/dottorato/download/research_proposal_Giulio_Venneri.pdf, sowie Eichberg, Federico: The Balkans at the mirror - Missing and Matching Deadlines, in: CEMISS Quarterly 2/2004

5 Vgl. Remarks by EU HR Javier Solana on the start of the European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina (EUPM), Brussels, 27/12/2002. Auf de.wikipedia.org werden die Konflikte in Ex-Jugoslawien als „Katalysator“ der ESVP bezeichnet. Nur wenige Monate später, am 31. März 2003 begann in der ehemaligen Teilrepublik Mazedonien mit der Mission „Concordia“ die erste EU-Militärmission.

6 UN Department of Public Information, „The United Nations and the situation in the former Yugoslavia“, Reference Paper no. 4

7 Knaus, Gerald/ Cox, Marcus: Bosnia and Herzegovina - Europeanisation by Decree?, in: Chaillot Papers No. 70, Institute for Security Studies (ISS), 2004

8 Hendrickson, Ryan: Den Rubikon überschreiten, in: NATO-Brief, Herbst 2005

9 ESI (European Stability Initiative): Post-Industrial Society And The Authoritarian Temptation, Part of the Governance Assessment in Bosnia and Herzegovina, 2004

10 Andreas, Peter: The Clandestine Political Economy of War and Peace in Bosnia, International Studies Quarterly 48, 1/2004

11 AFSOUTH Fact sheet Operation Deny

Flight, <http://www.afsouth.nato.int/operations/denyflight/DenyFlightFactSheet.htm>
12 Ebd.

13 Das Abkommen mitsamt Querverweisen ist u.a. hier zu finden: <http://www.yale.edu/lawweb/avalon/intdip/bosnia/day01.htm>

14 Über diese Zustandsbeschreibung herrscht weit gehende Einigkeit, vgl etwa: Dzihic, Vedran: Zwischen Dayton und Brüssel, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2006, sowie Habova, Antonia: The Future of BiH: To Be Continued..., Institute for Regional and International Studies (IRIS), 2005

15 Dzihic 2006, a.a.O.

16 Vgl. Stojanov, Dragoljub: Bosnia-Herzegovina since 1995 - Transition and Reconstruction of the Economy, in: International Support Policies to SEE Countries: Lessons (not) Learned in Bosnia-Herzegovina, 2001, außerdem: Michael Pugh: Criminality and Transformation in BiH, <http://www.watsoninstitute.org/clang/Pugh.pdf>

17 Artikel VII Absatz 2 Satz 2 lautet: „The Governor, who shall not be a citizen of Bosnia and Herzegovina or any neighboring state, may cast tie-breaking votes on the Governing Board.“

18 Schröder, Almut: Der Beitrag internationaler Richter zur Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in Bosnien und Herzegovina, ZIF (Zentrum Internationale Friedenseinsätze) Analyse, Februar 2004

19 Buden, Boris: From Haag to nowhere. Allgemeiner Ausnahmezustand über Europa, in: Kulturrisse 04/2001

20 Von Pale, wo sie wohnt, schreibt Hannes Hofbauer noch 2004, dass die SFOR-Soldaten rund um die Uhr im Zentrum präsent seien und schussichere Westen tragen würden, vgl.: Hannes Hofbauer: Vom Krieg gezeichnet – eine Reise durch Bosnien, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Bosnien/hofbauer.html>. Weiter berichtet Hofbauer: „Erst vor wenigen Monaten, Anfang April 2004, stürmten SFOR-Truppen die kleine Kirche in der Stadtmitte, sprengten sich in das Haus des Popen und richteten ihn und seinen Sohn derart zu, daß beide bleibende gesundheitliche Schäden davontrugen. Die Messe lesen kann der orthodoxe Priester aus Pale nach dieser SFOR-Attacke, die eigentlich der Suche nach Karadzic galt, nicht mehr. Solche parakriegerischen Interventionen seitens der NATO-geführten Armee finden in der Republika Srpska laufend statt, insbesondere in der gebirgigen Landschaft östlich von Sarajevo, wo Karadzic und seine Getreuen, vom Westen zum Sinnbild des Teufels herbeigeschrieben, vermutet werden. Ein Volk deckt, auch neun Jahre nach Dayton, seinen früheren, in freien Wahlen gewählten Führer.“

21 Ebd.

22 Dérens, Jean-Arnault: Bosnien: Der zerrissene Staat - Nur noch dem Namen nach ein Ganzes, in WoZ Dossier Balkan 7.3.2002

23 Meldung von „Der Bund“/espace.ch vom 13.04.2007. Nach derstandard.at (Meldung vom 16.04.2007) soll es sich dabei um ehemalige Söldner handeln, welche die Staatsbürgerschaft illegal erlangten.

24 Schröder, Almut, a.a.O.

25 Ebd.

26 Die European Agency for Reconstruction ist im Gegensatz zur Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung nur für Serbien (einschließlich Kosovo), Montenegro und Mazedonien zuständig. Ihr Budget aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft bestand seit ihrer Gründung 2000 aus insgesamt 2.6 Mrd. Euro.

27 Europäische Kommission: COM 2003) 692

28 International Crisis Group: Bosnia's Stalled Police Reform: No Progress, No EU, Europe Report N°164, 6 September 2005

29 Cox, Marcus/ Knaus, Gerald: Bosnia and Herzegovina - Europeanisation by Decree? In: Chaillot Papers No. 70, Institute for Security Studies, October 2004

30 Donais, Timothy/ Pickel, Andreas: The International Engineering of a Multiethnic State in Bosnia - Bound to Fail, Yet Likely to Persist, 2003, <http://www.cpsa-acsp.ca/paper-2003/pickel.pdf>

31 Dzihic, a.a.O.

32 Dzihic, a.a.O.

33 Car, Omer/ Papic, Zarko: Reconstruction National Integrity System Survey Bosnia and Herzegovina 2007, International Bureau for Humanitarian Issues, Bosnia and Herzegovina, final draft

34 Wisler, Dominique: The Police Reform in Bosnia and Herzegovina, in: Anja Ebnöther/ Philipp Fluri: After Intervention: Public Security Management in Post-Conflict Societies, 2005

35 Auf diese Form der anhaltenden „Vertreibung“ wird insbesondere durch das Helsinki Komitee immer wieder aufmerksam gemacht, es schlägt deshalb u.a. vor, dass die Serben in der Föderation BiH und die bosnischen Muslime und Kroaten in der Republik Srpska per Verfassung Minderheitenrechte erhalten (auch wenn das den ethnischen Aspekt der gegenwärtigen Verfassung noch deutlicher hervorheben würde), siehe dazu: Helsinki Committee for Human Rights in BiH: Report on the implementation of the Framework Convention of the Council of Europe on the Protection of Minorities in BiH, September 1999, sowie: Helsinki Committee for Human Rights in BiH: Report on the Status of Human Rights in BiH, Analysis for the period January – December 2005.

36 Alle Soldaten, die nicht aus der BiH stammten oder nicht in den Kasernen untergebracht werden konnten, sollten sofort demobilisiert werden, siehe Artikel IV des ANNEX 1B des Dayton-Abkommens

37 Noch im Jahr 2000 sollen geschätzte 50.000 „illegale“ MigrantInnen über BiH in die EU eingereist sein, vgl.: King/ Dorn/ Hode 2002

38 <http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unmhbih/index.html>

39 <http://www.eupm.org>

40 Brief vom 13.5.2003 vom HR, Paddy Ashdown, an den Sekretär für Peacekeeping Operations, zitiert nach: ESI (European Stability Initiative): On Mount Olympus - How the UN violated human rights in Bosnia and Herzegovina, 2007

41 ESI, 2007, a.a.O.

42 Hierdurch soll sich bereits bis 2001 die Zahl der „illegalen“ MigrantInnen, die allein über

den Flughafen Sarajevo reisten, um 66% verringert haben. Die Einnahmen aus Zöllen hingegen stiegen um 20%, vgl.: King/ Dorn/ Hode 2001

43 Vacca, Alfredo: Integrated Police Unit, in: EUFOR Forum #2, March 2005

44 Ebd.

45 Ebd.

46 EUFOR-Factsheet zur IPU, <http://www.euforbih.org/sheets/fs050225a.htm>

47 Ebd.

48 Elsässer, Jürgen: Bosnien instabil, in: junge Welt, 5.10.2006

49 Seine Erklärung ist auf der Homepage des HR zu finden (Statement by the High Representative for BiH, Christian Schwarz-Schilling at the Press Conference): http://www.ohr.int/ohr-dept/press/pressb/default.asp?content_id=39395. Interessant in diesem Zusammenhang auch die Nachfrage eines Journalisten zum Überprüfungsverfahren auf einer früheren Pressekonferenz (Transcript of the International Agencies' Joint Press Conference March 20, 2007): http://www.ohr.int/ohr-dept/press/pressb/default.asp?content_id=39375

50 Arnautovic, Marija: Muddle Over Vetting Leaves Bosnia's Federation Adrift, in: Balkan Insight, 30.03.2007, <http://www.birn.eu.com/en/76/10/2526/>

51 Siehe etwa Donais/ Pickel 2003

52 Andreas, Peter: The Clandestine Political Economy of War and Peace in Bosnia, in: International Studies Quarterly 48, 2004

53 De Guevara (2005): „Für einen Großteil der bosnischen Bevölkerung geht es bei der Einbindung in schattenökonomische Bereiche nicht um Profite, sondern um die Subsistenzsicherung“, vgl.: Berit Bliesemann de Guevara: Externes State-Building in Bosnien und Herzegovina, Kakanien Revisited, 2005, <http://www.kakanien.ac.at/beitr/theorie/BBliesemanndeGuevara1.pdf>

54 Dieser und weitere Mechanismen, wie das internationale Engagement die Ethnisierung in BiH weiter vorantreibt siehe: Donais/ Pickel 2003

55 Ehrke, Michael: Von der Raubökonomie zur Rentenökonomie - Mafia, Bürokratie und internationales Mandat in Bosnien, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2003

56 de Guevara 2005, a.a.O.

57 Ehrke 2003, a.a.O.

58 Buden 2001, a.a.O., begründet die Ethnisierung in Folge der internationalen Intervention folgendermaßen: „In der internationalen Gemeinschaft gelten sie [die Völker des ehemaligen Jugoslawien] nicht mehr als politische Nationen. Ihre politischen Institutionen wurden delegitimiert, ihre zivilisatorischen Errungenschaften entwertet, ihre Gesetze für ungültig erklärt, kurz, sie wurden zu einer Art von identity communities degradiert. So schuf man wilde balkanische Stämme, die es in Wirklichkeit nie gab.“

59 Ehrke 2003, a.a.O.

60 Buden 2001, a.a.O.

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Schweiz: Journalisten vor Militärgericht

In einem Fax an ihre Botschaft in London bestätigte die ägyptische Regierung als erste staatliche Stelle überhaupt die Existenz illegaler Gefängnisse der CIA in Osteuropa. Der Schweizer Nachrichtendienst SND konnte die Datenübertragung abhören und über unbekannte Wege gelangte das Fax so an drei Journalisten der Boulevardzeitung „SonntagsBlick“, die es trotz expliziten Verbotes der Militärführung vollständig veröffentlichten. Daraufhin wurde ihnen von einem schweizer Militärgericht der Prozess wegen „Verbreitung eines geheimen Dokuments“ gemacht. Die Verteidigung bestritt die Legitimität dieses Gerichts, womit sie keineswegs alleine steht: Die Praxis, ZivilistInnen in der Schweiz von Militärgerichten aburteilen zu lassen steht seit fast 100 Jahren in der Kritik und wurde erst kürzlich vom UNO-Menschenrechts-Ausschuss aufgegriffen. Beobachter gehen davon aus, dass eben aufgrund dieser grundsätzlichen Kritik am 17.4. ein Freispruch erging, der sogar Entschädigungszahlungen an die Angeklagten beinhaltete.

Bundeswehr weggetreten

Nach mehreren Protestaktionen bei Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in der Kölner Arbeitsagentur hat deren Leiter die Sprechstunden des Militärs in seinen Räumlichkeiten vorerst ausgesetzt. Die Idee, solche Veranstaltungen zu stören, machte derweil Schule. Auch in Berlin-Mitte und Berlin-Nord wurden so genannte Informationsveranstaltungen zum Truppendienst abgesagt, nachdem ein „Netzwerk für antimilitaristische Interventionen“ zu Protesten aufrief. Auch in weiteren Städten kam es zu Störaktionen. In Weimar wurde über Nacht ein Infomobil der Bundeswehr, das für den Einsatz am nächsten Tag auf dem Schulhof des Goethegymnasiums parkte, mit antimilitaristischen Parolen beschmiert und mit Blumen dekoriert. Obwohl am folgenden Schultag Feldjäger zum Einsatz kamen und sich die Schulleitung sichtlich nicht erfreut zeigte, begleiteten kritische SchülerInnen den gesamten Tag über die Werbeaktion mit Transparenten und kritischen Fragen.

„Bundeswehr Motherfucker“

Unter obigem Titel ist im Internet ein Video aufgetaucht, das einen Funker im Grundwehrdienst bei der Ausbildung am

Maschinengewehr zeigt. Zunächst ordnet der Ausbilder an, er solle sich vorstellen, auf einem Flughafen würden Terroristen sein Flugzeug entführen und zwei kurze Feuerstöße abgeben. Nach diesen stellt er fest: „Terroristen tot“. Dann die nächste Anweisung: „So, sie sind jetzt in ‚ner Bronx. Ein schwarzer Van hält vor ihnen. Drei Afroamerikaner steigen aus und beleidigen ihre Mutter aufs Größte. Vor jedem Feuerstoß will ich ein lautes ‚Motherfucker‘ hören.“ Der Rekrut tut wie ihm geheißen und wird dabei vom Ausbilder angehalten, lauter zu brüllen.

Braunzone Bundeswehr

Die Dresdner Staatsanwaltschaft prüft derzeit ein Verfahren gegen Ausbilder der Heeres-Offizierschule. Dort wurden, vermeintlich zur „politischen Bildung“ eine Reichskriegs- und eine Hakenkreuz-Flagge für einen halben Tag aufgehängt. Laut dem Inspektionschef der Schule wurden die Fahnen zu Bildungszwecken vom Landesamt für Verfassungsschutz ausgeliehen.

Die Soldatenvereinigung Leipheim e.V. kündigte auf ihrem Fliegerhorst ein Konzert mit der Band „Revenge“ am 11.4. an. BesucherInnen mussten sich bis Ende März registrieren lassen, um das militärische Sicherheitsgebiet betreten zu dürfen. Nachdem die Antifaschistische Aktion Ulm/Neu-Ulm über die rechtsradikalen Hintergründe der Band aufklärte und das geplante Konzert öffentlich scharf kritisierte, sah sich die Bundeswehr gezwungen, es abzusagen.

Unfall in Waffenfabrik

In einer Waffen- und Munitionsfabrik der Rheinmetall AG im badischen Neuenburg wurden bei einem Unfall am 2.5. zwei Arbeiter, 55 und 45 Jahre alt, verletzt. Erst eine Woche zuvor war ein 44-jähriger Mitarbeiter seinen Verletzungen erlegen, die er sich bei einer Explosion, die sich zuvor im selben Werk ereignete, zuzog. Beide Unfälle sollen in Zusammenhang mit Rotem Phosphor stehen, der in der Fabrik getrocknet und in Granaten abgefüllt wird. Roter Phosphor gilt zwar als ungiftig, dennoch konnten die Verbrennungen eines Verletzten nicht im Krankenhaus behandelt werden, da nach der Badischen Zeitung eine Kontaminationsgefahr bestand. Nach der Dekontaminierung wurde der Verletzte in einem von der Feuerwehr eigens aufgestellten Zelt behandelt.

Faslane 365

...ist eine Kampagne gegen die Modernisierung der britischen Atom-U-Boot-Flotte und für die nukleare Abrüstung des UK. Ziel ist es, vom 1.10.2006 bis 30.9.2007, also 365 Tage, die Marinebasis Faslane in Schottland gewaltfrei zu blockieren. Dabei sollen jeden Tag andere Gruppen aus ganz Europa (und darüber hinaus) zum Einsatz kommen. Über 700 Menschen wurden infolge von solchen Blockaden bereits kurzfristig festgenommen. Tatsächlich ist es aber gelungen, das Thema auf die Agenda im schottischen Wahlkampf zu bringen.

Bevölkerung weggesperrt

Da die USA die Sicherheitslage in Bagdad nicht in den Griff bekommen - kürzlich gab es während eines Besuchs des UN-Generalsekretärs sogar Mörserbeschuss in der grünen Zone - haben sie nun begonnen, einzelne Stadtviertel durch Mauern einzuschließen. So sollen die Religionsgruppen getrennt werden. Begonnen wurde mit dem überwiegend von Sunniten bewohnten Viertel Adhamija im Nordosten, das durch 5 km Mauer aus Fertigbeton über Nacht isoliert wurde. Es gibt nur einen Ausgang und einen separaten Eingang. Die Bewohner müssen Gründe vorweisen können und sich genau durchsuchen lassen, wenn sie das Viertel verlassen wollen. Spontan gab es Proteste. Vertreter des Irakischen Parlaments kritisierten, diese Sicherheitsstrategie würde nur noch mehr Wut und Gewalt provozieren. Ministerpräsident Maliki hat gefordert den Bau von Mauern einzustellen und andere Wege zu suchen, die Sicherheit wiederherzustellen. Das US-Militär hat zu diesen Forderungen bislang keine Stellung genommen.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154